

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 30. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Der Mannheimer Parteitag.

Der Mannheimer Parteitag hat die Erwartungen, die wir ihm in unserem Begrüßungsartikel entgegenbrachten, nicht enttäuscht. Und wir glauben, daß nicht nur alle Kongreßteilnehmer, sondern die ganze sozialdemokratische Partei mit dem Verlauf dieses Parteitages voll und ganz zufrieden sein werden. War es doch gleich dem Jenaer Parteitag eine Tagung ruhiger, aber nicht desto weniger energiegeladener zielbewußter Arbeit. Wie sehr er die Partei und die ganze auf dem Boden des Klassenkampfes stehende deutsche Arbeiterbewegung gefördert hat, das werden die nächsten Jahre, das werden vor allem die nächsten Reichstagswahlen beweisen! Die Zeit der inneren Zerkleinerung dürfte mit dem Mannheimer Parteitag für absehbare Zeit vorüber sein. Stets wird es Meinungsverschiedenheiten, einander widerstreitende Tendenzen in der Arbeiterbewegung geben, stets werden neue Probleme auftauchen, zu deren Lösung sich die verschiedenen Richtungen verschieden stellen werden. Stets wird es Diskussionen in der Partei, innerhalb der Gewerkschaften und auch zwischen diesen beiden Teilen der modernen Arbeiterbewegung geben und geben müssen; aber sie werden künftig, wenn uns nicht alles täuscht, bei aller Lebhaftigkeit sachlich zum Austrag gebracht werden. Der große Zug zu persönlicher Aussöhnung und Wiederannäherung, der den Verhandlungen in Mannheim seinen Stempel aufdrückte, wird künftig verschärfen, daß statt sachlicher Aussprüche verdeckte Intriguen und persönliche Zänkereien unsere Parteidiskussionen vergiften und herabwürdigend. Die allgemeine Stimmung aller Parteitagsteilnehmer ist die freudiger Gehobenseit. Parteifunktionäre wie Gewerkschaftsführer versprechen sich von dem Geist und dem Ertrag dieser Debatten mächtig gesteigerte Verheißung und Stütze gegenüber dem gemeinsamen Feind, dem Klassenfeind und dem kapitalistischen Ausbeutertum. Enttäuscht sind nur unsere Gegner, die auch so gar nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Aus ihren verächtlichen Herabsetzungen des Charakters und des Ergebnisses der Verhandlungen spricht aber schon deutlich der Kerger, als daß wir uns über die teils albernen, teils häßlichen Glossen irgendwie entrüsten könnten.

Die bürgerliche Presse macht sich beispielsweise das mühselige Vergnügen, allerhand tiefsinnige Untersuchungen anzustellen, wer in Mannheim den Sieg davongetragen habe: die radikale Mehrheit der Partei oder die Gewerkschaftler. Auch die „Frankfurter Zeitung“ gehört zu diesen verärgerten Reumutweiser. Sie meint, die nunmehrige Definition des Massenstreiks bedeute eine Niederlage des Radikalismus und einen Sieg der besonnenen Gewerkschaftler; die Zeit des radikalen Geschwäzes sei nun wohl vorüber. Nun, wir wollen die Frage, ob es einen Sieger gegeben und wer den Sieg davongetragen hat, unsererseits ganz offen lassen. Einen Sieger hat es allerdings in Mannheim gegeben: das war der Gedanke des proletarischen Klassenbewußtseins, der sozialistischen Grundanschauungen. Und ob des Sieges dieses Triumphators können sich alle Genossen freuen!

Das wichtigste Thema des Parteitages, der Massenstreik, ist ganz so behandelt worden, wie wir es im Interesse der Partei für notwendig erklärten. Der Parteitag hat durch den Genossen Bebel sowohl wie durch die übergroße Mehrheit der Redner die naive, Klassenkampfwidrige Auffassung derer verworfen, die den politischen Massenstreik gewissermaßen als wunderwirkende Wünschelrute zur Erschließung des preussischen Landtages betrachteten. Diese Auffassung, die die preussische Junkerreaktion für ein isoliertes Element im Reiche nicht nur, sondern auch in Preußen hielt, und den Sturz dieser Reaktion entweder durch ein zweifelhaftes Kompromiß mit bürgerlichen Parteien oder aber durch einen frisch-fröhlich und ohne jede Rücksicht auf die politische Situation zu inszenierenden Massenstreik herbeiführen zu können wäunte, hat in Mannheim auf keiner Seite Unterstützung gefunden. Die Rosa Luxemburg und Kautsky sowohl wie die Elm und Bömelburg erklärten vielmehr in Uebereinstimmung mit Bebel, daß der politische Massenstreik nicht künstlich „gemacht“ werden, sondern nur das Produkt einer höchst gespannten „revolutionären“ Situation sein könne. Wer demgegenüber behauptet, damit sei der Massenstreik einfach „abgetan“, der verkennt völlig die Tatsache, daß die logische Entwicklung der ökonomischen und politischen Zustände sowohl wie auch die sozialdemokratische Klassenkampfzerlegung alle Vorbedingungen für solch gespannte Situationen und die Anwendung des politischen Massenstreiks schafft. Wir brauchen uns durchaus nicht durch Ausbedingung bestimmter Aktionspläne oder gar Anderräumung eines bestimmten Termins auf den Massenstreik zu rüsten; vielmehr ist die prinzipielle Aufklärung und Anfeuerung des Proletariats das Beste und auch das einzige Mittel, sich auf einen Massenstreik zu rüsten. In diesem Sinne, ganz dem des Genossen Kautsky und der Genossin Roland-Holtz, hat Bebel seine Jenaer Resolution interpretiert und in diesem Sinne ist sie angenommen, so gut wie einstimmig angenommen worden! Die revisionistische Massenstreikromantik, die erst die bloße Diskussion des Massenstreiks verpönte und ein paar Monate später einen regelrechten massenstreiklerischen Kriegsplan entwarf, oder nach drei Jahren zur Erklärung des preussischen Wahlkreises zur Ausführung gelangen läßt, hat von Bebel und dem Parteitag die gebührende gründliche Abfuhr erhalten. Dafür ist die Notwendigkeit gesteigerter Aufklärung im Sinne des sozialistischen Klassenkampfes auch für die Gewerkschaftsbewegung eben so einmütig durch die mit 388 gegen 6 Stimmen angenommene Resolution ausgesprochen worden.

Und wir zweifeln nicht, daß diesem Beschlusse gemäß auch gehandelt werden wird! Pflicht jedes Genossen ist es, die Verantwortung für die Einlösung dieser zwar alten, aber ewig aktuellen und in Mannheim aufs neue betonten Verpflichtung mit zu übernehmen!

Eine überaus erfreuliche Tatsache war auch die glatte, widerspruchsfreie Annahme der Jenaer Resolutionsresolution. Wir halten es wenigstens für ausgeschlossen, daß die Gewerkschaftler angesichts des im nächsten Jahre tagenden Internationalen Kongresses keinerlei Opposition gemacht haben würden, falls sie die Absicht hegten hätten, in Stuttgart gegen das Prinzip der Arbeitsruhe am 1. Mai anzukämpfen. Wir glauben vielmehr, daß, abgesehen vom dem imposanten Vorgang des diesjährigen 1. Mai, die über den Massenstreik erzielte Verständigung das freudige Gefühl der Klassenkampflichen Solidarität unter unseren Gewerkschaftsmitgliedern ausgelöst hat. Die Gewerkschafts-Massen werden ähnlich empfinden und am 1. Mai nächsten Jahres durch die Tat ihr proletarisches Klassengefühl bekunden.

Ein glänzendes Dokument für den Geist des Mannheimer Parteitages bildeten auch Inhalt und Aufnahme der beiden Referate über „Sozialdemokratie und Volkserziehung“. Theoretische Durchdringung des schwierigen Stoffes zeichnete den Vortrag des Genossen Schulz, nicht minder reifes soziales und psychologisches Eindringen und feuriger Betätigungsdrang das Referat der Genossin Jellin aus. Es gilt nun, Gedanken und Stimmung in die Tat umzusetzen! Ist doch die sozialistische Jugenderziehung fast noch Neuland für unsere Propaganda! Aufgabe des Bildungsausschusses muß und wird es sein, die erprobte Schöpferkraft des sozialistischen Proletariats auch hier zu manifestieren!

Das Referat über Strafrecht, Strafreform und Strafvollzug stand auf gleicher theoretischer Höhe wie die Referate über die sozialistische Volkserziehung. Auch diese Rede lieferte den Beweis, wie die Sozialdemokratie trotz aller inneren Auseinandersetzungen auf ihren Parteitagen die Zeit findet, um die ihr obliegenden großen kulturellen Aufgaben mit Konsequenz und Nachdruck, in Angriff zu nehmen. Noch besitzt die Sozialdemokratie nicht die politische Macht, um ihr Kulturprogramm auf dem so wichtigen Gebiete der Strafreform zu realisieren. Das wird erst dann möglich sein, wenn das sozialistische Prinzip zum herrschenden Grundsatz der Gesellschaft geworden sein wird; aber sie zeigt nicht nur Fernsicht als lockende Zukunftsperspektive, sondern setzt schon gegenwärtig mit aller Kraft in Kritik und positiver Mitarbeit ein, um wenigstens die schlimmsten Schäden der kapitalistischen Strafrecht auszuroden.

So hat der Mannheimer Parteitag nach jeder Richtung hin treffliche Arbeit geleistet; mehr noch, er kann als Markstein unserer Parteientwicklung gelten. Wir haben jetzt durch Parteitagbeschlüsse programmatisch festgelegt das Maß innerer Einheit, das uns ermöglicht, den Kampf gegen die Gegner geschlossen und mit siegreichender Kraftentfaltung aufzunehmen. Gewerkschaften und Partei, sie werden einträchtig zusammenstehen in den bevorstehenden schweren Kämpfen; sie werden namentlich bei der Reichstagswahl im Jahre 1908 dem gemeinsamen Feinde eine zerschmetternde Niederlage bereiten. Es gibt jetzt nur die eine Lösung: An die Arbeit!

## Die russische Revolution.

### Finanzielle Sorgen.

Der „Russ. Korresp.“ wird geschrieben: Eine Reihe von Tatsachen zeigen ganz deutlich, daß der Wiborger Aufstand und die unerwünschte Agitation der revolutionären Parteien nicht ohne Folgen bleibt; die Bauern verweigern tatsächlich die Steuern. Die Regierung sieht sich ihrerseits gezwungen, gegen diese für sie so unliebsame Erscheinung vorzugehen. So wird jetzt bekannt, daß der Moskauer Gouverneur, Flügeladjutant Dschunowitsch, am 17. September von seiner Inspektionsreise durch das Gouvernement zurückgekehrt ist. Während er mehrere Kreise seines Gouvernements besuchte, konstatierte er überall ein äußerst schwaches Eingehen der Staatssteuern. Er suchte deshalb die Bauern dazu zu bringen, daß sie die Steuern richtig einzuzahlen begännen, und drohte, widrigenfalls die verschiedenen Repressionsmaßnahmen zu greifen. Es ist sehr leicht möglich, daß es der Regierung manchmal gelingen wird, die Steuern mit Waffengewalt einzutreiben; ein solches aber sicher, daß dies den Bauern ein besonders loyales Gefühl für die Regierung, die für alle Krankheiten ihres Volkes nur ein Heilmittel kennt — Flintenlugeln und Kaganische — einzuführen nicht in Stande sein wird.

Moskau, 29. September. (S. Z. B.) Das Bankkomitee an der Moskauer Börse hat Alexander Gutschkow beauftragt, bei dem Finanzminister für die Privatbanken um die Verlängerung der Kreditvergünstigungen nachzusuchen, die für die Kriegszeit bewilligt war.

Das Stadthaupt Nikolai Gutschkow hat bei der Regierung um einen kurzfristigen Vorschub von einer Million Rubel für die Stadt Moskau nachgesucht, da eine Anleihe bis zum Zusammentritt der Duma schwer realisierbar sei.

### Die Fabrikation günstiger Nachrichten.

(Ein Rundschreiben.)

Im Frühling d. J. befahl der Direktor der St. Petersburger Agentur, Hefel, allen Redakteuren der Agentur, täglich fürs Ausland eine Depesche zusammenzustellen, in der die Geschehnisse des russischen inneren Lebens im günstigen Lichte darzustellen seien. Es wurde seinerzeit das Helfertische Rundschreiben veröffentlicht. Aber wie es scheint, steht zur Verfügung der Redakteure doch zu wenig Material, um die russische Wirklichkeit in günstigen Lichte erscheinen zu lassen; darum besann sich die Agentur, daß sie ja solches Material bei ihren Korrespondenten bestellen könne. Solch eine Bestellung wurde auch dieser Tage an alle Korrespondenten in der Form eines geheimen Rundschreibens überandt.

Die Agentur wirkt in diesem Rundschreiben den Korrespondenten ihre Einseitigkeit vor! Diese Einseitigkeit besteht darin, daß die Korrespondenten ihre besondere Aufmerksamkeit auf die negativen und anormalen Erscheinungen des russischen Lebens richten und oft interessante und charakteristische Tatsachen außer acht lassen, die bezeugen, daß ungeachtet der jetzt erlebten unruhigen Uebergangszeit die organische Entwicklung Rußlands von den revolutionären Unternehmungen nicht unterbrochen wird, sondern unverwandt vorwärts schreitet.

Die Agentur betrachtet es als ihre Schuldigkeit, an alle Korrespondenten die ergebene Bitte zu richten, ihre Tätigkeit doch nicht darauf zu beschränken, nur über die Abweichung vom normalen Gange der Dinge zu telegraphieren, sondern auch auf die positive Seite der jetzigen Vorgänge, die Anzeichen der Ausheilung der Schäden des russischen Lebens, die Tätigkeit der Institutionen und Organisationen, die an der schöpferischen Lösung drängender Fragen arbeiten, acht zu geben.

Um einige Beispiele zu zitieren, weist die Agentur darauf hin, daß, obgleich sie über die zum großen Teil unter dem Einflusse von Agitatoren in den letzten Monaten in einigen Distrikten des Reiches vorkommenden Agrarunruhen unterrichtet wurde, sie doch wenig in Kenntnis gesetzt wurde über Geschehnisse an der er. Die Agentur versichert ihre Korrespondenten, daß — ungeachtet der energischen Agitation — ein bedeutender Teil der Agrarunruhen „nur oberflächliche, das Volk des russischen Lebens nicht beschädigende Erscheinungen“ (I) seien. Die Agentur meint weiter, daß nicht genügend hell beleuchtet werde, der der wühlerischen Agitation vom Volke erwiesene Widerstand, sowie die Tatsache, daß die Bauern und die Soldaten, die „in ihrer Masse treu dem geleisteten Eide verblieben“ sind, aus eigenem Antriebe, die unter ihnen zu verbotenen Handlungen aufstehenden Revolutionäre verhaften und sie der gesetzlichen Obrigkeit ausliefern. — Man dürfe ferner nicht verschweigen, daß die Korrespondenten die beurteilende Haltung der breiten Gesellschaftskreise gegenüber den Ausschreitungen der Revolutionäre nicht nachdrücklich genug kennzeichnen. Die Agentur spricht endlich ihr Bedauern aus, nicht zur rechten Zeit die Erklärungen der Sympathie für Stolypin aus Veranlassung des gegen ihn verübten Mordversuches erhalten zu haben, die verschiedene Gruppen und Organisationen abgaben.

Die Bestellung auf gute, rosenrote Nachrichten ist also gemacht, und nun wird wohl der ersuchten Welt durch das offiziöse Bureau das merkwürdige Bild vor Augen geführt werden, wie in einem durch und durch revolutionierten Lande von heute auf morgen alles gut und ruhig werden kann.

### Demonstrationsstreik.

Odeffa, 29. September. (S. Z. B.) Die Hafenarbeiter haben gestern Abend die Arbeit niedergelegt, weil vier ihrer Führer verhaftet wurden. Die Arbeiter beabsichtigen, den Streik so lange durchzuführen, bis die Verhafteten wieder in Freiheit gesetzt sind.

### Die Zuverlässigkeit der Armee.

Der „Russ. Korresp.“ wird aus Tiflis über einen Vorfall berichtet, der für die im Heere immer mehr um sich greifende revolutionäre Stimmung sehr charakteristisch ist:

Auf die Station „Kavakstjo“ kam ein Militärzug aus dem hinterasiatischen Gebiet. Der Zug hielt dort sehr lange, und die Soldaten begannen ihrem Unwillen laut Ausdruck zu geben. Infolgedessen sammelte sich auf der Station bald eine große Menschenmenge an. Die Soldaten stiegen aus und intonierten plötzlich die Arbeitermarschlied. Das Publikum schloß sich begeistert an, und nun folgte ein revolutionäres Lied dem anderen. Der Stationschef, der die Möglichkeit einer improvisierten Volksversammlung vorausah, ließ nun den Zug vor der Zeit abgehen.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird Stolypin nicht mehr lange an den Soldaten tüchtige Werkzeuge bei seiner „Beruhigung“ des Landes haben.

### Zur Frage der Rekrutenverweigerung.

Interessant ist eine Äußerung der Bauern eines Dorfes im Gouvernement Kursk, die sich gegen die im Wiborger Aufstand ausgeübte Expropriation des Eigentums ausgesprochen haben. — „Keine Soldaten der Regierung abgeben!“ ausgesprochen haben. — „Es ist ja viel zweckmäßiger“, meinte ein alter Bauer, „wenn mein Sohn und andere junge Leute, die ebenso geistig sind, Soldaten werden; denn diese werden selbstverständlich auf uns nicht schießen.“

### „Rur“ 180!

Petersburg, 29. September. Nach dem Oppositionsblatt „Strana“ soll das Ministerium des Innern beschlossen haben, von den Unterzeichnern des Wiborger Manifestes nur 180, welche der Versammlung in Wiborg beigezogen hatten, in Anklagezustand zu versetzen.

### Die Maximalisten.

Fast alle revolutionären Organisationen haben sich bereits gegen die von den Maximalisten und Anarchisten in den letzten Monaten so stark ausgeübte Expropriation des Eigentums ausgesprochen. — Nun sollen auch die Maximalisten, wie verlautet, ihr Programm in dieser Richtung einer Revision unterziehen wollen, hauptsächlich aus dem Grunde, weil unter dem Namen „Maximalisten“ auch Einbrecher und Plünderer ihr Werk treiben. In kurzer Zeit soll eine Parteikonferenz einberufen werden, die diese Frage einer Revision unterziehen wird.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. September.

### Der Schluß des Parteitages.

Mannheim, 29. Sept., 245 Uhr nm.

Der letzte Punkt der Tagesordnung festsetzte heute noch ebenso die Delegierten und die zahlreichen Zuhörer wie die früheren Referate. Freilich ließ schon die Person des Referenten, der über

den Punkt Strafrecht, Strafreform und Strafprozess sprach, einen ausgezeichneten Vortrag erwarteten. Diese Erwartungen wurden denn auch nicht enttäuscht, obgleich der Redner, dessen Vortrag in der ursprünglich beabsichtigten Form die doppelte Zeit in Anspruch genommen hätte, sich angesichts der vorgerückten Zeit mit dem Ersatz dessen begnügen mußte, was er anzuführen für notwendig gehalten hatte. Der Vortrag des Genossen Haase basierte in allen seinen Teilen fest auf der theoretischen Grundfassung des wissenschaftlichen Sozialismus. Er betonte, daß alle strafrechtlichen Anschauungen stets die ideologische Spiegelung der jeweiligen sozialen Struktur gewesen seien. Das Strafrecht sei der Ausdruck des Selbstbehaltungsstrebens der herrschenden Klassen und das Schutzmittel der jeweils bestehenden Gesellschaft gegen ihr wiederkehrende Tendenzen. Von dieser historischen und theoretischen Fundierung ging der Redner zur scharfen und wichtigen Kritik der heutigen Strafrechtstendenzen über. Er geißelte die kapitalistische Justiz, wie sie in Majestätsbeleidigungsparagraphen, Strafbestimmungen wegen Aufreizung zum Klassenhaß, wegen Verächtlichmachung von Staats-einrichtungen zum Schutze der Kapitalistenklasse Ausdruck findet. Ein massenhaftes Material brachte er zur Charakteristik dieser schreienden Klassenjustiz vor. Der Redner bejahte sich ferner mit dem Verbrechen als spezifischer Erscheinung unseres Klassenstaates, er bezieht sich auf den bekannten Strafrechtsexperten Professor v. Liszt, der ebenfalls das Verbrechen als soziale Erscheinung auffaßt. Unsere Strafrechtsexperten würden deshalb am besten für eine wirksame Sozialreform eintreten, statt am Strafrecht herumzusitzen.

Genosse Haase schloß seine Ausführungen unter stürmischem Beifall mit Aufzählung der Maßnahmen zur Besserung des Strafrechts und Strafvollzugs, für die die Sozialdemokratie schon heute eingutreten verpflichtet sei.

Damit war die Tagesordnung des Parteitagcs in den Hauptpunkten erschöpft. Nach Erledigung der Anträge wurde die Tagung mit einer wirkungsvollen Ansprache Singers geschlossen. — Die Bestätigung der Einmütigkeit und Geschlossenheit, die gerade der Mannheimer Parteitag mit seinem Nachdruck bezeugt hat, fand begeisterte Zustimmung.

### Pro Pod.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr v. Schorlemer, hat sich vor einigen Tagen auf einen Anlaß der landwirtschaftlichen Ausstellung in Cleve abgehaltenen Festessen über die Fleischsteuerung geäußert und unter anderem gesagt:

„Wenn wir (Landwirte) Schutz beanspruchen, dann müssen wir auch zeigen, daß die Forderung (der Grenzsperrung) begründet ist. Wir stehen in einer Zeit von hohen Vieh- und Fleischpreisen, und sehen damit einer ersten Zeit für die Landwirtschaft entgegen. Denn ich kann nicht sagen, daß wir bisher allen Ansprüchen der Konsumenten genügt haben. Es ist daher unsere Pflicht, möglichst viel und gut zu produzieren und dafür zu sorgen, daß allen Ansprüchen von Produzenten und Konsumenten Rechnung getragen wird. Um das zu erreichen, ist ein engerer Zusammenhalt der Landwirte nötig, als er bisher in der Rheinprovinz bestand.“

Dem Intelligenzblatt der Wandbündler paßt diese Anklage nicht in seine tägliche Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft allen berechtigten Ansprüchen des deutschen Fleischkonsums vollständig zu genügen vermöge und bisher auch immer genügt hätte. Es leistet sich deshalb folgende Abfertigung der Schorlemerschen Rede:

„Daß es Pflicht der Landwirtschaft ist, möglichst gut und viel zu produzieren, das weiß die Landwirtschaft selbst; sie bedürfte der besonderen Anregung des Freiherrn v. Schorlemer in dieser Beziehung nicht. Die Landwirtschaft kann aber nur genügend produzieren, wenn sie in ausreichendem Maße gegen die Gefahr der Seucheneinführung geschützt wird. Hält dieser Schutz fort oder wird er erheblich abgeschwächt, dann dürfte das erheblich höhere Risiko eine Abnahme der Produktion bewirken. Wenn der Oberpräsident der Rheinprovinz ferner sagte, daß die Landwirtschaft allen Ansprüchen der Konsumenten bisher nicht genügt habe, so möchten wir demgegenüber betonen, daß diese Vemeuerung für die Landwirtschaft im allgemeinen nicht gelten kann. Ob sie vielleicht für die Rheinprovinz gelte, darüber werden die rheinischen Landwirte sich mit ihrem Oberpräsidenten auseinandersetzen müssen; wir unsfererseits zweifeln auch daran. Welchen unmittelbaren Zweck die Ausführungen des Freiherrn v. Schorlemer überhaupt gehabt haben, ist uns nicht recht ersichtlich. Die linksliberale und demokratische Presse bezeichnet sie mit großer Verachtung. Sie erwähnt bei dieser Gelegenheit, daß Freiherr v. Schorlemer als künftiger Landwirtschaftsminister genannt worden ist und schließlich aus seiner Rede, daß demnach eine Aufhebung der Grenzsperrung und eine Ermäßigung der Rölle zu erwarten sei. Wenn Herr v. Schorlemer diese Schlussfolgerung zieht, wird er vielleicht zu der Ueberzeugung kommen, daß es im allgemeinen und im besonderen Interesse zweckmäßiger gewesen wäre, wenn er seine Ausführungen etwas anders abgestimmt und zugespielt hätte.“

Indes ist es nicht nur die Erregung darüber, daß der Oberpräsident der Rheinprovinz die Schweine- und Rindviehsteuer der bekannten großen Autoritäten des Bundes der Landwirte noch nicht kapiert hat, die das Wandlerorgan zu seinem Ausfall veranlaßt. Die Abfertigung hat noch einen anderen Zweck. Wie verlautet und das Blatt bestätigt, soll Freiherr v. Schorlemer zum derzeitigen Nachfolger des Herrn v. Bobbielsti aussersehen sein, und um diesen Plan zu fördern und Bobbielsti auf dem Ministerstempel weiterzubalancieren zu lassen, scheint dem ehrsamem Wandlerblatt die Gelegenheit günstig, gegen den Herrn v. Schorlemer in gewissen einflussreichen hochfeudalen Kreisen Stimmung zu machen. —

### Deutsches Reich.

#### „Der kluge Mann baut vor.“

Daß Herr v. Bobbielsti seine Amtsgeschäfte wieder übernommen hat, wurde bereits gemeldet. Jetzt bringt die „N. O. A.“ aus dem Landwirtschaftsministerium nicht fernstehenden Kreisen folgende bezeichnende Auslassung:

„Falls der Minister sich noch vor Schluss dieses Jahres dafür entscheiden sollte, sein Abschiedsgesuch einzureichen, so wird man diesen Schritt nicht mit den Affären Tuppelkirch, Fischer usw. in Verbindung bringen dürfen. Der Minister hat sich nicht durch die öffentlichen Angriffe und die Vergernisse berührt gefühlt, die diese Affären für ihn im Gefolge hatten — jedenfalls hat er diese Vergernisse längst überwunden. Wenn Herr v. Bobbielsti geht, so tut er es, um von langjähriger und aufreibender Tätigkeit im Dienste des Staates auszurufen und sich nur noch der Bewirtschaftung seines ländlichen Besitzes zu widmen. Gerade bei dem Minister von Bobbielsti wäre der Wunsch nach einem Lebensabend als Landwirt und Jäger, ohne die Sorgen eines öffentlichen Amtes, um so erklärlicher, als er seine Tätigkeit als Staatssekretär der Reichspost eingerechnet, von allen seinen Ranges am längsten im Amte ist.“

Das Annemädchen, das uns hier aufgebunden werden soll, dürfte selbst bei noch so kindlichen Politikern keinen Glauben finden. Es verschleierte nicht einmal, sondern enthält die Tatsache, daß Bobbielsti Stellung unhaltbar ist, und daß man ihn nur aus „Staatsraison“ noch eine Galgen- und Anstandsfrist lang über Wasser hielt.

### Das Wörmann-Monopol.

Die „Dortmund. Zig.“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Südwestafrika, die höchst interessante Mitteilungen über die Rückfahrslosigkeit enthält, mit der die Wörmann-Linie ihr Transportmonopol gegenüber der Regierung ausnützt und sich enorme Einnahmen aus ihren für die Kolonialverwaltung ausgeführten Transportleistungen zu sichern weiß. Fast scheint es, als wenn diese Dampferrlinie das „Verdienen“ in noch weit gründlicherem Maße versteht als die Firma Tuppelkirch. Das Dortmund. Blatt schreibt:

„Als im Juli 1902 die Swalopmunder Note — allerdings nur für kurze Zeit — gebrauchsfähig wurde, hoffte hierzulande alles auf einen erheblichen Abschlag in den Landungsgebühren. Es lag auf der Hand, daß die in Brandenburg nach der alten Zollstelle gelandeten Güter ungleich höhere Kosten verursachten als die in 50 Tonnen-Lasten zum Kolonialhafen und dem neuen Zollhaus mit Dampfmaschinen geschleppten Ladungen. Allen Versehen, die damals vom Swalopmunder Bezirksauschuss unternommen wurden, die das Wörmann-Monopol zu durchbrechen, fehlte der lokale Vertreter der Karl Wörmann-Linie, Kapitän Heinemann, auf Grund des Regierungsvertrages erfolgreich Widerstand entgegen. Ja, in der Ausnutzung der Konjunktur ging die Wörmann-Linie so weit, die Landungsgebühren ohne Rücksicht auf die Festsetzungen des Hamburger Frachttariffes nach dem Tonnengewicht oder nach dem Kubikinhalt zu berechnen, wie gerade der höhere Betrag zu berechnen ist. Die Praxis galt natürlich auch für die Regierungsfahrten. Eine Revision der Reichszahlungen an Landungsgebühren dürfte in dieser Beziehung allein schon manche Lieberzahlung zeitigen.“

Noch eigentümlicher ist aber, daß die Kolonialverwaltung gezwungen gewesen ist, unter anderem sehr hohe Landungsgebühren auch zu zahlen für das von Hamburg bei den Pferdetransporten, von Kapstadt aus für die Oasen- und Kaufseiltransporte mitgeführte Futter — Heu, Hafer und so fort —, welches auf der Seereise verbraucht worden war. Zweifellos ist auf diese Eigentümlichkeit der Berechnung noch niemand gekommen; immehin dürfte aber das Reich auf diese Weise sich ein „Guthaben“ bei der Firma Karl Wörmann geschaffen haben, das mehrere Millionen betragen soll.

Was für Unsummen die Landungsgebühren — in beiden Hälften, auch in der ruhigen Lührer-Bucht — verschlingen, davon nur ein Beispiel. Ein vom Rittmeister Grafen v. Königsmarck, dem früheren Rennreiter, der hier Erklärliches leistet, von Buenos-Aires nach Lührer-Bucht mit einer Sechshunderttönner-Schiff kostete: an Fracht (an eine unabhängige Reederei gezahlt) 18 000 Mark, an Landungsgebühren (für die Firma Karl Wörmann) 20 000 M. Obwohl die von Buenos-Aires kommenden Viehdampfer meist nur den einen (Hinz-)Transport nach dem Schutzgebiet hatten und oft die Holzverschläge für die Pferde, Ochsen und Esel nachher verbrennen mußten, betragen die Frachtkosten pro Tier bei einer 18-tägigen Reise nur einige 80 M. Die Wörmann-Dampfer, die zwischen Kapstadt und Lührer-Bucht stetige Viehtransporte hatten, ließen dagegen für die zweitägige Reise bei dem festen Satz von 82 Mark (4 Pfund Sterling) für den Ochsen oder den Maultier.

So verschwinden die dem arbeitenden Volk durch Befahrung seiner notwendigen Lebensmittel abgezweigten Millionensummen. Begreiflich, daß die an derartigen Verfrachtungen beteiligten Hamburger Reeder und ihre Mitinteressenten sich für den möglichst schnellen weiteren Ausbau der deutschen Kolonialpolitik begeistern. —

Aus dem „gemüthlichen“ Süddeutschland. Eine merkwürdige Begründung gab der Magistrat von Bayreuth einem Verdict, die dortige Polizei besser zu bemessen. Die Schulleute sollen nämlich in La Berlin neben dem Säbel noch mit Kemeerevolvern ausgerüstet werden, weil sie in letzter Zeit öfters von freilebenden Arbeitern verhöhnt worden seien!

Die „Verhöhnung“ der Polizei, die nach dem Strafgesetzbuch höchstens einige Wochen Gefängnis eintragen kann, wird also in dem „liberalen“ Bayreuth als todeswürdiges Verbrechen betrachtet, das mit dem Tode geahndet werden muß.

Rürnberg scheint wirklich Schule zu machen. —

Die Braunschweiger. Auf Beschluß der westlichen Partei war eine Abordnung aus Braunschweig unter Führung des Reichstagsabgeordneten von Damm nach Göttingen zum Herzog von Cumberland entsandt worden. Die Deputation wurde vom Herzog empfangen, der auf die ihm unterbreitete Bitte, namentlich die Rheinprovinzfrage in einem für Braunschweig günstigen Sinne zu lösen, den „Braunschweig. A. Noth.“ zufolge erwiderte: er sei bereit, den Wünschen der braunschweigischen Bevölkerung so weit als möglich entgegenzukommen, befürchte aber, daß Kaiser Wilhelm keine Veränderung wüßte. —

### Das Zentrum als Wahlkuriosum.

Unsere Gegner scheinen allmählich eingesehen zu haben, wie vergeblich es ist, der Sozialdemokratie den nahen Untergang zu prophezeien. Sie finden zwar vor wie noch ein kindliches Vergnügen darin, sorgsam von allen Auseinandersetzungen in unserer Partei Kenntnis zu nehmen und sie bis ins Ungeheuerliche aufzubauschen, aber sie haben es sich doch abgewöhnt, das als die Vorzeichen des sicheren und baldigen Zerfalls der Partei zu deuten. Selbst das Zentrum hat sich zu der besseren Einsicht durchgerungen, daß es mit der Hoffnung auf eine Zerspaltung der Sozialdemokratie nichts ist. So heißt es in einem Artikel, der sich in einer Anzahl Zentrumsblätter befindet:

„Der rote Parteitag in Mannheim muß natürlich vor allen anderen Parteitagen gebührend beobachtet werden. Wir möchten aber von vornherein warnen vor einer Ueberstimmung der Dinge, die sich dort abspielen. Es wäre namentlich verfehlt, wenn man auf die Meinungsverschiedenheiten und Zwistigkeiten, die auf den sozialdemokratischen Parteitagen hervorzutreten pflegen, Hoffnungen auf einen Zerfall oder einen Rückgang der Partei begründen wollte. Die Erfahrungen seit dem „Jungbrunnen“ von Dresden sollten doch allen schon klar gemacht haben, daß die rote Partei eine ungeheure Portion von häuslichem Streit vertragen kann. . . . In dem grundrüttelnden Haß gegen die ganze bestehende Ordnung sind die Deutschen vollständig einig, und wenn es zu den Wahlen geht, so steht gegen die „reaktionäre Masse“, in die unterschiedslos alle bürgerlichen Parteien geworfen werden, die ganze sozialdemokratische Masse in geschlossener Sturmkolonne da.“

Der Artikel rät daher denen, die „für die Erhaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung eintreten“, sich nicht auf die „Fehler der Sozialdemokratie“, sondern auf die Kraft und die Tugenden der bürgerlichen Parteien zu verlassen. Mit diesen Tugenden, so meint die Zentrumspresse, sehe es aber bei den bürgerlichen Parteien gerade noch schlecht aus, trotzdem das Wahljahr 1908 schon sehr nahe gerückt sei. Wenn die bürgerlichen Parteien bei den kommenden Wahlen der Sozialdemokratie Boden abgewinnen wollen, so müßten sie möglichst eilig vorgehen. Und da empfiehlt der Artikel den bürgerlichen Parteien als Vorbild das Zentrum; dessen Anhänger hätten „nicht bloß in Fragen Schwärmel durch die Lat, sondern auch in Offen und bei sonstigen Gelegenheiten durch feierliche Erklärungen gezeigt, daß sie auf einer höheren Warte stehen und ihrerseits reich und bereit sind für eine christlich-nationale Gemeinbürgerschaft gegen die Feinde von Thron und Altar.“ Die Hauptfrage für ein Zusammengehen gegen die Sozialdemokratie sei für das Zentrum: Mann dort, wo die Zentrumsparthei die stärkste unter den bürgerlichen Parteien ist, unter anderem auch auf die Unterführung der protestantischen Konserverativen und Liberalen rechnen, wie deren Kandidaten in den anderen Wahlkreisen auf die Unterführung der katholischen Winderheit! —

Der langen Rede kurzer Sinn ist der: Das Zentrum fühlt sich in Rot; die Wahlen von 1908 machen ihm zu schaffen, namentlich im Westen, wo in wichtigen städtischen Wahlkreisen (Düsseldorf, Köln, Essen) die Sozialdemokratie dem Zentrum drängend nahe gerückt ist und der sozialistische Sieg sicher zu erwarten ist, wenn nicht das Zentrum in der Stadtwahl starke Hülsen von den anderen bürgerlichen Parteien erhält. Wenn es nach dem Zentrum ginge, läme wohl ein Wahlbündnis bereits für den ersten Wahlgang zustande betart, daß das Industriegebiet zwischen Liberalen und Merkmalen aufgeteilt würde. Das ist der Grund, weshalb das Zentrum jetzt mehr als je in Toleranz macht und weshalb es sich bereit erklärt für eine „christlich-nationale Gemeinbürgerschaft gegen die Feinde von Thron und Altar.“ —

### Vom glorreichen preussischen Vereins- und Versammlungsrecht.

Das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß die Auflösung einer Versammlung zu Recht geschehen ist, da der Referent erörterte, daß Massenstreik und Straßendemonstrationen in besonderen Fällen angewendet seien!

Der Genosse Redakteur Arthur Crispian hielt am 14. Januar 1906 in einer Versammlung im Ludwigshof zu Königsberg einen Vortrag über: „Massenstreik und Straßendemonstration“. Die Versammlung wurde während des Referates aufgelöst und der Polizeipräsident billigte die Auflösung unter Bezugnahme auf die Bestimmung des § 5 des preussischen Vereinsgesetzes, wonach die Auflösung einer Versammlung erfolgen kann, wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten. Und zwar stützte sich der Polizeipräsident auf die Notizen des überwachenden Polizeikommissars. Danach soll Crispian bei Erörterung der Kampfeskampfmittel des Profetariums gesagt haben: Welche Waffen haben wir? Wir haben die Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, das Wahlrecht. Wenn uns nun diese Rechte genommen werden, dann müssen wir zum letzten Mittel greifen: zum Massenstreik und zur Straßendemonstration. — Bei diesen Worten wurde die Versammlung aufgelöst.

Crispian beschwerte sich wegen der Auflösung beim Regierungspräsidenten und, nach Abweisung, noch beim Oberpräsidenten, der die Beschwerde ebenfalls „aus den Gründen des Regierungspräsidenten“ verwarf. Diese Gründe gingen dahin: Es sei der Vorschlag erörtert worden, Straßendemonstrationen zu unternehmen, wenn gewisse Voraussetzungen eintreten. Straßendemonstrationen würden aber gegen § 17 des preussischen Vereinsgesetzes verstößen, der die Teilnahme an nicht genehmigten öffentlichen Aufzügen sowie die Aufforderung dazu unter Strafe stelle. Somit sei ein Vorschlag, der eine Anreizung zu strafbaren Handlungen im Sinne des § 5 des Vereinsgesetzes enthalte, erörtert worden. Also wäre die Auflösung des Polizeikommissars richtig sein.

Crispian klagte dann noch gegen den Oberpräsidenten von Ostpreußen beim Oberverwaltungsgericht. Er bestritt, wie schon in den Beschwerden, die Richtigkeit der polizeilichen Notizen. Die Auflösung sei erfolgt, als er ausgeführt habe: Wenn uns das Vereins- und Versammlungsrecht genommen werden sollte, wenn man die Organisationen der Arbeiter zertrümmere, wenn uns das Wahlrecht entzogen werden sollte, dann würde es zum Massenstreik und Straßendemonstrationen kommen, weil . . . Bei diesem Worte sei er durch die Auflösung unterbrochen worden. Die ganze Presse Königsbergs habe im Sinne seiner Angabe über die Rede berichtet. Durch die Abschneidung des Wortes sei es ihm unmöglich geworden, zu erörtern, ob und unter welchen Umständen die letzten Mittel überhaupt angewendet werden könnten. Er habe seinen Vorschlag erörtert, der eine Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalte. Er habe nur dargelegt und darlegen wollen, was kommen würde, wenn dem Volke seine Rechte genommen werden sollten. Im übrigen brauchten Massenstreik und Straßendemonstrationen überhaupt nicht gegen Gelehrte verstoßen.

Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts wies jedoch die Klage ab, indem er annahm, daß Crispian einen „Vorschlag“ erörtert habe, der eine Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalte. Um diesen Tatbestand zu schaffen, bedürfte es nicht einer Empfehlung solcher Handlungen. Es genüge die Erörterung eines Vorschlages, der eine Anreizung dazu in sich schließe. Und daß sei hier anzunehmen. Die Auflösung der Versammlung wäre deshalb gerechtfertigt.

Nach dieser Logik ließe sich so ziemlich jede Versammlung auflösen, in der die Hypothese erörtert wird, daß Provokationen der Reaktion die deutsche Arbeiterschaft unter Umständen einmal zu Straßendemonstrationen treiben könnten! Das nennt man geschicklich garantierte Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

### Ein Kinderreich — und zwei Jahre Gefängnis.

Das Dienstmädchen Emma Simon aus Spornitz, geboren am 28. November 1891, also noch nicht 15 Jahre alt, hatte zu Ostern 1906 bei dem Erbpächter Wrenndt in Damm einen Dienst als Kindermädchen angetreten. Von Anfang an wurde das Kind von Heimweh geplagt, das von Tag zu Tag größer wurde, so daß die ganze Familie darauf gerichtet war, wie sie wieder von ihrem Dienstherrn fortkommen könnte. Schließlich kam sie bei ihrem Grubeln auf den Gedanken, daß sie am leichtesten und sichersten ihrem Dienst entkommen könnte, wenn sie das Grundstück ihres Herrn in Brand stecke. — Sie schritt also zur Ausführung dieses Gedankens, und am Nachmittage des 19. April, also wenige Tage nach ihrem Dienstantritt, als sie mit der Hausfrau allein zu Hause war, steckte sie das Stroh im Kuchel und das Strohhaub des Wohnhauses an. Die Angeklagte hatte sogleich nach dem Ausbruch des Feuers ihre wenigen Habseligkeiten zusammengepackt und war ohne weiteres nach Spornitz zu ihren Eltern gegangen, weil sie annahm, daß ihr Dienst nun zu Ende sei. — Einige Tage darauf erhielt sie indes von dem Erbpächter Wrenndt einen Brief, in welchem sie aufgefordert wurde, wiederzukommen, um ihren Dienst wieder anzutreten, denn ein Verdacht der Brandstiftung war ihrer großen Jugend und ihres sonstigen guten Betragens wegen nicht auf sie gefallen. Der Erbpächter Wrenndt hatte sich inzwischen bei dem Erbpächter Hinrichs eingemietet und besorgt von dessen Haus aus seine alte Wirtschaft. Die Angeklagte mußte also den Dienst wieder antreten, aber schon nach wenigen Tagen wurde sie wieder von Heimweh geplagt, und sie beschloß nun, sich abermals in derselben Weise zu befreien — Am frühen Morgen des 3. Mai stündete sie auf dem Hausboden das dort lagernde Dietrichsche Heu an, um das Gebäude dadurch einzuäschern. Das Heu wurde jedoch rechtzeitig bemerkt und konnte auf den Dachstuhl beschränkt werden. Auch diesmal war die Angeklagte sofort wieder nach Spornitz gelaufen, wurde jetzt aber als Verdächtige eingezogen und hat dann auch ein Geständnis abgelegt. Das Urteil der Schwurgerichter Strafkammer lautete auf zwei Jahre Gefängnis.

Der ganze Vorrat unserer sozialen Zustände und der ländlichen Dienstverhältnisse zumal spricht aus dieser furchtbaren Kindertragödie. —

### Ausland.

#### Spanien.

Zur Beurteilung Acevedos. Wir berichteten kürzlich, daß Genosse Acevedo wegen „Majestätsbeleidigung“ zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt wurde und daß die Partei beschloß, im ganzen Lande Protestversammlungen zu veranstalten. Wie wir jetzt erfahren, hat die Regierung bereits zwei dieser geplanten Versammlungen verboten, nämlich eine in Santander und eine in Bilbao.

Ferner ist das Zentralorgan der spanischen Sozialdemokratie, „El Socialista“, in Anklagezustand versetzt wegen Veröffentlichung des Auftrags an die Arbeiter, gegen jene Verurteilung zu protestieren. Unsere spanischen Genossen lassen sich durch diese Nadelstiche nicht abhalten, ihren Protestschrei tapfer weiter zu führen.

### England.

London, 20. September. In einer Ansprache, welche der Kriegsminister Haldane in Abington in Schottland hielt, ging er auch auf die Abrüstungsfrage ein. Der Minister erklärte, die Stunde sei noch nicht gekommen, um die für Rüstungen bestimmten Ausgaben für die Durchführung sozialer Reformen zu verwenden. Die englische Regierung habe ihr Möglichstes getan, um durch Verminderung ihres Kriegsbudgets und Einschränkung ihrer Rüstungen ein Beispiel zu geben. Ein weiterer Schritt in dieser Richtung sei nicht möglich, so lange nicht alle übrigen Mächte diesem Beispiele nachkämen.

### China.

#### Chinesische Verfassungspläne.

Die „Tribune“ aus Shanghai berichtet, haben neun Mitglieder der Untersuchungskommission dem Kaiser empfohlen, eine Verfassung nach japanischem Muster zu erlassen. Ferner wurden von einem chinesischen Studenten dem Blatt folgende Einzelheiten gegeben:

„Gegenwärtig wird China von Peking aus durch einen vom Kaiser ernannten Staatsrat regiert. — Die Kommission empfiehlt vor allem, daß ein Kabinet an die Stelle des Staatsrates treten soll. Ferner sollen die Statthalterien der Provinzen abgeschafft werden, und an deren Stelle sollen Gouverneure treten. Die 18 Provinzen, aus denen das eigentliche China besteht, sollen Parlamente erhalten. Die Qualifikation zum Wahlrecht soll Bildung sein, da in China eine gute Erziehung viel höher steht als in Europa. Die Mitglieder der Provinzialregierung, d. h. die Minister, sollen aus dem Parlamente genommen werden und dem Gouverneur unterstehen. Erweisen sich die Provinzialparlamente als arbeitsfähige Körperschaften, so sollen sie je ein Mitglied in das Kabinet nach Peking entsenden.“

### Amerika.

#### Provisorium!?

Havanna, 20. September. (Auf deutsch-antlantischem Kabel.) Die Einsetzung einer provisorischen Regierung von Seiten der Vereinigten Staaten von Amerika ist heute morgen erfolgt.

Im „Amtsblatt“ erläßt Kriegsminister Taft eine Bekanntmachung, daß er einstweilen die Regierung übernommen habe, bis eine ständige Regierung eingesetzt sei.

Das Vorgehen Tafts ist die Folge des Nichtigens des Versuchs, den kubanischen Kongress zusammenzutreten und einen neuen Präsidenten für Palma wählen zu lassen, der mit samt seinen Anhängern sich weigert, weiter im Amte zu bleiben. Zu der Zeit, zu der gestern abend die Sitzung des Kongresses eröffnet werden sollte, waren nur vier Mitglieder anwesend, die sich schließlich entfernten, ohne daß eine Sitzung stattgefunden hätte.

## Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Telegraphischer Bericht.)

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 20. September 1906.

Vormittags-sitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet um 9 1/2 Uhr die Sitzung.

Der Parteitag tritt in die Beratung des Punktes 8 der Tagesordnung:

„Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug“ ein.

Hierzu liegen vor Resolution 167 und Antrag 167.

Resolution zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug.

I. Die Strafrechtsverhältnisse entspringen den gesellschaftlichen Bedürfnissen und wechseln mit der Gesellschaft. Alle bisherigen Gesellschaften haben durch die Strafe ihre Lebensinteressen zu schützen gesucht. Im Klassenstaat betrachtet die herrschende Klasse ihre Interessen als besonders schutzwürdig und schutzbedürftig. Sie gestaltet danach das Strafrecht.

II. Zur Fortentwicklung ihrer Herrschaft ist sie bestrebt, jede auf Fortentwicklung der Gesellschaft gerichtete Tätigkeit, soweit dadurch ihre Klasseninteressen bedroht werden, mit Strafe zu belegen. In dieser Richtung wirkt namentlich auch das Polizeistrafrecht, das seine Grenzen immer weiter ausdehnt. Je mehr die unterdrückte Klasse an Einfluß gewinnt und ihren Klasseninteressen Geltung verschafft, desto krasser wird der Widerspruch zwischen dem Strafrechtssystem und dem Denken und Fühlen der großen Masse des Volkes.

III. Die Justiz als Organ der herrschenden Klasse hat die Aufgabe, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu schützen. Je schärfer die Klagen gegen sie werden, desto brutaler wird das Bestreben der herrschenden Klasse, die Justiz als Mittel zur Unterdrückung der Arbeiter zu verwenden und diese so unter dem Schein von Recht zu verewaltigen.

Die von der Regierung des Klassenstaates ernannten, bürokratisch vom Volke abgeschlossenen Strafrichter stehen, befangen in den Anschauungen der Klasse, aus der sie stammen, den Bestrebungen der Arbeiterklasse bedürfnislos, ja mit instinktiver Abneigung gegenüber, und die Rechtsprechung tritt in immer schärferem Gegensatz zu dem Rechtsbewußtsein der großen Mehrheit des Volkes. Dehnbare Bestimmungen im Strafgesetzbuch erleichtern eine solche Rechtsprechung. So wird die Justiz in immer größerem Maße als Klassenjustiz empfunden, die die Empörung der breiten Volksmassen gegen sich wachruft.

IV. Auch die Gerichtsverfassung und die Gestaltung des Strafverfahrens werden von den Interessen der herrschenden Klasse beeinflusst. Die Justizbürokratie ist bestrebt, ihre Macht zu verstärken. Die Rechtsgarantien der Angeklagten werden gefürzt. Die bürgerliche Freiheit wird dem diskretionären Ermessen der Justiz, das sich leicht zur Willkür steigert, preisgegeben.

V. Die wachsende Zahl der gerichtlichen Verurteilungen stellt auch für die Sozialdemokratie ein ernstes Problem dar.

Seit dem Ersinken der Arbeiterklasse und mit der Ausbreitung der sozialistischen Ideen hat auch unter den Vertretern der Rechtswissenschaft immer mehr die Einsicht Platz gegriffen, daß das Verbrechertum seine Wurzeln in den gesellschaftlichen Verhältnissen hat. Aber sie ziehen nicht die letzte Konsequenz. Das Verbrechertum in seiner heutigen Gestalt und Zusammensetzung ist ein Verwachsen mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und faugt aus ihr immer neue Nahrung. Es kann deshalb nur schwinden mit der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung, in der es wurzelt. Und es ist eine Illusion, anzunehmen, daß es durch ein — wie immer geartetes — Strafrecht in erheblichem Maße bekämpft werden könne. Wohl aber kann auch innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung das Verbrechen vermindert werden, wenn die Ursachen, aus denen es entsteht, vermindert werden. Dies kann aber nur erzielt werden durch eine entschiedene Sozialpolitik, insbesondere durch gesetzliche Einföhrung des achtstündigen Maximalarbeitstages, durch Sicherung des Koalitionsrechts und Ausdehnung auf die Landarbeiter, durch Verbesserung und Verbilligung der Arbeiterwohnungen, durch Beseitigung aller Maßregeln, welche die Preise der Lebensmittel erhöhen, durch eine auf die Erziehung selbständiger Charaktere gerichtete weltliche Volksschulbildung.

Grausame Strafen haben erfahrungsgemäß weder abschreckend noch bessernd gewirkt. Ein modernes Strafrecht muß von dem Geiste der Humanität erfüllt sein. Die Gesetzbücher, die die Gesellschaft infolge ihrer ökonomischen Struktur notwendig erzeugt, sind milde zu beurteilen. Obdachlosigkeit, Weiten, Landstreicheln sind nicht zu bestrafen. Jugendliche Personen über 13 zu dem Alter, in welchem ihre Entwicklung so weit vorgeschritten ist, daß sie den Antrieben zum Verbrechen genügenden Widerstand entgegenzusetzen können, nicht dem Strafrecht unterworfen werden.

VI. Die Gefängnisse und Zuchthäuser haben als Mittel zur Verringerung der Verbrechen, wie allgemein anerkannt wird, vollständig versagt. Sie sind mit Recht als eine „Hochschule des Verbrechens“ bezeichnet worden: sie haben tatsächlich zur Vermehrung des Verbrechertums, namentlich durch die ungünstige Beeinflussung der jugendlichen Verurteilten, beigetragen. Dennoch sieht sich die herrschende Gesellschaftsordnung, auf sie zu verzichten. Es muß jedoch die Verhängung von Gefängnis- und Zuchthausstrafen in weitem Umfang eingeschränkt, und es muß die Behandlung in ihnen so gestaltet werden, daß die Verurteilten für das Leben in der Gesellschaft tauglich bleiben oder gemacht werden.

Von diesem Standpunkt aus fordert die Sozialdemokratie bei der Regelung des Strafrechts, des Strafprozesses und des Strafvollzugs zunächst:

#### A. Auf dem Gebiete des Strafrechts.

1. Eintritt der Strafmündigkeit frühestens mit dem vollendeten 16. Lebensjahre.
2. Beseitigung aller dehnbaren Begriffe aus dem Strafgesetzbuch und scharfe Präzisierung der Strafvorschriften.
3. Beseitigung aller Strafbestimmungen gegen die freie Meinungsäußerung und das freie künstlerische Schaffen, sowie gegen die Bestrebungen auf Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse.

Dagegen Schutz der Arbeitskraft gegen Ausbeutung und Erweiterung des Koalitionsrechts.

4. Aufhebung des Landesstraftrechts (der landesgesetzlichen Forst- und Felddiebstahlsgeetze, der Ausnahmegeetze gegen Landarbeiter und Gefinde).

Reichsgesetzliche Regelung des Polizeistrafrechts unter genauer Begrenzung der Polizeibefugnisse und Eindämmung der Polizeiwilfähr.

Abolition der Strafen wegen Bettelns, Landstreichelns, Nichtbeschaffung eines Obdachs.

Anerkennung und Sicherung des Rechts auf Streikpostenstreiken.

5. Abschaffung der Todesstrafe. Beseitigung aller Mindeststrafmaße. Zulassung mildernder Umstände bei allen strafbaren Handlungen. Mildere Bestrafung der Eigentumsvergehen. Bestrafung der Entwendung von Gebrauchsgegenständen zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse, sowie von Arbeitsmaterialien von nicht erheblichem Wert nur als Liebererlegung. Zeitgehende Zulassung der bedingten Verurteilung. Zulässigkeit der Geldstrafe für alle strafbaren Handlungen an Stelle der kurzzeitigen Freiheitsstrafe. Angemessenheit der Umwandlung einer unentgeltlichen Geldstrafe in Freiheitsstrafe. Festsetzung einer möglichen Maximalhöhe für die Geldstrafe bei Liebererlegungen; Vermessung nach der Höhe des Einkommens bei allen anderen strafbaren Handlungen.

Beseitigung des Rechts auf Liebererlegung an die Landespolizeibehörde und auf Stellung unter Polizeiaufsicht.

#### B. Für den Strafvollzug.

1. Der Strafvollzug ist durch Reichsgesetz einheitlich so zu gestalten, daß er nicht zur Niederdrückung und Reinigung der Verurteilten, der Opfer der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern zur Stärkung ihrer körperlichen, geistigen, sittlichen Widerstandskraft im Kampf ums Dasein führt. Abzuschaffen sind das Schweregebot und die brutalen Disziplinstrafen.
2. Für Jugendliche bis zum vollendeten 20. Lebensjahre sind besondere Anstalten unter pädagogischer Leitung, für geistig Minderwertige unter pädagogischer und ärztlicher Leitung zu errichten.
3. Ist der Zweck des Strafvollzugs erreicht, so ist der Verurteilte auch vor Ablauf der Strafzeit zu entlassen.
4. Dem Entlassenen gegenüber hat der Staat eine Fürsorgepflicht zur Beschaffung von Arbeit.

#### C. Auf dem Gebiete des Gerichts-Verfassungsgeetzes und des Strafprozesses.

1. Wahl der Richter ohne Unterschied des Geschlechts durch das Volk mittels des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts. Bis zur Durchführung dieser Forderung Aufrechterhaltung der Schwurgerichte unter Erweiterung ihrer Zuständigkeit.
2. Einführung besonderer Jugendgerichte.
3. Beseitigung des Anklagenmonopols der Staatsanwaltschaft.
4. Volle Verantwortlichkeit der Beamten für Verurteilungen bei der Strafrechtspflege unter Mitwirkung des Staates.
5. Beseitigung des geheimen inquisitorischen Vorverfahrens.
6. Beseitigung der Untersuchungshaft wegen Fluchtverdachts auf bestimmte schwere Verbrechen beim Vorhandensein konkreter den Fluchtverdacht rechtfertigender Tatsachen. Verordnung eines Verteidigers für den Verhafteten. Beseitigung aller über die Freiheitsentziehung hinausgehenden Beschränkungen des Verhafteten, insbesondere Gewährung unbeschränkter freien Verkehres mit dem Verteidiger. Schnellige kontradiktorische Verhandlung über die Verhaftung.
7. Angemessenheit des freien Ermessens des Gerichts gegenüber dem Umfang der Beweisaufnahme.
8. Verwertung zugunsten des Verurteilten.
9. Entschädigung aller Verhafteten und Sittierten, die ungerechtfertigt festgenommen sind, sowie derjenigen, die freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt werden. Da s e.

177. Änderungsantrag zum Antrag Haase (167) O 1, Satz 2 zu streichen und statt dessen zu sagen:

„Als zur Durchführung dieser Forderung Beseitigung der Strafkammern und weitgehendste Heranziehung aller Volksklassen, insbesondere der Arbeiterklasse zur Strafrechtspflege.“

J a y e r und 20 Genossen.

#### Referent Haase-Königsberg:

Das Thema ist so wichtig, daß es einer gründlichen Behandlung bedarf. Leider läßt das aber die Geschäftslogik des Parteitages nicht mehr zu, was um so bedauerlicher ist, als auch die Thesen in ihrer prinzipiellen Seite so kurz gefaßt werden mußten, und daher einer eingehenden Erläuterung bedürfen. Es scheint mir notwendig, gerade gegenwärtig unseren Standpunkt gegenüber den Bestrebungen auf Revision des Strafrechts, des Strafprozesses und des Strafvollzugs darzulegen, und vor allem klar und fest auszusprechen, wie unsere Justiz ist. Die Strafrechtsnormen sind nicht ewig, sind nicht unwandelbar, sondern wechseln mit Zeit und Raum. Selbst Mord, sogar Ehenbruch, und Diebstahl wurden keineswegs überall als strafbar angesehen. In Romnesien ist die Tötung der Greise erlaubt und sogar sittlich geboten, und es erklärt sich diese Wohregel daraus, daß dort ein Mangel an Lebensmitteln vorhanden ist, daß die Ernährung der Greise die größten Schwierigkeiten macht. Es gilt deshalb als eine sittliche Pflicht die Greise zu töten, bevor sie selber den langsamen und grauamen Tod des Verhungerns erleiden. Es ist Ihnen bekannt, daß bei den Spartanern Diebstahl gestattet war und daß nur der Dieb bestraft wurde, der dabei ertappt wurde. Auch das erklärt sich aus den sozialen Zuständen des Landes, weil Geschäftlichkeit und Schlaueit als wichtige Eigenschaften erachtet wurden, während die Gegenstände, welche gestohlen werden konnten, nur einen geringen Wert hatten. Bei den Scythen dagegen galt Diebstahl als das schwerste Verbrechen, weil die Scythen ein Hirtenvolk waren und der Diebstahl der Herden für sie deshalb einen ganz besonderen Verlust darstellte. Nun ist es klar, daß die gesellschaftlichen Bedürfnisse den

Inhalt der Strafgesetze bestimmen. Das Strafrecht ergibt sich deshalb deutlich aus der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse. Ich will mich heute nicht in eine metaphysische Spekulation über das dem Strafrecht zugrunde liegende Prinzip verheiben. Nur so viel: Die Strafe ist ein Ausdruck des Selbstschutzes der Gesellschaft. Alle bisherigen Gesellschaften haben die Strafe gegen solche Taten angewendet, welche das gesellschaftliche Zusammenleben, den Bestand der Gesellschaften gefährdet haben. Es ist Ihnen ja bekannt, daß im Klassenstaat die herrschende Klasse ihre Interessen mit den allgemeinen Interessen identifiziert, daß sie deshalb ihre Interessen als die besonders schutzbedürftigen ansieht. Unsere herrschende Klasse erklärt die bestehende Ordnung als göttliches Recht und jede Bestrebungen auf Umwälzung der Gesellschaft für strafwürdig. Diesen Bestrebungen gegenüber, die den Fortschritt hemmen, die deshalb kulturwidrig sind, haben wir die Pflicht, immer und immer wieder danach zu trachten, daß zunächst alle diejenigen Strafbestimmungen beseitigt werden, welche die freie Meinungsäußerungen hemmen, welche die Bestrebungen der unterdrückten Klasse auf Verbesserung ihrer Lage und auf Mächtigkeitshilfen hindern. Aus diesem Gesichtspunkte heraus verlangen wir Abschaffung der Strafbestimmungen über Majestätsbeleidigung. In England wird Majestätsbeleidigung nicht bestraft, und es wird niemand behaupten wollen, daß England deswegen nicht ein Kulturstaat sei oder nicht den genügenden Schutz der Gesellschaft garantierte. Der Majestätsbeleidigungs-Paragraf dient bei uns dazu, die freie Kritik an unserem Staatsoberhaupt zu unterbinden, er ist ein Mittel der Mächtigkeit gewesen und ist es noch, da die harmlosesten Äußerungen, welche in den vertrautesten Kreisen gefallen, von einem hochartigen Denunzianten dazu benutzt werden, einen mißliebigen Gewordenen auf die Anklagebank zu bringen. Wir müssen weiter verlangen die Aufhebung der Strafbestimmungen gegen Aufreizung der Massen. Im Reichstag hat ein konservativer Abgeordneter diesen Paragraphen damit verteidigt, daß er erklärte, er sei der eigentliche Revolutionsparagraf. In Wahrheit, Genossen, zielt diese Strafbestimmung darauf hin, ebenfalls Angriffe abzuwehren, welche gegen die bestehenden Zustände sich richten. Auf Grund dieses Paragraphen ist es möglich gewesen und kommt es seit langen Jahren vor, daß irgendwo lebhaft geäußerte Bedenken gegen staatliche und soziale Einrichtungen diejenigen, welche sie äußern, auf die Anklagebank bringen und schwerer Strafe aussetzen. Wir haben es erlebt, daß sogar derjenige, welcher lediglich darstellte, wie der Grundbesitz schädigend wirkt und wie deshalb alle Kraft angestrengt werden muß, um die Zahl der übermächtigen Vertreter des Grundbesitzes zu mindern, auf Grund dieses Paragraphen bestraft worden sind. In der gleichen Reihe findet sich die Strafbestimmung gegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Auch dieser Paragraph hat wiederholt dazu gedient, diejenigen auf die Anklagebank zu bringen, welche an den bestehenden Zuständen Kritik übten. Freiheit, nach dem Wortlaut dieses Paragraphen ist es erforderlich, daß jemand Staatseinrichtungen verächtlich macht durch Erfindung oder Entstellung von Tatsachen und daß dies wissenschaftlich geschieht. Aber bei der herrschenden Justiz wird vielfach dann, wenn ein Sozialdemokrat sich diese Kritik erlaubt, von vornherein angenommen, daß dasselbe, was er ausspricht, wider besseres Wissen ausgesprochen sei, und daß sein Urteil eine Lüge enthalte. So wird jede Grenze zwischen Kritik und Darstellung von tatsächlichen Vorgängen vermischt. Wir haben es in Leipzig erlebt, daß dort lediglich deswegen, weil in der „Leipziger Volkszeitung“ eine historische Darstellung über frühere Mitglieder des sächsischen Königshauses gegeben wurde, das Gericht auf dem Wege der Interpretation dazu kam, daß der jetzt herrschende König habe beleidigt werden sollen und den Angeklagten, obwohl er das mit aller Bestimmtheit bestritt, mit einer harten Strafe belegte. Wir haben es erlebt, daß in Hannover noch vor kurzem gewisse Mouch auf Grund des Verächtlichmachungsparagraphen angeklagt wurde, weil er die Wohlfahrtsvereinigungen der Untertanen, die Arbeiterschutzesetze und die Versicherungsgeetze kritisiert hatte, und die Kritik als wissenschaftliche Entstellung von Tatsachen angesehen wurde. Wir verlangen außerdem, daß vor allem diejenigen Bestimmungen aus den einzelstaatlichen Vereinsgesetzen beseitigt werden, welche das Volk hindern, in Versammlungen sich zusammenzuschließen und seine Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Ebenso verlangen wir die Beseitigung aller Strafrechtsnormen, welche die Freiheit der Presse bedrohen. Wir fordern, daß man das Koalitionsrecht sicher stellt, und nicht durch ausnahmsweise Bestimmungen aushebt. § 153 der Gewerbeordnung, auf den ich noch komme, ist ja ein Mittel, um die Arbeiterklasse an dem Streben nach Hebung ihrer Lage zu verhindern. Wir verlangen natürlich auch die Beseitigung von Ausnahmebestimmungen in den einzelnen Landesstaaten, welche die Landarbeiter an der Ausübung ihres Koalitionsrechts verhindern, so wie alle anderen Bestimmungen, die sich in derselben Richtung bewegen. Die herrschende Klasse sieht durch alle Bestrebungen auf Hebung der Lage der Arbeiterklasse ihre eigenen Klasseninteressen bedroht und wird um so hartnäckiger darauf bedacht sein, gerade diese Strafbestimmungen aufrecht zu erhalten. Die Arbeiterklasse muß daher ihren ganzen Einfluß geltend machen und ihn bei der Reform des Strafrechts möglichst vermehren, um wenigstens einen Teil ihrer Forderungen durchzuführen. Die Strafrechtsnormen haben durchweg das Bestreben, sich zu erhalten, auch wenn die gesellschaftlichen Bedürfnisse, aus denen heraus sie entsprungen sind, bereits einem Wechsel unterworfen gewesen sind.

Es erben sich Gesetz und Rechte

Wie eine ewige Krankheit fort.

und es empfinden deswegen immer größere Massen, daß Vernunft Unsinn, Wohlthat Plage geworden ist. Je mehr die Arbeiterklasse an Einfluß gewinnt, je mehr deshalb die große Masse des Volkes in eine andere Gedanken- und Gefühlswelt eingeleitet ist, als die herrschende Klasse, um so krasser wird der Widerspruch empfunden werden zwischen den bestehenden Strafrechtsnormen und dem Denken und Fühlen der großen Masse des Volkes. Die Justiz, als Organ der herrschenden Massen, hat, wie sich das im Klassenstaat von selbst versteht, die Aufgabe, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu schützen. Wie sie diese Aufgabe auffaßt und durchführt, darüber hat sich einmal unumwunden ausgesprochen der frühere Reichsgerichtsrat Mittelstädt, der zwar durch und durch Reaktionär war, aber von Zeit zu Zeit das Bedürfnis fühlte, das auszusprechen, was er in der Justiz erkannte. Er sagt über die häufige Anwendung des Strafen Aufzugsparagraphen, die ja in früheren Jahren gegenüber den Sozialdemokraten stets dann erfolgte, wenn sonst die Strafrechtsnormen nicht ausreichten: „Da die böse Sozialdemokratie nun einmal nicht mehr in der Zwangsjacke des drakonischen Ausnahmerechts steht, muß das gemeine Recht die erforderlichen Handhaben zu der gewünschten Fesselung darbieten. Da das gemeine Strafrecht aber nicht darauf zugeschnitten ist, speziell gegen die Sozialdemokratie Waffen herzugeben, so muß man diese Normen sehr subtil durch juristisches Dehnen und Pressen dazu brauchbar machen. Noch haben wir, die Vertreter der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die richterliche Gewalt in Händen, machen wir davon rücksichtslos Gebrauch gegen den Todfeind unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, ehe die soziale Revolution über uns kommt. So etwa fühlen, so denken die Bewusstesten und schlauesten Köpfe des deutschen Richterstandes, denen die übrigen wohl oder übel nachzuleben folgen.“ Parteigenossen, wenn irgend ein Sozialdemokrat es wagen würde, eine solche Behauptung gegenüber dem deutschen Richterstande auszusprechen, wie viel Jahre Gefängnis würde er wegen Beleidigung der Richter erhalten? (Sehr hoch!) Ich erinnere Sie daran, daß in Deutschland die bloße Behauptung, daß bei uns eine Klassenjustiz existiert, die gar nicht den Wortlaut in sich schließt, daß die Richter, welche die Justiz ausüben, wider besseres Wissen das Recht anwenden, sondern lediglich die Erklärung, daß auch die Richter als Menschen nicht aus ihrer Haut herauskönnen, als Mitglieder einer bestimmten Schicht in den Anschauungen dieser Schicht befangen sind und deswegen das Recht auslegen im Geiste dieser ihrer Klassengenossen — wie oft sind nicht

Sozialdemokraten lediglich wegen dieser Behauptung bestraft worden. (Sehr wahr!) So wurde Genosse Seeger in Leipzig vor urgem bewegen, weil er einen Gerichtsbericht darüber, daß ein Inspektor, der einen Arbeiter in Ostpreußen nach der heute üblichen Art einfach geißelt hatte, freigesprochen wurde, als Klassenjustiz kassiert hatte, mit einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten belegt. (Hört! hört!)

Dah tatsächlich auch bei unserer Regierung mehr und mehr die Absicht besteht, daß die Gerichte gegen die Sozialdemokraten die Besche mit aller Strenge anzuwenden und sie anders behandeln sollen, wie die übrigen Staatsbürger, dafür gibt es sehr erhebliche Beispiele. Der frühere Minister Basse hat ein Tagebuch hinterlassen, worin er den Hergang bei einer Ministeritzung am Tage vor Erlass des Sozialistengesetzes mitteilt. Es wurden damals die richterlichen Mitglieder für die in dem Gesetz vorgesehene Bescheidkommission gewählt. Bismarck erklärte, daß ihm eine Anzahl Mitglieder des Obertribunals als politisch nicht vollkommen zuverlässig bezeichnet seien. Der preussische Justizminister schlug einen anderen Obertribunalrat vor und benutzte die Gelegenheit, um, wie Basse schien, in wenig geschickter und taktvoller Weise zu erklären, die preussischen Richter seien überhaupt alle als zuverlässig anzusehen. Bezeichnend dabei ist, daß man richterliche Mitglieder zunächst auf ihre politische Zuverlässigkeit prüft und nach eingehender ist es, daß der preussische Justizminister alle Richter bei dieser Gelegenheit als politisch zuverlässig bezeichnet. Bismarck erwiderte, daß er davon nicht ganz durchdrungen war. „Ja, wenn die preussischen Juristen alle so wären, wie der Staatsanwalt Lessendorfer, dann könnten wir zufrieden sein.“ (Hört! hört!) Ich glaube, der preussische Justizminister hat im großen und ganzen keine Kenntnis gehabt von dem Seelenzustand der Richter, wie Bismarck. Wie will man es da wagen, uns glauben zu machen, daß, wenn der preussische Minister selbst die Richter als politisch zuverlässig bezeichnet, sie dann in stände seien, in dem Augenblick, wo sie von ihren Sejjeln herab Recht sprechen, sich von ihren politischen Anschauungen völlig frei zu machen und entrückt sind dem sozialen Gefühlsleben und den politischen Einflüssen? Uns allen ist ja bekannt, wie später der Minister Schöndstedt in einer programmatischen Rede den Grundsatz vertrat: si duo faciunt idem, non est idem, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Und der gegenwärtige preussische Justizminister hat sich ja nicht besser beim Parlament infizieren zu können geglaubt, als daß er erklärte, er halte es für die Aufgabe der Justiz, daß gegen die Sozialdemokratie mit aller Strenge vorgegangen werde. Aber darin drückt sich bereits das Wesen mit zweierlei Maß aus. Der Richter hat die Verpflichtung, einen jeden Angeklagten, gleichviel welcher Partei er angehört, gleichmäßig zu behandeln, sich die Straftat genau anzusehen und nur dann mit Strenge zu verfahren, wenn die Straftat eine solche Strenge verdient. (Sehr richtig!) Durch diese Benützung des Ministers wird der Staatsanwalt geradezu genötigt, über alle mildernden Umstände bei Sozialdemokraten hinwegzugehen. Der gegenwärtige Minister hat es ja auch für seine Aufgabe gehalten, in dieser Richtung noch etwas mehr zu tun, er hat eine Keuerung eingeführt. Er lud an einem Abend zu sich den erlöschenden Strafgeschichtler Gierde und den deutschen Kaiser, und ließ durch Gierde einen Vortrag halten über die gegenwärtigen Zustände. Bei dieser Gelegenheit machte Gierde gegen die Sozialdemokratie scharf; er erklärte insbesondere, die deutsche Rechtsprechung darf keinen Schritt zurückweichen vor dem neuerdings immer lauter erschallenden und sogar im Reichstage sich immer lauter hervorstühnenden Vorwurf der Klassenjustiz. Wenn in Gegenwart des preussischen Justizministers und des deutschen Kaisers so die herrschende Justiz verteidigt, wenn ausdrücklich nach außen hin der gesamten Juristenwelt, den Staatsanwälten und den Richtern erklärt wird, der Vorwurf der Klassenjustiz sei ungerichtet, die Richter sollen fortfahren, in demselben Geiste zu urteilen, so muß das doch von Einfluß auf die ganze Rechtsprechung sein. (Sehr richtig.)

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wir in Deutschland eine Klassenjustiz haben, und diese Klassenjustiz wird in einer Weise ausgeübt, daß die Empörung immer breitere und breitere Massen wecken wird, ja daß von Zeit zu Zeit selbst bürgerliche Kreise von dieser Empörung in Mitleidenschaft gezogen werden. Ich hatte ursprünglich die Absicht, aus dem hergehobenen Material eine große Zahl charakteristischer Fälle vorzutragen. Allerdings war ich mir darüber klar, daß, soweit Fälle ich aus vortrage, die meisten in diesem Saal erklären würden: Ja, bei uns ist mindestens ebenso schlimmes vorgekommen, und das erwähnt der Referent gar nicht! Je mehr die Massenengefüge sich zuspitzen, je mehr die politische Leidenschaft erregt wird, desto krasser sollen die Urteile aus, und wenn wir es auch bezwecken, daß die Richter aus den Anschauungen ihrer Klasse heraus denken und fühlen, so müssen wir doch den entscheidendsten Protest dagegen erheben, daß die Justizverwaltung alles tut, um die Richter in dieser Anschauung noch mehr festzulegen. (Sehr wahr!) Anstatt sie in politisch erregten Zeiten zu mahnen, sich nicht von der Erregung fortziehen zu lassen.

Bei und liegen die Dinge allmählich so, daß es kaum mehr möglich ist, das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht auszuüben, ohne mit dem Strafgesetz in Konflikt zu kommen. Ich erinnere nur an die zahlreichen Verurteilungen wegen Erpressung. (Hört, hört!) Nach vor gar nicht langer Zeit wurde ein Beamter des Verbandes der Steinarbeiter in Leipzig wegen Erpressung verurteilt. Und was war der Tatbestand? Er hatte in einer Unterredung mit einem Unternehmer erklärt: Falls die Wagtregelung, die der Unternehmer vorgenommen hatte, nicht rückgängig gemacht würde, müßten Gegenmaßnahmen ergriffen werden. (Hört, hört!) Weiter wurde gegen eine Anzahl von Daddedern wegen verurteilter Erpressung deshalb eingeschritten, weil sie gefordert hatten, ihr Arbeitgeber solle einen christlich organisierten entlassen, falls er nicht dem Zentralverband beitrete. Andersfalls würden sie selbst die Arbeit niederlegen. (Hört, hört!) Weshalb wird nicht in derselben Weise gegen Unternehmer vorgegangen? Kassiert es denn nicht tagen tagaus, daß die Unternehmer in ihren Verbänden ebenso verfahren? Sie verlangen, daß die Unternehmer ihrer eigenen Verbänden sich ihren Koalitionen anschließen, und mehr als einmal drohen sie, daß, wenn das nicht geschieht, der Widerstande Schaden erleiden, daß ihm das Material nicht geliefert oder daß er in Verzug erklärt würde. (Sehr richtig.)

Aber wann erleben wir es einmal, daß gegen die Unternehmer eingeschritten wird? Wie oft verlangen nicht die Unternehmer, daß die Arbeiter aus ihren Organisationen austreten, daß sie in eine bestimmte christliche Organisation eintreten? Wie oft wird ihnen nicht mit Entlassung gedroht, wenn sie das nicht tun? Wo sind da die Staatsanwälte, die gegen die Unternehmer Anklage erheben? In dem Breslauer Prozeß kam es ja wieder zur Sprache, daß die Metallindustriellen klipp und klar gegen § 153 verstößen hatten. Aber es ist nicht gelungen, sie in Anklagezustand zu versetzen, man hat vergeblich beim Staatsanwalt angeklopft und vergeblich Bescheid beim Oberstaatsanwalt eingelegt. Wenn die Arbeiter meinen, daß selbst da, wo die gesetzlichen Bestimmungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer die gleichen sind, gegen die Arbeitnehmer eingeschritten wird, gegen die Arbeitgeber aber nicht, so müßten sie ja geradezu Fischblut haben, wenn sie nicht mit aller Entschiedenheit gegen diese Art von Justiz Front machen würden. Wir selbst hat ein Staatsanwalt vor gar nicht langer Zeit, als ich ihn auf diese widersprechende Praxis aufmerksam machte — das war ein kluger Staatsanwalt — gefragt: Ja, was wollen Sie denn? § 153 ist doch seinem ganzen Wesen nach nur gegen die Arbeiter gerichtet. (Wohlfühendes Hört! hört!) Dieser Staatsanwalt hatte aus dem Geiste der herrschenden Klasse heraus die Situation ganz richtig beurteilt. (Sehr richtig!) Und wenn schon alle Tatbestandsmerkmale gegeben sind, daß der Staatsanwalt nicht mehr ausweichen kann, dann heißt es wie in Breslau: Die Unternehmer haben nicht die rechtswidrige Absicht gehabt. (Weiter!) Wenn man doch mal bei den Arbeitern die rechtswidrige Absicht verneinen wollte! Aber nein, die einfachen, durch die Volksschule gegangenen Arbeiter müssen das Recht lernen, die in den höheren Schulen wohl vor-

gebildeten Unternehmer haben keine Ahnung vom Recht, ihnen mangelt das Rechtsbewußtsein! (Sehr gut!) In immer weiteren Kreisen greift daher die Anschauung Platz, die der große Witte in die Worte kleidete:

Lackier die Sünde nur mit Gold,  
Gleich bricht die starke Lanze der Gerechtigkeit  
Dhnmächtigt ab. Bekleide sie mit Lumpen,  
Und eines Warren Strohhalm sticht sie durch.

(Lebhafte Zustimmung.)

Eine ganz besondere Ausnahmestellung in unserem Staatsleben nehmen die sogenannten „nützlichen Elemente“ ein. Der Begriff der Ehrverletzung auf Grund des § 153 wird von unseren Richtern weiter ausgedehnt als selbst der Begriff der Verleumdung. Einen Arbeitswilligen anzusprechen, ohne seine Ehre zu verletzen, dies Anstößig sollte mit mal jemand vormachen. Wenn man einem Arbeitswilligen sagt: Schließe Dich doch unserer Organisation an, Du müßtest Dich schämen zu arbeiten, während wir im harten Kampfe stehen, so ist der Erfolg eine Anklage und Verurteilung auf Grund des § 153. In Breslau haben wir es ja sogar erlebt, daß schon der Ruf: Hoch lebe der katholische Arbeiterverein! als eine Ehrverletzung der katholisch organisierten Arbeitswilligen angesehen wurde, weil dieser Ruf mit einem ironischen Lächeln begleitet gewesen sein soll. (Weiter!) Ja, das Lächeln Arbeitswilligen gegenüber ist schon wiederholt von Gerichten als Ehrverletzung angesehen worden. Schon die bloße Erklärung: Es ist doch nicht schon von Dir, daß Du noch weiter arbeitest, während wir uns im Lohnkampf befinden, wurde als Ehrverletzung angesehen. Die Ehre der Arbeitswilligen ist bei uns so fein, so zart geworden, daß der leiseste Lufthauch, namentlich wenn er von einem Streikenden kommt, sie zu verletzen geeignet ist. Daß diese nützlichen Elemente infolge dessen mehr und mehr an Uebermut gewinnen, daß sie sich mehr und mehr erlauben, daß sie sich einbilden, sie könnten den Streikenden als Privilegierte gegenüber treten, dafür sind ja die Vorgänge in Rürnberg, Berlin, Magdeburg die klarsten Beweise. (Sehr richtig!) In Rürnberg wurde von einem solchen Arbeitswilligen ein Streikender niedergestochen, und der Arbeitswillige läuft nach einigen Stunden wieder frei umher. (Hört! hört!) In Berlin ist ein Meisterstecher, der einen Streikenden niedergestochen hat, frei. In Magdeburg wird ein Arbeiter während des Ausschreitens ohne jede Ursache von einem Arbeitswilligen durch zwei Angeln niedergestrichen, der Attentäter wird zwar angeklagt, der Staatsanwalt beantragte auch vier Monate Gefängnis, das Gericht sprach ihn aber frei, da es möglich sei, daß er von anderen nicht genannten Personen mit Steinen geworfen sei und in vermeintlicher Notwehr gehandelt habe. (Bewegung.) Ja, wenn doch andere Arbeiter, die sich dieses Schutzes der Behörden nicht erfreuen, jemals so beurteilt würden! Wenn der Arbeiter, der erklärt: ich habe geglaubt, daß man auf mich einen Angriff macht und infolge dessen nach meinem Stode gegriffen und geschlagen habe, einmal wegen vermeintlicher Notwehr freigesprochen würde! (Sehr gut!) Ich glaube nicht, daß man einen Arbeiter findet, dem dieses Glück zuteil geworden ist. Da sind also die Anschauungen in den Richterkreisen infolge ihrer Klassenlage derart, daß sie den Streikenden von vorn herein, sich selbst gar nicht bemerkt, mit ganz anderen Gesichten entgegen treten wie den Arbeitswilligen. Das Wort Putzhamers, hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution, dies Wort spult in den Köpfen der Richter. (Sehr richtig!)

Berichtigung. Der Delegierte von Frankfurt a. M., welcher verschiedene Mal das Wort genommen, heißt Dittmann, nicht Dittmann, wie angegeben.

## Aus der Partei.

Der Heidelberger Auszug der Delegierten zum Mannheimer Parteitag verlief, wie wir der „Fälz. Post“ entnehmen, bei gutem Wetter in schönster Weise. Ein Extrazug führte die Vertreter des Arbeiterparlamentes, denen sich eine stattliche Zahl Parteigenossen von Mannheim, Ludwigshafen und Umgegend mit ihren Frauen angeschlossen hatte, dem vielbesungenen und wohllich gelegenen Heidelberg zu. Dort ging es unter der liebenswürdigen Führung der Heidelberger Parteigenossen zur Schloßruine hinauf.

Jene Genossen, die auf der Schloßruine zum ersten Male weilten, waren von dem herrlichen Panorama, das sich ihren Augen bot, geradezu entzückt, aber auch für jene, die an dieser Stelle schon des öfteren gewesen sind, ist und bleibt das unergleichliche Naturbild, das sich, besonders von der Schloßterrasse dem Blick darbietet, eine Augenweide vollen Reizes. Trampweise wurden dann das Museum und die einzelnen Sehenswürdigkeiten unter sachkundiger Führung in Augenschein genommen. Besonders stark war der Besuch des Heidelberger Hauses, zum Schrecken unserer Antialkoholiker; gute und schlechte Biere wurden hier auf dem Tische über unsere Rührigkeit apostrophiert gemacht, von denen einzelne mit entsetzten Gesichtern dieser Stätte ehemaliger Völlerei den Rücken kehrien, zum Gaudium jener, die einen guten Tropfen edlen Lebenssaftes nicht verachten. Im Garten der Schloßrestauration hatten sich bald die Teilnehmer zusammengefunden, und unter den Klängen des Heidelberger Stadtorchesters entwickelte sich ein recht fröhliches Treiben. In der Dämmerung, nachdem das in exalter Weise zum Vortrag gebrachte Konzertprogramm beendet war, ging es wieder hinauf zur Stadt.

Für den Abend hatte die dankenswerte Bereitwilligkeit des Heidelberger Stadtrats den Parteitagdelegierten die schöne Stadthalle zur Verfügung gestellt. In dem dort von den Heidelberger Genossen veranstalteten Bankett hatte sich auch eine große Anzahl Gäste eingestellt, so daß der sehr hübsch ausgestattete große Saal bis auf das letzte Plätzchen besetzt war. Mit Orchesterdarbietungen begann der Abend, an die sich wieder der Heidelberger Arbeitergesangsverein anschloß. Dann betrat noch einer der Ehrengäste, der Genosse Schudach-Heidelberg, Genosse Bebel, von stürmischem Beifall empfangen, die Rednerbühne. Er erinnerte an das Jahr 1868, wo er als wandernder Handwerksbursch zum ersten Male Heidelberg besuchte. Später kam er öfters Geschäfte halber nach der Neckarstadt. Er äußerte seine lebhafteste Befriedigung über den Empfang in Mannheim und Heidelberg. In Norddeutschland wäre es kaum denkbar, daß die Sozialdemokraten ein städtisches Stablflement wie den Abteilungslokal oder die Stadthalle für ihre Zwecke erhielten. Mit Genugtuung sehe er die Fortschritte der Partei in Heidelberg, die so weiter gehen mögen. Mit einer launigen Ansprache entbot Genosse Ehrhart den Delegierten die Grüße der Fälz. Leider hätten die im Mannheimer Parteitagkomitee sitzenden Antialkoholiker es verhindert, daß die Fälz den Parteitag zu einer ähnlichen Veranstaltung einlad wie die Heidelberger. Dabei wäre schon ein Maß Wein fast so groß wie das Heidelberger bereit gewesen. Nun bleibe es liegen bis zu dem Parteitage, der in der Fälz selbst abgehalten werde. Der Redner forderte zum Schluß die Delegierten, die den Sonntag noch dreingeben wollten, auf, sich zu einem Ausfluge in die sonnige Fälz nach Dürkheim zusammen zu tun.

Dann betrat die russischen und polnischen Studenten, das Podium und trugen zwei Rationallieder vor. Das zweite Lied war eine Totenfeier für die in der Revolution gefallenen Männer und Frauen. Der tiefe Ernst, der sich auf den Gesichtern der Zuhörer malte, ließ erkennen, daß alle Herzen der Opfer des russischen Befreiungskampfes gedachten und ihnen mit Freude und Begierde nachzuerufen gelobten.

Nach war diese erste Stimmung wieder verschwunden, als Genosse Ansele aus Gent die Bühne betrat und mit edel französischer Lebhaftigkeit eine von Feuer und Leidenschaft durchglühete Rede hielt. Er brachte die Grüße der belgischen Partei und sagte, daß sie in seiner Heimat mit großen Besorgnissen an den deutschen Parteitag dachten, weil ein Kampf zwischen der polnischen und der

gewerkschaftlichen Organisation bevorzustehen schien. Jetzt seien aber seine Besorgnisse durch den schönen und erhabenen Verlauf der Verhandlungen verschwunden, und mit Freude und Stolz blickten alle ausländischen Genossen nach Mannheim, wie überhaupt nach Deutschland, wo die Parteidisziplin eine geradezu musterhafte sei. Mit Freude könne man konstatieren, daß auf der ganzen Erde eine feste Vorwärtsbewegung unserer Sache stattfindet und daß die Zeit nicht mehr ferne sein könne, in welcher wir unser großes Ziel erreichen werden. Es wird gearbeitet mit einem Eifer, mit einer Sachkenntnis, die die Bewunderung der ganzen Welt erzeuge. Genossin Kolland-Holt überreichte die Rede sofort ins Deutsche, und beide Redner wurden mit einem wahren Sturm des Beifalls überschüttet. — Eine sehr schöne Darstellung der Göttin der Freiheit, umgeben von einer Arbeitergruppe in einem lebenden Bilde erregte allgemeine Bewunderung.

Nach darauf war die Stunde der Abfahrt gekommen, und der Extrazug führte die Festteilnehmer nach Mannheim zurück.

Die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“, das Wochenblatt unserer heftigen Parteigenossen zu Gießen, nimmt in ihrer Nr. 39 vom 30. September Abschied von ihren Lesern. 12 1/2 Jahre hat sie für die Sozialdemokratie gewirkt. Nun macht sie der „Oberheftigen Volkszeitung“ Platz, einem größeren Organ, das den gesteigerten Bedürfnissen des Proletariats im Verbreitungsbezirk der „Mitteldeutschen“ besser entsprechen soll.

## Aus der Frauenbewegung.

Die proletarische Frauenbewegung hat einen schweren Verlust erlitten. Heute (29. September) ist in München im jungen Alter Frau Lea Heiden-Deuschmann nach kurzer Krankheit verstorben. Frau Heiden-Deuschmann war eine der eifrigsten und hoffnungsvollsten Vorkämpferinnen für die proletarische Frauenbewegung. Sie ist auch den Berliner Genossinnen durch eine Reihe ausgezeichnete Vorträge bekannt geworden und hat für unser Blatt eine Anzahl bedeutsamer Artikel über die Frauenbewegung geliefert.

## Gewerkschaftliches.

(Siehe auch 5. Beilage.)

Der Ausstand der Flößer in Rassel und Umgegend ist eingetreten, weil ihnen die Stomberger Schleppschiffahrt, welche dem Arbeitgeber-Verbande angehört, nach Ablauf des im Herbst 1903 auf 3 Jahre mit dem Hafenarbeiter-Verbande abgeschlossenen Arbeitsvertrages einen weiteren Vertrag aufzwingen will, den sie mit vier von ihnen ausgesuchten Flößern abgeschlossen hat.

### „Note Erde.“

Auf dem Hüttenwerk „Note Erde“ fand gestern vormittag die von der Lohnkommission der autständigen Arbeiterschaft nachgesuchte Vernehmung mit der Direktion statt. Laut Mitteilung der Direktion wurde der Kommission eröffnet, daß die Arbeit nur auf Grund des von der Direktion schon am 2. August festgelegten unänderlichen Standpunktes (wonach die geforderte generelle Lohnaufbesserung ausgeschlossen ist) wieder aufgenommen werden könne. Die Frage, ob die Arbeiterschaft sich auf diesen Standpunkt gestellt habe, konnte die Lohnkommission nicht beantworten. Den Vernehmen nach werden die autständigen Arbeiter am nächsten Dienstag eine große Versammlung veranstalten, worin zu der Eröffnung der Direktion Stellung genommen werden soll.

Der Verband der Pianofabrikanten in Stuttgart hat beschlossen, sämtlichen Arbeitern aus dem Holzarbeiterverbande zu kündigen, falls bis nächsten Dienstag in den Fabriken die Arbeit nicht aufgenommen ist.

### Ausland.

#### Der Streik am Clyde.

London, 29. September. Alle Hoffnungen auf eine Beilegung der Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf den Schiffswerften am Clyde sind gescheitert. 7000 Schiffstelschmiede legen heute die Arbeit nieder, wodurch mittelbar 20 000 Mann betroffen werden. Die Schiffstelschmiede verlangen eine fünfprozentige Lohnerhöhung. Die Arbeitgeber drohen mit Aussperrung anderer Arbeitergruppen und völliger Schließung der Werften. Der Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern ist der ernsteste, der seit vielen Jahren am Clyde ausgetragen worden ist.

Die organisierten Zimmerleute Rürndergs beschließen, den am 31. Dezember ablaufenden Tarif zu kündigen. Da die Organisation sich bedeutend gehoben hat und die Geschäfte deshalb sehr zugenommen haben, soll schon am 15. Oktober ein beförderter Lokalbeamter angestellt werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Gegen die Fleischnot.

Würzburg, 29. September. (W. S.) Wegen der fortwährenden Steigerung der Fleischpreise beschloß der Magistrat bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, daß dieselbe beim Bundesrat auf Deckung der Grenzen für Schlachtwich dringe. Diese Petition soll durch alle bayerischen Städte unterzeichnet werden.

### Beilegung der Differenz in der Hosoper.

Budapest, 29. September. (W. S.) Der Direktor der Hofoper, Wähler, hat den Vertretern des Opernpersonals heute erklärt, daß die im Budget vorgesehene Gehaltsregulierung nach der Bewilligung durch das Abgeordnetenhaus mit rückwirkender Kraft ins Leben treten werde. Diese Erklärung wirkte beruhigend und die Befehle einer Schließung der Oper scheint somit beseitigt.

### Bergarbeiterstreik.

London, 29. September. (W. S.) In Glasgow sind 7000 Bergarbeiter wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten.

### Nur Loben ist der Presse erlaubt.

Petersburg, 29. September. (W. S.) Der Stadthauptmann unterdrückte die Zeitung „Perlon“. Das Motiv der Unterdrückung waren Artikel, die gegen den Obermilitärprokurator gerichtet waren.

### Judenhegen.

Russland, 29. September. (W. S.) Nach Meldungen aus Bessarabien haben in der Nacht von Donnerstag auf Freitag in allen Städten, Marktorten und Dörfern durch Militär und Zivil, behörden Hausdurchsuchungen stattgefunden. Juden waren beschuldigt worden, in den Beträufen revolutionäre Versammlungen abgehalten zu haben. Nach Meldungen aus Jassy sind gestern verschiedene Leichen ermordeter Juden auf der Pruth schwimmend gesehen worden.

### Schweres Eisenbahnunglück.

Philadelphia, 29. September. Heute fuhr auf der Strecke Longbranch-Philadelphia der Pennsylvania-Eisenbahn, 11 Meilen nördlich von Philadelphia, die Lokomotive des New York-Expreß mitten durch einen Schlafwagenzug, der von Longbranch nach Philadelphia ging, zertrümmerte dessen vordere Wagen und beschädigte die übrigen. Fünf Menschen sind tot, 20 verletzt.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Telegraphischer Bericht.) (Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Haus (fortfahrend):

Soll es so weiter gehen? Kann die Arbeiterklasse dulden, daß sie tagaus tagein in den Formen des Rechts auf das schwerste in ihrem Rechtsbewußtsein gekränkt wird, daß gewisse Elemente vom Staate geschützt werden, wenn die Arbeiter scharf verurteilt werden? Die Arbeiterklasse kann ja zunächst nichts anderes tun, als daß sie über dieses Messen mit zweierlei Maß in den weitesten Kreisen Aufklärung schafft. Der Breslauer Prozeß hat sogar einmal in einem bürgerlichen Blatt, das sich sonst nicht durch Unbilligkeit auszeichnet, eine Beurteilung erfahren, die so wichtig ist, daß ich sie kurz wiedergeben will. Es heißt da, daß dieser Prozeß so ziemlich allem die Krone aufsetzt, was bisher an tendenziöser Rechtspflege in Deutschland geleistet worden ist. (Hört! hört!) Es ist ja auch gar nicht anders möglich, als daß solche Prozesse sich schließlich zu Tendenzprozessen auswachen, wenn man von den Richtern das verlangt, was die verschiedenen preussischen Justizminister von ihnen verlangt haben. Die ganze Rechtsprechung steht in schmeißenden Oegenlag zu dem Rechtsbewußtsein der großen Mehrheit. Diesen Befriedigungen leistet Vorwand unter Strafgesetzbuch, wie es sich durch die mangelnde Präzision und durch Klauselbestimmungen der Begriffe an vielen Stellen auszeichnet. Die Partei hat deshalb die Pflicht, bei Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches dahin zu wirken, daß diese Begriffe scharf gefaßt werden. Gewiß ist das nur ein geringer Schatz; aber wir sollten auch auf diesen Schatz nicht verzichten. Und was die Gerichte mit Hilfe des Strafgesetzbuches machen, das macht in noch empfindlicher Weise die Polizei mit Hilfe des ihr eigenen Polizeistrafrechts. Der grobe Unfugparagraph kommt nicht mehr wesentlich zur Anwendung. Man hat es verstanden, durch eine andere Bestimmung daselbe oder noch mehr zu erreichen. Das Streifenpostenfachen, welches, wie auch das Reichsgericht in der Entscheidung gegen Mollenhuth festgestellt hat, durchaus erlaubt ist, wird illoyal gemacht durch Polizeibefehle, durch die Verordnungen, die in einzelnen Städten bestehen. Man macht durch diese den Arbeitern das Streifenpostenfachen unmöglich. Es heißt da, daß die Polizeibeamten die Pflicht haben, für die Aufrechterhaltung des Verkehrs und der öffentlichen Sicherheit zu sorgen und daß das Publikum dem Befehle Folge leisten muß. Es ist nun merkwürdig, daß der öffentliche Verkehr durch einen Passanten stets dann gestört wird, wenn in der Straße sich eine Fabrik befindet, in der gestreift wird, und daß der Verkehr immer nur gestört wird durch Leute, die zu den Streifenenden gehören. Früher war es wenigstens noch möglich, bei den Gerichten, wenn die Fälle gar zu trag lagen, einige Remedur zu erzielen, bis das Kammergericht in Preußen als höchste Instanz erklärt hat, der Richter habe gar nicht das Recht, nachzuprüfen, ob die Anordnung der Polizeibeamten notwendig und zweckmäßig ist. Wenn die Polizeibeamten auch die unzumutbarsten Maßregeln, die gar nicht notwendig waren, angeordnet haben, lediglich weil sie das im Interesse der öffentlichen Sicherheit und des Verkehrs für notwendig erachten, dann müssen Bestrafungen eintreten, sobald dem Befehl nicht Folge geleistet wird. Die Rechtsprechung ist eine derartige, daß sie selbst in Preußen bei verschiedenen Richtern ein Kopfschütteln erregte, und daß diese Richter erklärt haben, wohin soll das führen? Das muß aufreizen, wenn die Arbeiter sehen, wie man ihnen bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Befugnisse in den Rücken fällt, wie die Unternehmer begünstigt, sie selbst aber benachteiligt werden; wenn man sieht, wie jeder andere sich frei auf der Straße bewegen kann, nur nicht die Arbeiter.

Vor dem Landgericht in Köln fand ein Prozeß statt, und das Landgericht hat aus diesen Erwägungen heraus einen Freispruch erteilt. Das Kammergericht erklärte aber, daß das Urteil aufgehoben werden müsse, und nun kam es zu einer Neuverteilung. In diesem Entscheid ist eine Stelle enthalten, die für uns von besonderem Wert ist. Es heißt darin: Nach den Befundungen der Polizeibeamten hat irgendeine Verletzung des Publikums oder einzelner nicht stattgefunden, die Streifenposten gingen einzeln auf der Benloerstraße, die eine erhebliche Breite besitzt, so daß das Streifenpostenfachen den Verkehr nicht behindert hat. Auf Grund dieses Sachverhalts hegt das Berufungsgericht keinen Zweifel darüber, daß die Polizeibeamten zu der Zeit, wo sie die Angeklagten zum Fortgehen aufforderten, einen begründeten Anlaß zu der Aufforderung nicht hatten. Das Gericht ist sich auch bewußt, daß durch solches Vorgehen der Polizei die gesetzlichen und gewerblichen Rechte der Arbeiter ihre Bedeutung verlieren. Dem wenn eine unierschriftlose Anzeige (der Kölner Polizeipräsident hat lediglich auf eine anonyme Nachricht hin den Polizeikommissar des dortigen Bezirks zu eingehendem Bericht aufgefordert) und die Mitteilung, daß zwei oder drei Personen von den Streifenenden nach ihrem Verus gefragt worden seien, genügt, um die Polizeibehörde zum Einschreiten gegen das Streifenpostenfachen überhaupt zu veranlassen, so wird sie in der Lage sein, das Postenfachen bei jedem Streifen zu verbieten. Gerade in den vorliegenden Fällen waren aber Ausschreitungen um so weniger zu erwarten, als es sich um ruhige, geübte Gewalttätigkeiten nicht handelte, bis zu einem gewissen Grade gebildete Arbeiter handelte. Wenn unter diesen Umständen die Polizeibehörde sich zum Verbot des Streifenpostenfachens veranlaßt gesehen hat, so mag sie zwar nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen gehandelt haben, doch lag ein ausreichender Grund zu ihrem Einschreiten nicht vor. Unbedenklich hätten diese Erwägungen zu der Freisprechung des Angeklagten führen müssen und geführt, wenn nicht der oberste Gerichtshof der Monarchie die Nachprüfung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit polizeilicher Anordnungen der hier fraglichen Art in ständiger Rechtsprechung unterbunden hätte. (Urteile des Kammergerichts vom 23. September 1899 und vom 28. September 1903.) Es erklärte also das Landgericht, daß die Streifenposten in anständiger Ruhe, wie gebildete Leute ihres Weges gegangen sind, keine Passanten belästigten, daß die Strafe eine große Breite hatte. Das Kammergericht hat es aber gebilligt, weil der Schatzmann gesagt hat, er habe die Streifenposten im Interesse des Verkehrs und der Ordnung von der Straße weggewiesen. Wenn die Unternehmer auf der Straße stehen und sich über Ausschreitungen unterhalten, dann möchte ich einmal sehen, welcher Sturm sich erheben würde, wenn ein Schatzmann in der gleichen Weise vorgehen wollte, wie gegen die Streifenposten. Dann würde man von Polizei-Willkür und Bürokratismus sprechen. Heute liegt die Sache so: wie die Arbeiter sich drehen und wenden, immer wieder müssen sie sich verlangen in den Taschen des Gesetzes. Erklären die Arbeiter: Wenn unsere Forderungen nicht bewilligt werden, dann legen wir die Arbeit nieder, dann heißt es, sie verlustigen Exzessiv. Ist der Streifen ausgebrochen, und gehen sie ruhig ihres Weges, und wollen sie die Arbeitenden durch ruhige Aussprache auf ihre Seite bringen, so werden sie ebenfalls bestraft und zwar wegen Aufreizung. Wenn die Streifenenden in die Wohnung der Arbeitwilligen gehen, in ruhiger Weise mit ihnen sprechen und sie zum Ausscheiden an den Streifen bestimmen wollen, dann werden sie wegen Hausfriedensbruch bestraft, indem man schon einzelne Wirte, bei denen arbeitswillige Arbeiter wohnen, anhält, sie sollten den Streifenenden das Betreten des Hauses verbieten. Wenn es dennoch Personen gibt, namentlich auch Richter, die von einer Licht und Schatten gleichmäßig verteilenden Justiz gegenüber Arbeitern und Unternehmern sprechen, so ist das ein Maß von Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, das geradezu unverständlich ist. Und es besteht keine Hoffnung, daß irgend eine Veränderung dieser Rechtsprechung eintritt bei der Art wie unsere Gerichte zusammengesetzt sind, denn auf das Gerichtsverfassungsgesetz

wirkt der Einfluß von Interessen der herrschenden Klasse. Recht wird bei uns nicht gesprochen von Richtern, die das Volk aus seinen Reihen herausgewählt hat, nicht von Richtern, denen das Volk sein Vertrauen entgegengebracht hat, und die aus der Kenntnis der Gefühle des Zusammenhangs und aus dem Verständnis des Falles heraus das richtige treffen, sondern von Richtern, die der Klassenstaat, seine Regierung ernannt und die außerdem als eine Bürokratie lastete sich vom Volk abschließen. Deshalb erleben wir, wie diese Gelehrtenrichter jede Fühlung mit dem Volke verloren haben. Die sozialdemokratische Partei hat deswegen die Aufgabe, immer wieder zu verlangen, daß die Gerichte zusammengesetzt werden von Richtern, die das Volk selbst auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes gewählt hat. Es verzieht sich ferner auch von selbst, daß namentlich bei dieser Wahl ohne Rücksicht auf das Geschlecht vorgegangen wird. Ja, wir bedauern es im hohen Grade, daß in vielen Prozessen gegenüber Jugendlichen und Sittlichkeitsverbrechern nicht gerade Frauen als Richter zugelassen werden können, weil gerade die Frauen in hervorragender Weise in vielen Fällen die Motive des Angeklagten verstehen. Genossen! Unsere Bürokratie ist immer mehr und mehr bestraft, ihre eigene Macht zu verfluchen. Sie wissen ja selbst wie ängstlich die Richter darüber wachen, daß nicht ihre Würde irgendwie angegriffen oder verletzt wird. Dagegen werden die Rechtsgarantien der Angeklagten in erhöhtem Maße verletzt. Besonders ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Freiheit des Angeklagten größer werde, daß der Angeklagte mit stärkeren Rechtsgarantien versehen wird. Vor allem wenden wir uns dagegen, daß das Inquisitionsverfahren aufrecht erhalten werde, daß das Vorverfahren geheim geführt wird, daß der Angeklagte nicht in der Lage ist, von dem Gange der Verhandlungen Kenntnis zu nehmen, daß die Vernehmung von Sachverständigen in seiner Abwesenheit stattfindet. Erst wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind, geht man öffentlich gegen den Angeklagten vor. Wir haben vor allen Dingen zu verlangen, daß die Bestimmungen über die Untersuchungshaft geändert werden. Das heutige Strafrecht erlaubt, einen Angeklagten in Untersuchungshaft zu nehmen, wenn der dringende Verdacht besteht, daß er Spuren seiner Taten beseitigen oder Zeugen zu einer falschen Aussage bestimmen will. In Amerika und England kennt man eine solche Kollisionshaft nicht, und kein Mensch kann behaupten, daß dadurch dort irgendwie die Strafsjustiz gelitten hätte. Alle namhaften Vertreter der deutschen und österreichischen Rechtswissenschaft haben sich dagegen ausgesprochen und sie als ein Ueberbleibsel alter Barbarei bezeichnet. Es ist in der Tat ganz unheimlich, den Angeklagten deswegen in Haft zu nehmen, weil nur der Verdacht besteht, er könnte Material, welches ihn selbst belastet, beseitigen. Diese Kollisionshaft nötigt geradezu den Untersuchungsrichter, einen Geständniszwang gegen den Angeklagten zu versuchen. Wer von Ihnen im Gefängnis in Kollisionshaft gewesen ist, weiß, wie von Zeit zu Zeit der Staatsanwalt oder der Untersuchungsrichter erklärt: „Ja, wollen Sie jetzt nicht gestehen? Wenn Sie gestehen, dann wird sofort die Haft aufgehoben.“ Daß die Gefahr besteht, daß der Angeklagte, durch die Qual der Untersuchungshaft müde gemacht, erklärt: „Ja, will ich gestehen!“ liegt klar auf der Hand. Im Königsberger Hochverratsprozeß verlangte man von den Angeklagten, sie sollten gestehen, daß eine geheime Verbindung zur Verbreitung hochverräterischer Schriften nach Rußland bestehe. Das konnten sie unmöglich gestehen, denn ihnen war nur bekannt, was der ganzen Welt und insbesondere der preussischen und der deutschen Regierung bekannt war. Und weil sie das nicht erklärten, saßen sie monatelang in Haft. Von der Kollisionshaft gilt, was von jeder Untersuchungshaft gilt: sie ist qualender wie die Strafsaft. Bei dieser Weisheit der Befangenen, wann seine Leidenszeit abläuft, er rechnet mit dem Tage, seine Inhaftierung für sich, je näher der Termin heranrückt. In der Untersuchungshaft dagegen weiß er nicht, wann sie ihr Ende nimmt, er wird müde gemacht, und deswegen ist diese Haft als Tortur bezeichnet auch von den wissenschaftlichen Vertretern des bürgerlichen Rechts. Wir müssen uns aber auch wenden gegen die Ausdehnung, die die Untersuchungshaft wegen fluchtverdächtig genannt hat. Sowie ein Mensch in dringenden Verdacht gerät — und dringend ist jeder Verdacht — ein sogenanntes Verbrechen verübt zu haben, wird er in Untersuchungshaft genommen. Die Begründung ist sehr einfach. Es ist nur die schablonenhafte Motivierung erforderlich: Da ein Verbrechen vorliegt, ist der Angeklagte fluchtverdächtig. Mit dieser Schablone wird tagaus tagein in Deutschen Reich das Glück vieler Menschen vernichtet. (Sehr wahr.) Die Untersuchungshaft wird bei uns oft ausgesprochen gegen Kinder von 14 Jahren, die etwa an einem Automaten herangehangenen sind, verlockt dadurch, daß sie sehen, wie ihre wohlhabenderen Bekannten Reichswert bekommen, und nun einen sogenannten schweren Diebstahl begehen. Das ist ein Verbrechen, und sie kommen wegen fluchtverdächtig ins Gefängnis. Auf der internationalen kriminalistischen Vereinigung, die in Deutschland vor einigen Wochen stattfand, hat ein Rechtsanwalt beantragt, daß eine Statistik aufgenommen werden solle über die Zahl der Fälle, in welchen Untersuchungshaft bei uns in Deutschland verhängt wird. Wir haben solche Statistik nicht, aber ich kann aus meiner Erfahrung bestätigen, was der Antragsteller sagte, daß man erst aus einer solchen Statistik ersehen würde, in einer wie großen Zahl von Fällen diese Haft verhängt wird über Personen, die nachher vollständig freigesprochen werden. Der Hinweis darauf, daß das Rechtsgefühl verletzt werden könnte, wenn ein Verbrecher die flucht ergreift, kann für uns nicht maßgebend sein. Wenn es in Deutschland keine stärkere Verletzung des Rechtsgefühls gäbe, als diese, dann könnten wir wirklich froh sein. (Sehr wahr.) Dazu kommt, daß die ganze moderne Schule in der Rechtsprechung davon ausgeht, daß es am besten wäre, wenn man den Verbrecher unschädlich macht, daß die Verweisung außer Landes, die Deportation eigentlich die allerzweckmäßigste Strafe wäre. Nun wenn der Zweck der Strafe ein anderer ist, als den Verbrecher aus der Gemeinschaft auszustoßen, was ist es dann für ein großes Unglück, wenn er selbst aus der Gemeinschaft hinausgeht? Wir geben natürlich nicht so weit, zu fordern, daß jede Untersuchungshaft aufgehoben werde, denn es ist allerdings notwendig, daß man sich der Subjekte, welche infolge der herrschenden Zustände brutale Instinkte haben und dadurch zu einer schweren Gefahr für die Gesellschaft geworden sind, verschert. Das ist um so wichtiger, weil sonst erst recht die Reichen und Wohlhabenden, wenn es gar keine Untersuchungshaft wegen fluchtverdächtig gäbe, sich vor dem Termin drücken könnten, während die Armen, die nicht die Mittel haben, das Land zu verlassen, bestraft würden. Aber man soll dem Richter nicht die Möglichkeit geben, hier einfach schablonenhaft und nach diskretionärem Ermessen zu handeln, sondern man soll diejenigen Verbrechen, welche als gemeingefährlich, als schwer angesehen werden, dann genau bezeichnen und erklären, daß nur in diesen Fällen, wenn der fluchtverdächtig gerechtfertigt ist, die Untersuchungshaft eintritt. Heute findet man immer einen Grund für die Untersuchungshaft. Hat der Mann Geld, dann heißt es: Weil der Angeklagte Mittel besitzt, besteht die Gefahr, daß er flieht; hat er kein Geld, so heißt es: Weil er arm ist, so fesselt ihn nichts an die Scholle, er verliert nichts, wenn er nach dem Auslande geht, und wenn das alles nichts nützt, heißt es: Mit Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafe muß der Angeklagte in Untersuchungshaft gehen. In dieser Beziehung erleben wir vor kurzem einen charakteristischen Fall. Unser Königsberger Blatt hatte den Bericht über den Breslauer Prozeß gegen unsere Genossen wegen Aufreizung zum Klassenhaß gebracht. Genau so wie die anderen Blätter, wörtlich übereinstimmend zum Beispiel mit dem bürgerlichen „Frankfurter Zeitung“. Wegen kein Blatt wurde eingekerkert, aber in Königsberg wurde lediglich deswegen, weil objektiv, wie anerkannt wurde, die Verhandlungen, und zwar die öffentlichen Verhandlungen jenes Prozesses, wiedergegeben waren, ein

Verfahren wegen Aufreizung zum Klassenhaß gegen den verantwortlichen Redakteur eingeleitet. Der Redakteur wurde auf der Redaktion plötzlich verhaftet und in Untersuchungshaft abgeführt, weil bei der Art der Straftat eine hohe Strafe zu erwarten sei. — Diese hohe Strafe bestand in 200 M. (Hört! hört!) Der Redakteur wäre monatelang in Untersuchungshaft geblieben, wenn es nicht mit Schwierigkeiten gelungen wäre, seine Entlassung durch Hinterlegung von 6000 M. zu bewirken. Hier müssen unbedingt stärkere Rechtsgarantien gegeben werden. Wir legen nun daran, heute bei diesem Parteitag besonders einen Fall Ihnen genau vorzutragen und damit der Öffentlichkeit zu übergeben, der am allerhöchsten die Art unserer Klassenjustiz und die von mir eben gerügten Mängel beleuchtet. Es war vor zwei Jahren, als bei einem Maurerstreik in Marienburg zwei Maurer, Dombrowski und Lange, angeklagt wurden, weil sie einem vorübergehenden Arbeitwilligen zugerufen haben sollten: „Warte nur, wir werden die Himmels schon kriegen.“ Das genügt, daß der Amtsrichter den Haftbefehl gegen beide erteilt und zwar mit der Begründung, daß sie dringend verdächtig wären, den Schloßmann — so hieß der angeblich Verleumdete — durch Drohung zu bestimmen verübt hätten, einer Verabredung zwecks Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen beizutreten, und daß sie bei der hohen zu erwartenden Strafe fluchtverdächtig seien. Die höchste Strafe aus § 153 ist bekanntlich drei Monate Gefängnis. Als die Beschuldigten gegen den Haftbefehl Beschwerde einlegten, schrieb man — und das bitte ich zu beachten, der Richter in die Akten hinein, bevor er die Beschwerde schrift abgab: „Dombrowski ist der Leiter des Ausstandes. Sein Name ist bei den Erzessen, die hier verübt worden sind, häufig genannt worden. Die Verhaftung mehrerer Maurer hat schon mehrere fremde Maurer, die augenscheinlich hierher zur Aufwiegelung gekommen waren, zur Abreise veranlaßt, hat also sehr zum guten gewirkt. Wenn Dombrowski entlassen wird, ist zu befürchten, daß er sich verborgen halten wird, da er doch nicht arbeitet und von den hiesigen Arbeitgebern als Leiter der Streikbewegung auch wohl kaum beschäftigt werden dürfte.“ Parteigenossen, der wahre Grund und Zweck der Verhaftung war damit offen gelegt. (Sehr richtig!) Es handelte sich also nicht um fluchtverdacht, sondern darum, den Streikleiter unschädlich zu machen. (Sehr wahr!) Der Richter rühmt sich sogar — ein seltener Fall, daß das in den Akten festgelegt ist — daß er durch seine Verhaftungen bereits mehrere fremde Arbeiter zur Abreise bestimmt hat. (Hört! hört!) Es war also die Verhaftung geradezu angeordnet, als Einschüchterungsmittel gegen die Streikenden. Und welche Tiefe der Logik bekundet das Gericht, wenn es annimmt, daß der Streikleiter sich verborgen halten wird, weil er doch nicht arbeitet. Wie mag sich ungefähr das Gericht die Funktion eines Streikleiters, der sich im Verborgenen hält und fluchtverdächtig ist, vorstellen? Der Staatssekretär im Reichsjustizamt wird gegenüber diesem und ähnlichen Fällen wahrscheinlich sagen: Das ist nun mal ein einzelner Richter, der einen Mißgriff begeht. Aber Parteigenossen, der Staatsanwalt bei dem übergeordneten Landgericht schloß sich dieser Auffassung ganz und gar an, und die Strafkammer ebenfalls. (Hört! hört!) Die Staatsanwaltschaft, die ja sonst — namentlich gegen Preßlinder — so schnell arbeitet, kam hier gar nicht mit dieser so einfachen Sache von der Stelle. Am 9. Juli beantragte der Staatsanwalt Haftverlängerung um eine Woche, dann wieder um zwei Wochen, dann wieder um zwei Wochen. Endlich hatten die Beschuldigten einen Verteidiger in der Nachbarstadt gefunden, der dann weitere Beschwerde gegen den Haftbefehl einlegte. Der Oberstaatsanwalt beantragte aber wieder Aufrechterhaltung des Haftbefehls, und erst am 27. Juli wurde der Haftbefehl durch Beschluß des Oberlandesgerichts Marienwerder aufgehoben, welches erklärte, es sei nicht zu erwarten, daß der bisher unbefristete Dombrowski, dem höchstens 2 1/2 Monate zuerkannt werden könnten, sich der Strafe durch die flucht entziehen würde. Zu dieser Annahme liege umso weniger Veranlassung vor, als er der Vater eines kleinen Kindes sei; nichts spreche dafür, daß er seine Familie im Stich lassen werde. Derartige Erwägungen, heißt es, wie sie anscheinend für das Amtsgericht für die Verhaftung des Beschuldigten bestimmend seien, wären nach der Strafprozedur als eine gesetzlich zulässige Rechtfertigung der Untersuchungshaft nicht anzuerkennen. (Hört! hört!) Um welche Vagareie es sich in der Tat handelte, ging daraus hervor, daß der eine Angeklagte freigesprochen werden mußte, und der zweite lediglich infolge eines höchst bedenkliehen Urteils eine Woche Gefängnis erhielt. Das ist aber noch nicht das Schlimmste in diesem überaus charakteristischen Fall. Der Verteidiger des Angeklagten lebte in der Hauptverhandlung den Amtsrichter wegen Befangenheit ab, indem er auf die erwähnten Vorgänge hinwies, und weil ihm zu Ohren gekommen war, daß der Richter sich zu dem Landrat begeben hatte, und zu diesem gesagt hatte: „Schicken Sie mir recht viele streikende Maurer, wir werden dann schon das weitere veranlassen.“ (Hört! hört!) Sie werden es für ungläublich halten, daß ein Richter von seiner solch curulis heruntersteigt und zu dem Polizeibeamten mit einer solchen Aufforderung geht. Der Richter hat sich darüber selbst geäußert mit folgenden Worten: er gebe zu, daß er zu dem Landrat gegangen sei und daß er gebeten hätte, die Polizei und die Verwaltung zu veranlassen, energig gegen die Erzessen u vorzugehen und Leute, welche strafbare Handlungen begangen, hierher einzuliefern. (Hört! hört!) Weis dem der Richter nicht, daß nicht jeder Erzendent in Untersuchungshaft gebracht werden darf, sondern daß es sich um Verbrechen oder Vergehen handeln muß und daß dringender Verdacht vorliegen muß und außerdem fluchtverdächtig? Hier handelt es sich auch wieder nicht um die Auffassung eines vereinzelt Richters, sondern der Staatsanwalt erklärte, daß der Richter zu einem solchen Schritt nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sei. Trotz aller dieser Vorgänge erklärte sich der Amtsrichter beiden Angeklagten gegenüber als ganz unbefangen. Wie er das tun konnte, nachdem er so traffe Beispiele seiner Feindseligkeit gegeben hatte, ist mir unbegreiflich. Das Landgericht aber bestätigte, daß der Richter nicht befangen sei, wenn es auch seine Handlung gegenüber dem Landrat als ungewöhnlich bezeichnete und damit einen milden Ausdruck der Mißbilligung gebraucht haben wollte. Dies alles wäre gar nicht zu verstehen, wenn man sich nicht von vornherein klar macht, wie die Richter gar nicht instand sind, leidenschaftlos und völlig unbefangen, losgelöst von ihrer Erziehung, von den Anschauungen ihrer Klasse, zu urteilen. In einem zweiten Falle, der noch viel schlimmer ist, wurde ein Mann, der lediglich auf der Straße stehen geblieben und eine Liebertragung verübt hatte, in Untersuchungshaft genommen. Er konnte 3 M. Strafe bis höchstens 30 M. Strafe bekommen. Er wurde mit der Begründung in Haft genommen, daß er in den Streifen eingetreten war — das ist das u h r e Verbrechen — und auch einer von den Maurern sei, welche andere von der Arbeit zurückhielten. Das ist aber ausdrücklich gesetzlich erlaubt, soweit nicht die dabei angewandten Mittel unter § 153 fallen. Einfach wegen der Tatsache, daß er nicht sofort auf Aufforderung eines Schatzmannes weggegangen war, wurde er 23 Tage in Haft genommen. (Hört! hört!)

Wie sie haften, sowie daß ungerechtfertigt festgenommene entschädigt werden. Nach dem heutigen Gesetz wegen Entschädigung unrichtig Verhafteter ist es beinahe unmöglich, eine Entschädigung zu erhalten. Wir verlangen weiter die Beseitigung des Anklagenmonopols der Staatsanwälte, damit es nicht möglich ist, wie jetzt im Breslauer Fall, daß der Staatsanwalt nur gegen einen Teil der an einem angeleglichen Verbrechen Beteiligten einschreitet.

Die Arbeiter müssen es in die Hand bekommen, wenn der Staatsanwalt es ablehnt, gegen Unternehmer, gegen reiche, hochmögliche Personen einzuschreiten, aus dem Volke heraus ein Strafverfahren in die Wege zu leiten.

Ich will mich nun noch kurz der Frage zuwenden, wie wir uns gegenüber der wachsenden Zunahme der gerichtlichen Verurteilungen auf allen Gebieten zu verhalten haben. Nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich sind im Jahre 1904 innerhalb des Deutschen Reiches 516 976 Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze rechtskräftig verurteilt worden. Unter diesen befanden sich 50 028, also fast 10 Proz. die bei Verurteilung der strafbaren Tat noch nicht 18 Jahre alt waren. 225 326, d. h. amähernd die Hälfte aller Verurteilten waren bereits vorbestraft. In diesen Verurteilten tritt die noch weit größere Zahl derjenigen Personen, welche auf Grund von Landesgesetzen zum Beispiel des Vereinsgesetzes oder auf Grund von Uebertretungen, so wegen Betrugs, Landstreichens, großen Unfugs oder wegen Polizeiverstößen bestraft worden sind. Diese Zahlen liefern ein erschreckendes Bild der „Kriminalität“. Sie umschließen eine unfaßbare Fülle von Verbrechen und Vergehen. Und die Verurteilungen treten alljährlich mit einer in die Augen springenden Regelmäßigkeit ein. Die Zahl der verurteilten Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze hat vom Jahre 1899 bis 1904 mit unmerklichen Schwankungen sich von 477 807 auf 516 976 gesteigert. In diesem Meer des Verbrechertums liest die nicht herrschende unmittelbare Klasse den größten Teil. Und schon aus diesem Grunde muß die sozialdemokratische Partei sich eindringlich mit diesem Problem beschäftigen. Von allen Kriminalpolitikern wird anerkannt, daß gegenüber den Verbrechen unserer geltenden Strafrecht machlos ist. Aber gerade die Vertreter der modernen kriminalsoziologischen Schule nehmen an, daß durch ein neues, ihren Anschauungen Rechnung tragendes Strafrecht das Verbrechertum wirksam bekämpft werden könne. Diese Annahme ist eine durchaus trügerische. Das Verbrechertum hat, wie gerade diese Schule anerkennt, seine Wurzeln in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Als soziale Erscheinung kann es nicht losgerissen von den anderen sozialen Fragen betrachtet werden. In seiner heutigen Gestalt und Zusammenlegung ist es eng verknüpft mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und schöpft aus ihr immer neue Nahrung. Von den im Jahre 1904 verurteilten Personen waren 121 310 allein wegen Diebstahls und Unterschlagung verurteilt worden, 25 788 wegen Betrugs, 7440 wegen Diebstahls, ferner 125 741 wegen Körperverletzung. Der Zusammenhang des Verbrechertums mit den sozialen Zuständen tritt in diesen Zahlen deutlich in die Erscheinung. Daß die Kriminalität von der wirtschaftlichen Lage eines Volkes abhängt, ist längst bekannt und wird heutzutage von keiner Seite bestritten. Man hat einen Parallellismus zwischen der Höhe der Getreidepreise und der Zahl der Verbrechen nachzuweisen gesucht. Man hat darauf hingewiesen, daß die Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren sich nicht auf eine, sondern auf mehrere Generationen bezieht. Professor Liszt hat in seinem Vortrage: „Die Zukunft des Strafrechts“ ausgeführt: „Das Elend, das den Vater und die Mutter gebeugt und gequält hat, das den Vater dem Alkoholismus und die Mutter der Prostitution in die Arme getrieben hat, äußert sich in der geschwächten Lebenskraft des Kindes, das seinerseits wieder in denselben unglücklichen Verhältnissen aufwächst und der gesteigerten Einwirkung der gesellschaftlichen Faktoren ausgesetzt.“ Ausführlich bezeugte er in diesem Vortrage die wirtschaftliche Depression als den Faktor, der die Zahl der Verbrechen überhaupt, der Diebstahls insbesondere erhöht. Und auch er erklärte er es, daß die Diebstahlsziffer, die bis zum Jahre 1888 abnahm, seitdem in lebhaftem Steigen begriffen war. Aber diese Erklärung konnte nicht ausreichen, da auch in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs eine Zunahme der Verbrechen erfolgte und so bezeugte er in seinem Vortrage, den er 1899 zu Dresden über das Verbrechen als sozialpathologische Erscheinung hielt, bereits die Gesamtlage der arbeitenden Klassen, ihrer Lage, nicht nur in finanzieller, sondern auch in körperlicher, geistiger, stiller und politischer Beziehung als den entscheidenden Faktor für die Entwicklung der Kriminalität. Wenn man bis zu dieser Erkenntnis vorgedrungen ist und in der Gesamtlage der arbeitenden Klassen einen wesentlichen Faktor erblickt für die Kriminalität, so muß man auch folgerichtig dahin kommen, daß die Kriminalität bedingt ist durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung. In unseren Streifen wird vielfach von Personen, die sich mit dieser Frage noch nicht näher beschäftigt haben, behauptet, daß die wirtschaftlichen Faktoren doch nicht alles allein erklären können. Kein Genosse! Nicht die wirtschaftlichen Faktoren als solche allein, nicht die individuelle Not, sondern die ökonomische Struktur der Gesellschaft und die sich aus dieser Struktur ergebende Wiederherstellung der ganzen Gesellschaft in Massen, die mit der ganzen Gesellschaftsordnung verbundenen Erscheinungen des Massenelends, die Wirkungen des Alkoholismus, der Prostitution, die Heranziehung der Frauen und Kinder in den Produktionsprozess, die Auflösung der Familie, kurz alle diese Erscheinungen, die aus das engste verbunden sind mit dieser Wirtschaftsordnung. Man sagt nun häufig auch: aber selbst wenn die neue Gesellschaftsordnung kommt, dann wird es doch auch Lebensnotwendigkeit geben, dann wird doch auch jemand aus Eifersucht einen anderen, beispielsweise erschlagen. Was besagt aber dann ein einzelner Fall gegenüber diesen gewaltigen Ziffern der Kriminalität? Die Personen, welche wegen Mordes oder Totschlags heute bestraft werden, bilden nur 0,21 Proz. der strafbündigen Bevölkerung. Aber auch die Lebensnotwendigkeit werden unter anderen sozialen Verhältnissen vielfache Antriebe zum Verbrechen verlieren und eine größere Widerstandskraft bei einer ordentlichen sozialistischen Erziehung gegenüber dem Verbrechen finden. Aber wenigstens verlangen auch die, welche nicht soweit gehen, zu glauben, daß das Verbrechen erst mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im wesentlichen beseitigt werden kann, eine entschiedene Sozialpolitik. Es wäre besser, die modernen Rechtslehrer, statt an neuen Strafgesetzen mit viel zu weiten, unnützen Paragraphen zu arbeiten, würden ihren ganzen Einfluß und ihre ganze Kraft darauf verwenden, daß im Deutschen Reich eine wirksame Sozialpolitik durchgeführt wird. Unsere Aufgabe ist es, in dieser Richtung ganz besonders tätig zu sein. Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften kommt das Verdienst zu, daß die Zahl der Verbrechen heute nicht noch größer ist (Sehr richtig!), denn wenn die Gewerkschaften nicht die Lebenshaltung der Verurteilten heben, nicht im Falle der Arbeitslosigkeit ihnen beistehen würden, so würde die Zahl der Verbrechen noch mehr gesteigert, und wenn gegenüber den niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sich nicht bemühen würden, die Arbeiterklasse aus dem Lumpenproletariat emporzuheben, so würde das Verbrechen, das sich aus dem Lumpenproletariat größtenteils rekrutiert, noch mehr ausbreiten. (Sehr richtig!)

Wir verlangen insbesondere, daß diejenigen, die ernstlich eine Milderung der Kriminalität herbeiführen wollen, eintreten für die gesetzliche Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages. Es liegt auf der Hand, daß gerade ein durch lange Arbeitszeit geschwächter Arbeiter, der infolge dessen dem Alkohol gegenüber nicht die genügende Widerstandskraft hat, dessen Familienleben aufgelöst ist, und der dadurch in die Arme getrieben wird, dem Antriebe zum Verbrechen leichter unterliegt. Wir verlangen vor allem, daß alle Fesseln, welche den Arbeiter an der freien Ausübung seines Koalitionsrechts verhindern, beseitigt werden. Wir verlangen eine Verbesserung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen, weil eine große Zahl der sittlichen Verbrechen mit dem heutigen Wohnungsstand zusammenhängen. (Sehr wahr!) Wir verlangen eine Beseitigung aller Maßregeln, welche die Preise der Lebensmittel erhöhen, also eine Beseitigung der heutigen Sozialpolitik. Wer diese Sozialpolitik betreibt, fördert das Verbrechen (Sehr wahr!) Wir verlangen, daß an Stelle der ver-

schäpften Schulen, wie sie durch die Studische Schulpolitik geschaffen werden, die Volksschulen verstaatlicht und darauf ausgestellt werden, daß sie geeignet sind, auf Gemüt und Verstand der Arbeiter veredelnd einzuwirken. Wenn es Personen gibt, die man verurteilt machen kann für die gegenwärtige Zunahme der Verbrechen, so sind es diejenigen Politiker, welche die Sozialpolitik kennen, welche das Schulgesetz geschaffen haben und an der Sozialpolitik schuld sind. (Sehr richtig!) Wenn wir dies erkannt haben, verleiht es sich von selbst, daß wir mit den Opfern dieser Gesellschaft Mitleid haben. Auch in unserer Presse sollte es nicht vorzukommen, daß Kinder, welche einen Automaten bestehlen, verhöhnt werden und mit Schimpfnamen belegt werden, wie in der bürgerlichen Presse. Andererseits verleiht es sich von selbst, daß wir gegenüber den Personen, die in diesen sozialen Zuständen zu Verbrechen verurteilt sind, nicht etwa in unserem Mitleid so weit gehen, daß wir sie nur bejammern, sondern sie müssen auch als Verbrechen behandelt werden. Aber der Staat hat ihnen gegenüber die Verpflichtung, daß er die Zustände, die an ihrem Verbrechen schuld sind, zu beseitigen sucht. Ueber unseren Strafvolzug zu sprechen, würde allein einen mehrstündigen Vortrag fordern. Ein großer Teil von Ihnen ist ja auf diesem Gebiete in hohem Maße sachverständig. (Sehr richtig!) Bei uns hat die Strafvollstreckung in keiner Weise dazu beigetragen, Verbrechen zu verhindern. Alle Kerker unserer Gefängnisse und Jugendhäuser stimmen darin überein. Vor kurzem hat sogar der Minister des Innern in Preußen in einem Erlaß zugeben müssen, daß man sorgfältig prüfen solle, ob jugendliche Personen Einsicht in die Strafbarkeit haben und daß, wenn sich Zweifel darüber ergeben, man sie nicht mit Strafe belegen soll. Wie die Jugend des arbeitenden Volkes heutzutage vor Gericht behandelt wird, das erfüllt uns alle, die wir es kennen, mit den allertraurigsten Gefühlen. Jeder von uns muß zugeben, daß entweder er selbst oder viele seiner Bekannten, die heutzutage in den angesehensten Stellungen sich befinden, als junge Menschen etwas getan haben, was nach unserer Strafgesetzgebung eine strafbare Handlung ist. Ich habe Leute gesehen in angesehenen Staatsstellungen, die sich in ihrer Jugend etwas Strafbares zu schulden kommen ließen; sie waren sich dessen nicht bewußt und wenn man sie auf die Anklagebank gebracht hätte, so würden Eltern, Lehrer und Bekannte geltend gemacht haben, daß diese Jungen die Erkenntnis der Strafbarkeit noch nicht besitzen. Aber bei den Arbeitern werden diese Umstände nicht gemacht. Der Vater des Kindes ist gar nicht imstande dazu. Unsere Gerichte sehen überhaupt nicht auf die Motive der Tat, sie fragen nicht danach, welches die individuellen Faktoren gewesen sind, ob krankhafte Veranlagung oder geistige Minderwertigkeit vorhanden ist, sie fragen nicht danach, welche Umstände und welches Milieu den Jungen dazu geführt hatte, die Tat zu begehen. Unsere Forderungen müssen dahin gehen, daß die Personen, welche zum ersten Mal in das Gefängnis oder das Jugendhaus hineinkommen — das wird nicht nur von uns Sozialdemokraten, sondern auch von einsichtigen bürgerlichen Kreisen verlangt — daß die Kinder mit ausgesprochenen Verbrechen nicht zusammengebracht werden dürfen. Namentlich die jugendlichen Personen werden erst dadurch, daß sie mit Verbrechen zusammenkommen, selber zu Verbrechen gemacht und es werden erst dadurch die antisozialen Triebe und Neigungen in ihnen hervorgerufen. Wir verlangen deshalb, daß die jungen Personen abgetrennt werden von den anderen Personen und erwachsenen Verbrechen. Ferner müssen die Gefangenen so behandelt werden, daß sie wieder taugliche Mitglieder der Gesellschaft werden, daß man sie nicht quält und brutale Körperstrafen über sie verhängt, sondern daß man versucht, ihnen eine körperliche, geistige und stillige, von allen mütterlichen Bestrebungen freie Ausbildung zu geben. Wir verlangen selbstverständlich, daß die Gefangenen nicht mit Arbeiten belästigt werden, die ihnen zur Last werden müssen. Man soll ihnen eine Arbeit geben, durch die sie wieder in die Höhe kommen. Die Arbeit soll nicht darin bestehen, daß sie Erben lesen und Berg zupfen und sonstige ähnliche Arbeiten vorzunehmen müssen; die Arbeiten sollen so sein, daß sich womöglich jeder in seinem Beruf weiter entwickeln kann. Vor allem muß die Brutalität aufhören, daß die Personen, welche vorher lediglich geistige Arbeit geleistet hatten, im Gefängnis mit geisttötenden körperlichen Arbeiten gequält werden. Gerade die sozialdemokratischen Redakteure hat man vielfach in dieser Weise behandelt. Einer unserer geistigen Referenten hat Monate lang trotz seiner Vorbildung als Lehrer körperliche Arbeiten leisten müssen. Der Staat muß auch den Personen, die er aus den Strafanstalten entläßt, seine Fürsorge zuwenden. Wenn die Personen wieder hinaus ins Leben treten aus dem Gefängnis und keine Arbeit finden, dann müssen sie notwendigerweise wieder auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden.

Was das Strafrecht nun anbetrifft, so müssen wir an unseren alten Forderungen festhalten, nämlich die Abschaffung der Todesstrafe und das Minimum des Strafmaßes, das heißt die Möglichkeit für den Richter, auch die geringste Strafe festzusetzen. Es verleiht sich von selbst, daß wir verlangen, daß die vielen kleinen Freiheitsstrafen, die heute noch verhängt werden, und die zu nichts anderem führen, als den Verurteilten und seine Familie in schwere Verdrängnis zu führen, aufgehoben werden; ferner, daß an demjenigen, der eine strafbare Handlung verübt, die Strafe nicht immer vollstreckt wird, daß sie erst vollstreckt wird, wenn der betreffende sich wieder eine strafbare Handlung zuschulden kommen läßt. Ferner verlangen wir auch, daß die Geldstrafen nicht in Freiheitsstrafen umgewandelt werden können, wenn sie nicht bezahlt werden. Und ferner verlangen wir, daß die Geldstrafen wegen kleiner Uebertretungen auf eine kleine Höhe im Maximum festgelegt werden, und daß ferner das Einkommen auf die Höhe der Geldstrafe in Anrechnung gebracht wird. Selbstverständlich verlangen wir auch, daß Eigentumsvergehen in unserer Gesellschaftsordnung nicht behandelt werden. Wir haben es noch vor kurzem erlebt, daß ein Mann, der eine Wurst gestohlen hatte, zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Bäcker und Frauen, die kleine Kostentände aufhefen hatten, wurden zu 6 Monaten Gefängnis und mehr bestraft, nur weil sie vorher schon bestraft waren. Wir verlangen, daß derjenige, der aus Rot getrieben sich vergreift an fremden Gut, freigesprochen wird. Es verleiht sich von selbst, daß nicht nur diejenigen, welche Lebensmittel, sondern auch die andere Gebrauchsgegenstände, die zur Lebenshaltung notwendig sind, sich aneignen, nicht in das Gefängnis gebracht werden, sondern daß sie lediglich mit einer Geldstrafe belegt werden. Wir verlangen vor allen Dingen, daß man diejenigen Häuser, welche für die Arbeiterklassen von hohem Wert sind, durch das Gesetz schützt und das Koalitionsrecht zugunsten der Arbeiter einrichtet. Wir verlangen vor allen Dingen, daß die Arbeiter vor der Ausbeutung geschützt werden. (Sehr wahr!) Hier nur einige Zahlen: Im Jahre 1904 sind nach den neuesten Statistiken der Unfallversicherung allein 137 673 Arbeiter bestraft worden, zum größten Teil, weil die Schutzmaßregeln und die Arbeitsvorrichtungen nicht genügend waren. Getötet worden sind 5752 Personen, und die Statistik besagt, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der Verletzten und der Toten zunehmen hat. Das waren in großen Zügen die Forderungen, die wir zu stellen haben. Eins erkennen sie aus allem: Das Strafrecht, wie es gegenwärtig besteht, und der Strafvolzug können modernen Anforderungen nicht genügen. Insbesondere stehen sie nicht mit der Auffassung und den Bestrebungen der Arbeiterklasse im Einklang. (Sehr richtig!) Unsere Aufgabe ist es bei allen Reformversuchen, unseren Einfluß zu gebrauchen, um soviel als möglich diese Anschauungen zur Durchführung zu bringen, die wir für die richtigen halten. Wir müssen vor allem darauf sehen, daß nicht in den Städten, wo die Arbeiter um eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpfen, den Arbeitern Anspül zwischen die Weine geworfen werden. Und wenn unsere Gegner klug wären, so würden sie von selbst dazu kommen, denn wahrlich durch keine Strafbestimmungen wird das Proletariat sich in seinem Emanzipationskampfe aufhalten lassen. (Sehr gut!) Wägen die Strafbestimmungen noch verneht werden, mag man die Rechtsprechung noch ärger gegen die Arbeiter anwenden, die Wirkung ist eine ganz andere. Alle, die in die Gefängnisse gebracht werden, verneht die Stimmen des organisierten Proletariats und führen zu einer Stärkung

der Bewegung. Unsere herrschende Klasse ist so wieder genötigt, auf der einen Seite Ausflücht zu halten nach härteren Strafbedingungen und auf der anderen Seite, durch die Anwendung dieser Strafbedingungen immer mehr Gewalt und Erbitterung gegen die herrschende Gesellschaftsordnung hervorgerufen. Am besten geht dies hervor aus den Worten des bereits erwähnten Reichsgerichtsrats Mittelstädt: „Weldes Besessenheit politischer Weltanschauungen muß die Köpfe befeuern, die des guten Willens sind, mit Hilfe des § 300 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs mit einer Uebertretungsstrafe die Sozialdemokratie wirklich in die Enge treiben zu können.“ Was mit all den fleischlichen Tragödien dieser aus dem Unfugparagraphen geschöpften Haft- und Geldstrafen erzielt wird, sind lediglich fortgesetzte Aufreizungen des Rechtsgefühls durch kleinliche Nadelstiche. Jedermann muß sich schließlich sagen, daß das, was heute der Sozialdemokratie geschieht, morgen jeder anderen politischen, wirtschaftlichen oder kirchlichen Parteibildung widerfahren kann. Im übrigen könnte man von dieser gesamten Unfugjurisprudenz sagen, nicht, daß sie mit Kanonen gegen Spaziergänger schießt, sondern, daß sie mit kümmerlichen von einer schwächlichen Juristentlogik zusammengedrehten Papierfingern eine elementare Volksbewegung zu erschüttern sich bemüht. Genossen! Kein Strafgesetzbuch wird die elementare Volksbewegung der deutschen Arbeiter irgendwie in ihrem Laufe aufzuhalten vermögen. (Ueblicher Beifall.)

Ein Antrag, das Referat des Genossen Haase als Broschüre drucken und veröffentlichen zu lassen und zur Massenverbreitung zu bringen, wird einstimmig angenommen.

Weiter ist ein Geschäftsordnungsantrag eingelaufen vom Genossen Jäpper:

Der Parteitag überweist die Resolution Haase nebst Amendement dem Parteivorstand als Material mit dem Auftrag, nach Beratung durch eine Kommission einem späteren Parteitag Bericht zu erstatten.

Dr. Jäpper (zur Begründung): Wir sind einverstanden, daß bei der gegenwärtigen Geschäftslage eine gründliche Erörterung des Referates nicht möglich ist. Ohne eine solche Erörterung ist es unmöglich, über die Thesen abzustimmen, die und der Referent vorgelegt hat. Es würde den Uebertreibungen unserer Partei widersprechen und auch unzuverlässig sein, weil und die Thesen erst gestern nachmittags zugegangen sind. Wir können die Thesen auch nicht etwa mit Vorbehalt annehmen, weil uns manche nicht zugehen und einzelne wohl unrichtig sind. In den Thesen ist manches nicht erwähnt, woran die Arbeiter ein großes Interesse haben. Des weiteren sind manche Thesen schief oder unrichtig gestellt. Andererseits scheinen mir aber auch die Ausführungen des Referenten nicht dazu angetan, daß wir sie ohne weiteres ablehnen, weil Sie eben durch die Zustimmung zur Veröffentlichung des Referats gezeigt haben, daß Sie seine Bedeutung erkennen. Ich möchte daher vorschlagen, daß das Referat nebst Resolution und Amendement dem Parteivorstande als Material überwiesen wird, der die Sache gründlich durch eine Kommission vorbereiten läßt, in der ich nicht nur Juristen, sondern auch Redakteure, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsführer usw. sehen möchte, und daß einem späteren Parteitage darüber Bericht erstattet wird, mit einer unumkehrbar gründlichen Thesenammlung. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender Singer: Ich verkenne durchaus nicht, daß die Begründung des Antrages manches für sich hat. Wenn wir nicht in einer besonderen Lage wären, würde ich gegen den Antrag kaum etwas einzuwenden haben. — So liegt aber die Situation nicht. Daß der Parteitag im großen und ganzen mit den Thesen des Referenten einverstanden sein muß, ergibt sich aus dem Antrage, daß das Referat, welches diese Thesen begründet hat, mit großem Beifall entgegengenommen worden ist. Wenn ich auch nicht bestreiten will, daß man vielleicht im einzelnen irgend eine Einwendung machen kann, so haben Sie doch durch die Aufmerksamkeit, mit der Sie dem Referat gefolgt sind, und durch Ihren Beifall bewiesen, daß der Referent nach Ihrer Ueberzeugung einen richtigen Standpunkt eingenommen hat. (Sehr richtig!) Nun komme ich zu dem Antrag selbst. Wenn wir Zeit hätten, diese umfangreiche Probe vorzunehmen, so würde ich nichts dagegen haben. Aber die Reform des Strafrechts steht jetzt im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung. Die Kommission, die eingesetzt worden ist, hat getagt und ihre Beschlüsse gefaßt, und es ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sich der Reichstag in verhältnismäßig kurzer Zeit mit der Sache beschäftigen wird. Wenn wir nun den Parteivorstand beauftragen wollten, auf einem späteren Parteitage die Sache vorzulegen, dann können wir mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß wir mit unserer Auffassung gerade dann eintreffen, wenn die Sache bereits festgelegt ist. (Sehr richtig!) Der nächste Parteitag ist sehr belastet. Wir werden daher kaum instande sein, diese Angelegenheit auf demselben zu erledigen. Aber in einer Zeit, wo die ganze öffentliche Meinung nach einer Reform des Strafrechts, des Strafprozesses und der Strafvollstreckung drängt, halte ich es für unbedingt notwendig, daß die sozialdemokratische Partei, die von Seiten der bürgerlichen Gesellschaft zum Objekt dieses Strafprozesses und „Bolzuges“ gemacht wird, offen anspricht, wie sie den Strafprozess und Strafvollzug haben will. Ich bin daher der Meinung, daß unbeschadet der Möglichkeit an einzelnen Bestimmungen zu ändern, wir mit gutem Recht diese Thesen als den Ausdruck der Meinung der sozialdemokratischen Vertretung auf dem Parteitag ansehen. Da nach unserer Geschäftslage eine eingehende Erörterung der Thesen nicht mehr möglich ist, bitte ich Sie, dieselben en bloc anzunehmen und damit auszusprechen, daß sie mit dem Geist und dem Inhalt der Thesen einverstanden sind, daß der einzelne aber nicht gezwungen ist, jeden Buchstaben der Thesen zu vertreten. Aber wenn wir den Willen der Partei zum Ausdruck bringen, dann können sich die Vertreter im Reichstag auf den Willen der Partei berufen, dann können wir dafür sorgen, daß das Referat als die Richtschnur für die Parlamentarier angesehen wird. (Ueblicher Beifall.)

Der Geschäftsordnungsantrag Jäpper wird hiermit mit großer Mehrheit abgelehnt, und der Antrag Singer, den Thesen en bloc zuzustimmen, mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf folgt der Bericht der Reunerkommission.

Berichterstatter Leopold-Zeig:

Die Kommission hat diesmal sehr wenig Arbeit gehabt und ist schon nach kurzen Verhandlungen zu den Beschlüssen gekommen, die dem Parteitage vorliegen.

Es liegen drei Gesuche von früheren Parteigenossen um Wiederaufnahme vor. Erstens das des Gustav Wagner aus Steint. Wagner hat in Steint Verleumdungen schwerster Art gegen Parteigenossen an leitender Stelle ausgesprochen. Auf wiederholte Aufforderung hin hat er sich nicht herbeigelassen, sie zu widerrufen. Danach ist der Ausschlußantrag gestellt worden und der Parteivorstand hat den Wagner aufgefordert, seine Schiedsrichter zu ernennen. Dies hat er aber nicht getan, worauf der Ausschluß perfekt wurde. Jetzt reicht er das Gesuch um Wiederaufnahme ein. Jedoch nach den Erfahrungen Kollender sind wir zu dem Resultat gekommen, dem Parteitag die Ablehnung dieses Gesuches zu empfehlen. — Zweitens das Gesuch des Genossen Schröder in Berlin IV. Ein Schiedsgericht tagte unter dem Vorsitz des Werts, und es ist bereits in dem Berichte angegeben, daß das Urteil gegen Schröder, wenn sich mildernde Umstände hätten finden lassen, diese mildernde Umstände auch in Verrechnung gezogen hätte. Es sind aber dem Schröder Handlungen nachgewiesen, die von uns als ehrlös bezeichnet werden. Der Mann soll angeblich damals in Rot gewesen sein. Die Kommission ist zwar geneigt gewesen, dem Schröder zu empfehlen, nach gewisser Zeit von neuem ein Aufnahmengesuch zu stellen; nach den neuerdings aber gewordenen Aufklärungen müssen wir dem Parteitag die Ablehnung dieses Gesuches empfehlen. — Es folgt sodann das Gesuch des Hermann Pecht-Heidelberg. In dem Schiedsgericht wurden dem Pecht-Heidelberg schwerster Art nachgewiesen und deshalb sein Ausschluß beantragt. Auch erschien ein Artikel in einer gegnerischen Zeitung über interne Verhandlungen der Partei. Der

Schiedsgericht ist zu der Anschauung gekommen, daß das christliche Handeln und daß demgemäß der Ausschlag Precht's gerecht ist. Precht will sich nicht mit dem Urteil zufriedengeben und wendet sich deshalb an uns. Auch hier empfiehlt die Kommission die Ablehnung der Aufnahme.

Die drei Gesuche werden nach dem Antrage der Kommission ohne Debatte abgelehnt.

Es folgte die Beratung der sonstigen Anträge.

Singer: Ich schlage vor, zunächst die Resolution 174 zu erörtern, der sich der Parteivorstand in seiner Gesamtheit anschließt. 174. Der Parteitag bekräftigt die Resolution des Jülicher Parteitages, durch die derselbe seine freudige Genehmigung über das größte weltgeschichtliche Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, ausspricht und seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung für die Kämpfer der russischen Revolution Ausdruck gibt.

Der Parteitag spricht angesichts der Fortdauer der russischen Revolution, in der die Gewalt- und Unterdrückungsmethoden seitens des russischen Despotismus einen immer brutaleren und barbarischeren Charakter angenommen haben, aber auch die Fähigkeit, aufopfernde Hingabe und Begeisterung der Kämpfer für die Revolution, insbesondere unserer Genossen und Genossinnen im zaristischen Reich ohne Unterschied der Nationalität und Abstammung, sich immer glänzender bewährt, aufs neue seine höchste Anerkennung und Bewunderung aus, den Trägern des ständischen Systems aber, die sogar nicht davor zurückschrecken, die von ihnen selbst einberufene Duma durch einen Staatsstreich wieder aufzuheben, seine tiefste Verachtung.

Der Parteitag erklärt im Namen der Partei auch fernerweit sich bereit, die Genossen Russlands in ihrem furchtbar schweren und opferreichen Kampfe moralisch und tatkräftig zu unterstützen und jeder feigen Einnischung von außen in die inneren russischen Angelegenheiten auf das entschiedenste entgegenzutreten.

Der Parteitag spricht schließlich die feste Hoffnung aus, daß es den Kämpfern der russischen Revolution, trotz des verzweifeltsten Widerstandes, den das herrschende System ihren Anstrengungen entgegensetzt, gelingen möge, einen vollen Sieg zu erringen, durch den das große Ostreich in die Reihe der modernen Staatenwesen eintritt.

#### Webel:

Es ist zu ihr das Amendement eingegangen, im dritten Absatz hinter „tatkräftig zu unterstützen“ die Worte einzufügen: „alle Versuche einer direkten oder indirekten finanziellen Unterstützung des Zarismus durch das Ausland nach Kräften energisch zu bekämpfen.“ Ich glaube, es würde die Bedeutung dieser Resolution, in der eine neue Demonstration der sozialdemokratischen Partei Deutschlands enthalten ist, abschwächen, wenn wir es noch für nötig erachteten, ein Wort zur Begründung derselben zu vernehmen. (Sehr wahr!) Ich schlage Ihnen deshalb vor, die Resolution ohne Diskussion einstimmig anzunehmen und damit aufs neue der Empörung der deutschen Sozialdemokratie über den ständischen Zarismus und der Sympathie der deutschen Sozialdemokratie für unsere russischen Genossen Ausdruck zu geben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Resolution wird mit dem Amendement ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die Beratung der weiteren Anträge erfolgt nach Gruppen, und zwar werden zunächst die folgenden Anträge beraten, die sich auf die Jugendorganisation beziehen:

77. Reddinghausen: Die Partei richtet mehr als bisher ihr Augenmerk auf die Jugendziehung. Dort, wo es irgend möglich ist, sind Jugendorganisationen zu errichten. Letztere sollen bemüht sein, auf allen Gebieten des Wissens nachzuholen, was die Volksschule vernachlässigt hat, und die Jugend mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

78. Pfungstadt: Die Delegierten zu beauftragen, die Frage der Jugendorganisationen in Anregung zu bringen.

81. Stuttgart: Der Parteitag verpflichtet die Kreisorganisationen, soweit es im Rahmen der Landesgesetzgebung möglich ist, durch Gründung von Jugendorganisationen für Schul- und Ausflüge der arbeitenden Jugend zu sorgen.

85. Birna: Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, eine Jugendchrift herauszugeben, welche den zu Eltern aus der Schule entlassenen Kindern unentgeltlich überreicht werden kann.

176. Zu Jiffer VI. der Resolution 148 wird beantragt, folgenden Absatz einzufügen:

„Zur Lösung dieser Aufgabe sind Vorträge, Vortragszettel und Unterrichtsurteile zu veranstalten; das Lesebedürfnis ist zu wecken und zu fördern, geistliche Zusammenkünfte und proletarische Feste sind dem erstrebten Ziele nutzbar zu machen.“

Ferner ist ebendort folgender Absatz 4 zuzusetzen: „Das allerwärts sich vollziehende Erwachen der proletarischen Jugend zu selbständiger organisatorischer Betätigung wird begünstigt. Die Parteigenossen werden aufgefordert, überall, wo die Vereinsgesetze es gestatten, die Gründung und Weiterentwicklung von Jugendorganisationen zu fördern.“

Dr. Lieblincht mit 22 Genossen.

177 zum Antrag Gasse (107) C 1, Satz 2 zu streichen und statt dessen zu setzen:

„Die zur Durchführung dieser Forderung Befähigung der Strafkammern und weitgehende Heranziehung aller Volksklassen, insbesondere der Arbeiterklasse zur Strafrechtspflege.“

Jasper und 20 Genossen.

Dr. Frank-Rammheim:

Ich bedaure zunächst, daß wir nicht gestern das Vergnügen hatten, vor der Genossin Petzin die Grundzüge darzulegen, die uns im Süden in der Frage der Jugendziehung geleitet haben. Ich muß deshalb kurz darauf eingehen. Man könnte sagen, daß es aus pädagogischen Gründen besser ist, die Politik bei der Jugendziehung aus dem Spiele zu lassen. Das wäre begründet, wenn nicht die Gegner, namentlich auch gerade die Ultramontanen die Verwirklichung der Jugend in ihrem Sinne so betreiben würden. (Sehr richtig!) Wir hätten es für außerordentlich wertvoll, daß die jungen Leute, wenn sie aus der Schule entlassen sind, die ganze Entwicklung durchmachen, welche die Partei selbst seinerzeit durchgemacht hat. Wie bei der Partei im Anfang die Arbeitsteilung noch nicht so durchgeführt war, wie damals politische, gewerkschaftliche, allgemeine aufklärende Tendenzen in der Partei vereinigt waren, so soll jetzt jeder junge Mensch eine Zeitlang dieselbe Entwicklung durchmachen in seiner Organisation, die alle diese Aufgaben in sich vereinigt, so wie das Kind im Mutterleibe nach dem biogenetischen Gesetz die ganze Entwicklung der Gattung durchmacht. Besonders notwendig halten wir auch die Aufklärung der Jugend, bevor sie zum Militär einberufen wird. Wir sollten uns da zum Beispiel ein Muster an den böhmischen Genossen nehmen. Diese haben es durchgeführt, daß während früher Tausende von jungen Leuten mit Sträuben geschmückt, singend und jubelnd am Tage der Einberufung und der sogenannten Meistungsverabschiedung durch die Strophen zogen, diese jungen Leute jetzt im Trainershort und in ernster Haltung, ohne zu singen zur Musterung ziehen. Diese seltene Demonstration hat einen außerordentlich tiefen Eindruck auf die jungen Leute und auch auf die Aufsehenden gemacht. Wir wünschen nur, daß der deutsche Parteitag erklären möge: wir halten die Organisation der deutschen Jugend für notwendig, und betrachten sie als einen Bestandteil der allgemeinen Arbeiterbewegung. Abgesehen von Norddeutschland, wo die Vereinsgesetze ein Hindernis bilden, ist es sehr wohl möglich, die Jugend zu organisieren. Heute schicken noch viele Eltern ihre Söhne in die Junglingsvereine und die katholischen Gesellensvereine. Wenn aber diese Resolution vom Parteitag angenommen wird, so wird das für uns ein mächtiger Ansporn sein zur weiteren Arbeit, und Sie können sicher sein, daß es auch für die Entwicklung der allgemeinen Arbeitergesellschaft von außerordentlichen Nutzen sein wird. Es schadet nichts, wenn junges Blut in die Bewegung hineinkommt und man andererseits die jungen Leute, die mit ihrem Tatendrang überall mitreden wollen, in der Partei dorthin verwiesen werden,

wo sie Gelegenheit haben, gegenseitig von einander zu lernen. Die so herangebildeten Kräfte werden wiederum befruchtend auf die Partei einwirken. Alle Zeichen der Begeisterung, wie sie im Heranwachsenden der Partei vorhanden waren, von denen die Alten heute immer schwärmen, die sind jetzt wieder lebendig unter der Jugend. Die neue Bewegung wird Großes leisten, wenn die jungen Leute die Gleichheit haben, daß hinter ihnen die ganze Arbeiterbewegung steht, und daß man sie nicht mit steilen Augen ansieht. Die Bewegung ist vorhanden und wird nicht verschwinden. Was auch der Parteitag tut, es handelt sich nur darum, ob wir eine Jugendbewegung haben wollen, die eine Stütze wird; ob wir sie regulieren wollen in dem Sinne, wie wir sie brauchen, oder ob wir sie wild wachsen lassen. Ich will nicht verzweifeln, daß eine solche Jugendbewegung auch gewisse Gefahren hat. Wenn sich aber die alten Parteigenossen rechtzeitig um die Jugend kümmern, so werden die Ausschüßlichkeiten vermieden werden. Ich bitte Sie, die Generalversammlung der jungen Garde, die morgen stattfindet, zu besuchen. Sie werden sehen, daß die jungen Menschen von ernstem Streben und von Begeisterung erfüllt sind. Ich hoffe, daß der Mannheimer Parteitag für die Entwicklung der Jugend in Deutschland einen Markstein bedeuten wird. Ihr Ziel ist, die jungen Leute vor der Ausbeutung und die jungen Köpfe vor der Verbannung zu schützen. Dazu erbitten wir Ihre Hilfe. (Lebhafte Beifall.)

#### Lieblincht-Berlin:

In Norddeutschland können die Jugendorganisationen infolge der vereinzelten Bestimmungen grundhäßig mit der Partei nichts zu tun haben, sie müssen sich auf gewerkschaftliche und bildungsbestrebungen beschränken. Aber auch dort, wo die Jugendorganisationen nicht politisch sind, sollte die Partei erklären, daß sie ihnen sympathisch gegenüber steht. Es ist Pflicht des Parteitages auch nach Norddeutschland den jungen Leuten zuzurufen: „Wir sind mit Eurer Tätigkeit einverstanden!“ Das würde die jungen Leute anspornen. Die deutschen Jugendorganisationen, auch in Norddeutschland, sind heute bereits unbesiegt. Die Erfahrungen, die wir in der kurzen Zeit gemacht haben, sind die denkbar besten. Ich bitte Sie um ein einstimmiges Sympathievotum für die Jugendorganisationen. Damit nützen Sie der deutschen Arbeiterbewegung! (Lebhafte Beifall.)

Auf Vorschlag von Singer wird der Antrag 176 einstimmig angenommen. Die Anträge 77, 78, 81 und 85 dem Bildungsausschuss überwiesen.

Damit sind die Anträge, die sich auf die Jugendorganisationen beziehen, erledigt.

Auf die Organisationen der Partei beziehen sich die Anträge 13, 14, 15, 16, 17, 18, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 96, 100, 130, 132, 150 und 155.

Hierzu sind die Anträge 90 und 93 zurückgezogen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Wannsch: Ich bitte alle diese Anträge von der Tagesordnung abzulehnen. Wir haben uns erst im vorigen Jahre ein neues Organisationsstatut gegeben, das das Produkt langer Beratungen der dafür eingesetzten Kommission war, die auch alle die Materien beraten hat, die die anliegenden Anträge behandeln. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß hier und da einzelne Unbequemlichkeiten sich geltend machen, aber man darf nicht aus örtlichen Verhältnissen heraus generalisieren. Ein Antrag von Teltow-Weesow z. B. will, daß die Preschkommission des „Vorwärts“ eine andere Organisation erhält. Wenn Groß-Berlin in seiner Gesamtheit ein solches Bedürfnis hätte, so könnte man ja der Erörterung dieser Frage näher treten, aber daß man dem Antrag eines einzelnen Kreises von Groß-Berlin nachkommt, das würde nur in Berlin selbst den Grund zu Unstimmigkeiten legen. Weiter wird von Brandenburg beantragt, man solle diejenigen ausschließen, die bei Kommunalwahlen der Wahl fernbleiben oder den Gegner wählen. (Singer macht dem Redner aufmerksam, daß das nicht zur Geschäftsordnung gehört.) Dann will ich auf die Beispiele nicht weiter eingehen. Das neue Statut besteht erst so kurze Zeit, daß man seine Wirkungen noch gar nicht übersehen kann. Ich bitte Sie deshalb, es bei den bisherigen Bestimmungen zu lassen und noch ein weiteres Jahr der Entwicklung abzuwarten. Es geht nichts verloren, wenn die Anträge heute abgelehnt werden.

#### Sug-Dant:

Ich bitte, den Antrag Wannsch abzulehnen. Es haben sich, wie die Anträge beweisen, schon jetzt fühlbare Mängel im Organisationsstatut herausgestellt, die man mit Leichtigkeit beseitigen kann.

Entsprechend dem Antrag Wannsch werden die auf die Organisation bezüglichen Anträge von der Tagesordnung abgelehnt.

Mit den Parteigenossen beschäftigen sich die Anträge 27, 28, 90, 81, 80, 37, 44, 128. — Antrag 97 ist zurückgezogen. — Die Anträge 28, 30, 31, 44 werden nicht unterstützt. Es stehen also nur die Anträge 96, 87 und 128 zur Debatte. Sie lauten:

36. Uetersen: Der Parteitag möge beschließen, daß die in Parteigeschäften hergestellten Druckarbeiten, namentlich was die „Mat-Zeitung“ anbetrifft, eine bessere Ausstattung erhalten.

37. Hamburg III: Die Genossen protestieren gegen die illustrative Mitgestaltung der Festzeitungen 1906 und fordern, daß fortan mehr Sorgfalt nach der künstlerischen Seite hin auf die Gestaltung verwendet wird.

128. Chemnitz: Die Parteiverammlung des 10. sächsischen Reichstagswahlkreises beantragt, der Parteitag wolle beschließen, dem Verlag und Herausgeber der „Mat-Zeitung“ einen Tadel für die ganz unzulässige Ausstattung dieser Zeitung auszusprechen und den Parteivorstand aufzufordern, für eine der Partei würdigere Ausgestaltung der „Mat-Zeitung“ besorgt zu sein.

Antrag 88 wird ohne Debatte angenommen. — Den Antrag 87 begründet

Kimmel-Hamburg: Nach Annahme des vorigen Antrages kann ich ganz kurz sein. Die Ausstattungen der letzten Festzeitungen haben in Hamburg geradezu verblüffend gewirkt. Obwohl Genosse Fischer seinerzeit erklärte, man werde etwas vorsichtiger sein, scheint man sich geradezu bemüht zu haben, noch etwas Wunderwärtigeres zu schaffen. (Sehr richtig!) Daher muß endlich entschieden ausgesprochen werden, daß die Parteigenossen in künstlerischer Hinsicht etwas höhere Ansprüche stellen. (Lebhafte Beifall.)

Wannsch: Auch der Parteivorstand ist von der Notwendigkeit überzeugt, den in diesem Antrage ausgesprochenen Wünschen entgegenzukommen. (Bravo!) Es wäre das bereits früher geschehen, wenn die engagierten Kräfte nicht versagt hätten. Es ist Vorzeige getroffen, daß in Zukunft den berechtigten Wünschen der Genossen in dieser Beziehung Rechnung getragen wird. (Bravo!) Der Antrag 37 wird hierauf angenommen. Damit ist Antrag 128 erledigt.

Singer: Um die kurze Zeit vor der Mittagspause auszumunnen, wollen wir jetzt die Anträge vornehmen, die sich mit dem Ort des nächsten Parteitages beschäftigen. Von allen Anträgen unterscheidet sich der Antrag 100 dadurch, daß er eine dauernde feste Praxis für die Abhaltung des Parteitages festlegen will und zwar dahin, daß sie regelmäßig in Berlin stattfinden. Dieser Antrag wird nicht unterstützt. Ebenso werden nicht unterstützt die Anträge 124, den Parteitag in Offenbach, 125, ihn in Stettin, 127, ihn in Chemnitz, 148, ihn in Solingen abzuhalten. Zur Begründung des Antrages 151 erhält das Wort

Wannsch-Leipzig: Schon des öfteren haben die Leipziger Delegierten auf den Parteitagen diesen Antrag gestellt. Leider ist er immer abgelehnt worden. Leipzig ist die einzige Großstadt, die bis jetzt den Parteitag nicht gehabt hat. Weiter hieße es Wasser in den Stein tragen, wenn ich auf die historische Bedeutung Leipzigs und seine Bedeutung für die Parteigeschichte hinweisen wollte. Dazu kommt, daß Leipzig in Bezug auf Organisation sehr hoch steht. Es zählt 17 400 organisierte Parteigenossen und 54 000 Gewerkschaftler. Ich erinnere weiter an die bedeutenden Konsumvereine in Leipzig und an die großen Bildungsbestrebungen, die dort gepflegt werden. Die Lokalverhältnisse liegen sehr günstig: Wir haben uns durch Jahre Arbeit schone, große Räume zu verschaffen gesucht, und wir würden alles aufbieten, um Ihnen die acht Tage so angenehm wie möglich zu machen. Sie würden, wie alle sagen: Mein Leipzig lob' ich mir. (Weiterer Beifall und

Singer teilt mit, daß der Antrag 125, den Parteitag in Stettin abzuhalten, zwar nicht genügend unterstützt wurde, daß aber ein gleichlautender, bereits genügend unterstützter Antrag vorliege.

Zur Begründung dieses Antrages erhält das Wort  
Groth-Stettin: Ich bitte Sie, einmal in Pommern, in dem Bereich des Junkertums, den Parteitag abzuhalten. Unter Antrag hat schon in Bremen und Jena eine große Stimmzahl erhalten. Die Lokalverhältnisse in Stettin sind natürlich nicht so hervorragend wie hier, aber wir würden doch den Ansprüchen des Parteitages voll genügen können. Haben wir doch auch in diesem Jahre den Genossenschaftstag beabzweigt.

Den Antrag 161, den Parteitag in Essen abzuhalten, begründet  
Zimper-Essen: Wir stellen zum erstenmal den Wunsch an den Parteitag, nach dort zu kommen und zwar vor allem mit Rücksicht auf die politische Konstellation. Es würde auf die Wahlen im Jahre 1906 ungeheurer belebend wirken, wenn wir der schwarzen Woche im Jahre 1906 eine rote Woche im Jahre 1907 folgen lassen könnten. (Lebhafte Bravo!) Leipzig braucht den Parteitag nicht so nötig wie das Ruhrgebiet. Die Unterbringung des Parteitages in Essen würde keine Schwierigkeiten machen. Die Schwarzen haben 5-6000 Menschen dort anständig untergebracht. Eine so große Empfangshalle wie in Mannheim freilich gibt es in ganz Deutschland nicht mehr. Wir werden uns aber überlegen, ob wir nicht dem Beispiel der Schwarzen folgen und eine besondere Festhalle zum Empfang des Parteitages bauen. Ich bitte Sie dringend, unseren Antrag anzunehmen, Sie würden damit die Agitation in diesem schwarzen Winkel unseres Vaterlandes ungeheuer fördern. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion über die Anträge verzichtet Wähler-Essen mit Rücksicht auf den Vorkauf, den die Ausführungen des Vorredners gefunden haben, auf das Wort „Bravo!“ Es wird hierauf mit großer Mehrheit und unter lebhaften Bravorufen beschloffen, den nächsten Parteitag in Essen abzuhalten. Der Verband jugendlicher Arbeiter ladet die Delegierten zum Besuch seiner am Sonntag stattfindenden ersten Generalversammlung ein.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Schluß 12 Uhr.

#### Nachmittags-sitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet um 1 Uhr die Sitzung.

Der Parteitag berät die Anträge, die die Agitation betreffen. Von den hierzu vorliegenden Anträgen werden die folgenden genügend unterstützt:

25. Breslau: Der Parteitag wolle beschließen: „Es ist eine rege Agitation gegen den Militarismus in den breitesten Volksschichten zu entfalten. In diesem Zwecke hat der Parteivorstand alljährlich wie in diesem Jahre zu Zeiten der Meistenaushebung Flugblätter herauszugeben. Ebenso haben auch die örtlichen Parteigenossen durch Vollversammlungen mit entsprechenden Thematika diese Agitation zu betreiben, wobei auch die Arbeiterpresse mit durchgreifenden Artikeln große Dienste erweisen wird.“

33. Wahlkreis Deuthen-Tarnow, Rattowig-Jahrze und Gleiwitz-Publitz: Der Parteitag möge beschließen in Berücksichtigung der Notwendigkeit, die polnischen Proletarier im ober-schlesischen Industriebezirk aus den Reigen des Nationalpolenismus zu befreien und für die Sozialdemokratie zu gewinnen, für die Herausgabe der polnisch-sozialistischen „Gazeta Robotnicza“ in Rattowig als täglich erscheinendes Blatt die erforderlichen Mittel zu bewilligen.

45. Essen: Der Parteitag möge beschließen, alle für die Sozialdemokratie in agitatorischer Beziehung in Betracht kommenden Reichstagsverhandlungen, insbesondere die Verhandlungen über die Arbeiterkündigungsgesetzgebung, Handelsvertragspolitik, Meer- und Marineforderungen nach den statistischen Berichten in Großschiffen zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder der Partei abzugeben.

114. Potsdam-Oshabelland: Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. In diesem Zwecke ist ein ständiger Ausschuss zu bilden.

141. Sozialdemokratischer Verein Zschopau-Marienberg: In ärmeren, noch unabhängigen Wahlkreisen, in welchen infolge Häufung der Parteiarbeiten und der weiten Ausdehnung der Kreise die Agitations- und Organisationsarbeiten nicht mehr nebenamtlich bewerkstelligt werden können, sind nach Lage der Verhältnisse vom Parteivorstand besoldete Agitationsleiter anzustellen, damit die Agitation und Organisation in jeder Beziehung intensiver und nachhaltiger betrieben werden kann.

Die Anträge 10, 22, 23, 26, 34, 40, 41, 42, 131, 134, 140, 141 dagegen nicht.

Die Anträge 25 und 114 werden vom Genossen Dr. Lieblincht begründet. An der Diskussion beteiligen sich Webel, Ehrlich-Breslau, Roffenbuh und Schütz-Breslau. Wie Webel ausführte, stände der Annahme des Antrages 25 nichts entgegen, da derselbe ja schon im vorigen Jahre dem Sinne nach beschloffen sei. Wegen die Annahme des Antrages 114 sprechen sowohl Webel wie Roffenbuh auf das entschiedenste. Beide Anträge werden in der Abstimmung abgelehnt.

Den Bericht über diese Anträge bringen wir wegen zu großen Stoffandranges in nächster Nummer.

Den Antrag 33 begründet

Wannsch-Rattowig: Der Antrag 33 fordert vom Parteitag die Ermächtigung für den Parteivorstand, die Mittel zur täglichen Herausgabe der jetzt zweimal wöchentlich in Heinitz Formate erscheinenden polnisch-sozialdemokratischen „Gazeta Robotnicza“ herzugeben. Dieser Antrag kommt von den deutschen Genossen Ober-schlesens und ist in allen Orten einstimmig angenommen. Sie ersehen daraus, welche Bedeutung die deutschen Genossen dieser Forderung beilegen. Wir wissen sehr wohl, daß wir damit außerordentlich große Mittel der Gesamtpartei beanspruchen, aber die Verhältnisse zwingen uns zu dieser Unbedenklichkeit. Die beiden ober-schlesischen Reichstagswahlkreise haben gezeigt, daß die zu 80 Proz. polnische Arbeiterbevölkerung in ihrer großen Mehrheit sich einer rein nationalen Bewegung zuwendet, die Politik der Unterdrückung und Entrechtung, die in Preußen gegen die Polen geübt wird, hat die nationalen Instinkte der bisher indifferenten, ihr Rechtsgefühl, entzündet, und ein gewandtes nationales Demagogentum weiß diese Situation auszunutzen. Es kommt dem langsam erwachenden Massengefühl der Arbeiter entgegen, indem es sich als die Vertreterin nicht nur der nationalen, sondern auch der besondern Arbeiterinteressen darzustellen weiß. Im Grunde sind diese radikal schillernden polnischen Volkstreiter durchaus reaktionär, trotz des fadschneidigen demokratischen Mantels, den einige umhängen. Und Sozialdemokraten haben sie als gefährliche Konkurrenten in der Gunst der Arbeiter und sie verleumden uns in der perfidesten Weise, obwohl sie wissen, daß den Polen in Preußen erst dann ihr Recht werden wird, wenn die Sozialdemokratie die politische Macht erobert hat. (Zustimmung.) Die Mittel zur systematischen Verbreitung unserer Streikungen bietet den Polen ihre weitverbreitete Presse. Im ober-schlesischen Industriebezirk erscheinen nicht weniger wie fünf national-polnische Blätter, drei davon täglich, zwei 3mal wöchentlich. Gewiß wird das ober-schlesische Zentrum von den Polen abgewürgt, diese Arbeit ersparen sie uns. In den Polen aber ist uns ein viel gefährlicherer Gegner entstanden, den wir selbst zur Strecke bringen müssen und dazu ist eine gute Presse das beste Mittel. Ober-schlesien ist ein Land unbegrenzter politischer Möglichkeiten. Das Volk ist dort noch sehr der Kirche zugewandt, aber es ist trotzdem inständig, richtiger vielleicht rebellisch gesinnt. Schauen Sie auf den nicht an unserem Bezirk liegenden russisch-polnischen Industriebezirk. Die dortige stammverwandte Bevölkerung ist ebenso fromm wie unsere, aber dort lodern die revolutionären Flammen hoch empor. Dort drüben zieht das Arbeitervolk am 1. Mai in Scharen mit der roten Fahne hinaus, aber auf diese Fahne ist ein weißes Kreuz geheftet und mit dieser Fahne zieht man zunächst in die Kirche, um sie vom Pfaffen segnen zu lassen. Welche hohe politische Bedeutung die Eroberung des gewaltigen ober-schlesischen Industriebezirks für die Sozialdemokraten schon jetzt hat, brauche ich hier nicht zu sagen. Wohl aber will ich hinweisen auf die in

näher Zukunft noch riesenhaft wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Bezirks. Wenn in Rußland die Revolution gesiegt haben wird, wird sich auch wirtschaftlich ungeheuer entwickeln. Das aber wird von gewaltigem Einfluß auch auf den ober-schlesischen Industriebezirk sein. Kann und darf da der ober-schlesische Bezirk bleiben was er jetzt noch ist, eine unerträglich schlechte Quelle von Arbeitslosigkeit? Last not least, noch ein Hinweis auf die vollkommene Einigkeit mit unseren polnischen Genossen. Wir haben in Oberschlesien allerorts erkannt, daß wir die großen Aufgaben dort nur in enger, gemeinsamer Arbeit erfüllen können. Wenn Sie die tägliche Herausgabe des Blattes beschließen, dann geben Sie damit den polnischen Genossen eine schneidende Waffe in die Hand, die diese führen werden im Kampfe für die gemeinsame Sache. Sie geben ihnen aber damit zugleich einen Beweis für die Brüderlichkeit, die unser aller Herzen erfüllen soll. Sie drücken das Siegel auf den neugeschlossenen Bund der polnischen und deutschen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.)

#### Abamef - Kattowitz:

Ich kann mich dem Antrage nur anschließen. Der ober-schlesische Industriebezirk ist nach dem Ruhrrevier der größte. Die Proletarier werden da so ausgebeutet, wie in keinem anderen Bezirke Deutschlands. Die 150 000 Proletarier der Montanindustrie haben im vorigen Jahre für 582 Millionen Mark Werte geschaffen, während sie an Lohn nur 143 Millionen Mark erhielten; aber nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Pfaffen heuten sie aus. Die ober-schlesischen Proletarier sind den Ideen des Sozialismus sehr wohl zugänglich, und dazu soll der Ausbau des Blattes dienen. Wir müssen auch diesen Genossen die Möglichkeit geben, mitzukämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse. Die Notwendigkeit einer täglich erscheinenden polnischen Zeitung liegt auf der Hand. (Beifall.)

#### Pfannluch:

Gegen das, was Bruhns über die Verfassung des ober-schlesischen Industriebezirkles gesagt hat, läßt sich nichts einwenden. Ich bitte aber trotzdem, den Antrag hier nicht anzunehmen, sondern ihn dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Hier im Plenum können wir einen solchen Antrag nicht annehmen.

Gerisch und ich waren vor wenigen Wochen in Kattowitz, um uns über die Vorbedingungen zu informieren. Sie können sicher sein, daß wir den Antrag nicht begraben. Aus begründeten Gründen unterlasse ich es, das Resultat unserer Untersuchungen hier mitzuteilen. Die ober-schlesischen Genossen polnischer und deutscher Sprache können sich über den Parteivorstand nicht beschweren. Wir haben reichliche Mittel für sie aufgewandt. Leider bisher nicht mit dem nötigen Erfolge. Sie wissen aber, wie reichlich man die Vorbedingungen für das Erscheinen eines Blattes prüfen soll. Ueber die Notwendigkeit der Herausgabe von Blättern in allen Kreisen, wo noch keine vorhanden sind, streiten wir nicht. Diese Notwendigkeit erkennen wir stets an. Es fragt sich nur, ob die Möglichkeit gegeben ist. Die Parteileitung muß doch am besten wissen, welche Verpflichtungen sie in den nächsten Jahren zu erfüllen hat. Haben wir uns in Oberschlesien erst einmal engagiert, dann gibt es kein Zurück mehr, dann muß der Rest bis zur Reize geleert werden. Der Parteivorstand wird nach wie vor alles tun, was im Interesse der Agitation in Oberschlesien notwendig ist. Er wird, wenn Sie den Antrag ihm überweisen, ihn dann ausführen, wenn die Notwendigkeit dazu gegeben ist.

Auf Antrag von Rath-Kachen wird die Debatte geschlossen. Der Antrag 33 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 45 wird auf Antrag von H. L. Effen, der mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf die Begründung verzichtet, ohne Debatte dem Parteivorstand überwiesen.

Den Antrag 156 begründet

#### Feldmüller - Birmaers:

Die Parteien, die den Jolkraub verübt haben, müssen noch vor den nächsten Wahlen vor dem ganzen Lande gebannt werden. Wir haben ja schon eine ganze Reihe Agitationschriften, aber keine derselben behandelt die Wirkungen des Jolkraubs, wie sie sich jetzt äußern. Diese Lücke muß ausgefüllt werden. Wir müssen dem Volk die Augen öffnen und es aufklären über die Sünden der Jolkrauber. (Sehr richtig!) Darin liegt eine gute Agitation für die nächsten Wahlen. (Bravo!)

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Resolutionen 102, 110, 116 und 172. Bei der Unterthätungsfrage für die Resolution 102 bemerkt Singer: Gewiß, solch Antrag muß unterstützt werden; aber wenn etwas überflüssig ist, so ist es dieser Antrag. (Sehr richtig!) So viel wissen die Genossen doch schon, daß sie verpflichtet sind, eine Parteizeitung zu abonnieren. (Sehr wahr!) Diejenigen, welche das nicht tun, werden sich auch durch Parteitagbeschlüsse nicht dazu bewegen lassen. (Zustimmung.)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Jum Antrag 110 bemerkt

Singer: Wir sind jetzt nicht in der Lage, eine Programmänderung vorzunehmen. Ich schlage vor, den Antrag von der Tagesordnung abzusehen. Es wird so beschließen.

Den Antrag 116 begründet

#### Gehrman - Berlin:

Der Antrag lautet:

Trotz des bereits bestehenden Beschlusses, im Falle einer Stichwahl zwischen gegnerischen Parteien sich der Stimme zu enthalten, ist hiergegen vielfach in größtlicher Weise verstoßen worden. Der Parteitag zu Mannheim bringt deshalb dringend in Erinnerung, daß dieser Beschluß überall und unbedingt respektiert werden muß, soll er nicht zur Farce werden. Ganz besonders aber widerspricht es dem politischen Ehrgefühl der Genossen, der sogenannten Freisinnigen Volkspartei irgendwelche Wahlhülfe zu leisten. Diese Partei hat keine Gelegenheiten vorübergehen lassen, ohne ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie die Fügel schiefen zu lassen, sie hat bei allen Wahlen selbst dem trübseligen Reaktionsär gegen unsere Genossen zum Siege verholfen und kann heute mit Recht als die Bannerträgerin der Reaktion bezeichnet werden. Eine solche Partei je eher je besser vom politischen Schauplatz verschwinden zu lassen, muß als Ehrenpflicht der Genossen betrachtet werden.

Zweck des Antrages ist, Fingerzeige zu geben für die Stellung der Partei gegenüber den anderen Parteien. Die Resolution von Weibel in München ging dahin, daß wir bei Stichwahlen für diejenigen eintreten, die für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sind. Inzwischen haben die Freisinnigen gezeigt, daß ihnen die Konserativen lieber sind als Sozialdemokraten. Das haben sie bei den preussischen Landtagswahlen gezeigt. Ich bitte Sie, unserer Resolution zuzustimmen, damit dem Parteivorstand und den Genossen im Lande die Möglichkeit gegeben wird, auf dem nächsten Parteitage ihre Meinung zur Geltung zu bringen.

#### Weibel:

Gehrman hätte eigentlich beantragen müssen, die Resolution dem Vorstand zu überweisen. Er verlangt eine bestimmte Stellungnahme und das können wir heute unmöglich beschließen. Ich bitte Sie daher, den Antrag, falls er nicht zurückgezogen wird, von der Tagesordnung abzusehen, weil wir auf dem nächsten Parteitag sowieso Stellung zu dieser Frage nehmen müssen. (Sehr richtig.)

Der Antrag wird von der Tagesordnung abgesehen.

Es folgt Resolution 172. Dieselbe lautet:

Die Frauenkonferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Genossen und der Genossinnen auf die erschreckend hohe Zahl von Fällen einschlägiger Mißhandlung, Verwahrlosung und Ausbeutung von Kindern durch die eigenen Eltern, Pfleger oder Erzieher. Sie fordert alle Parteiangehörigen und alle Arbeiterorganisationen auf, solchen Unmenslichkeiten aufs kräftigste entgegenzutreten und durch die Organe der Arbeiterschaft (Arbeiterpresse, Ge-

werkschaften, Krankenkassen) auf deren Verhütung planmäßig hinzuwirken. Die Konferenz protestiert ferner gegen die heute herrschende Ausgestaltung der Zwangs-erziehung, die das ver- wahrloste Kind der planmäßigen Vermüdung und oft der schmachlichsten Ausbeutung überliefert. Sie fordert eine wirkliche Fürsorge-erziehung, die eine wahrhafte Zuflucht für mißhandelte Kinder schaffen und diese dem kindlichen Wesen gemäß zur Selbst- ständigkeit heranbilden soll. Die Konferenz erwartet von den Arbeitervertretern in allen öffentlichen Körperschaften, daß sie ständig und planmäßig den Kampf führen auch für diesen Schutz der Kinder gegen Verwahrlosung und Mißhandlung.

#### Frau Biez

führt zur Begründung aus: Die Resolution spricht eigentlich für sich selbst. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nur wenige Worte. Sie alle sind davon unterrichtet, daß fortgesetzt die Zahl der Fälle von grausamer Ausbeutung, Verwahrlosung und Mißhandlung der Kinder zunimmt. Ausbeutung, Verwahrlosung und Mißhandlung nicht nur durch fremde Personen, sondern auch durch die eigenen Eltern und Pfleger. Wir sehen ferner, daß die Mißhandlung in solchen Fällen ansteigt, die genau so im strittigen Gegensatz zum Rechtsbewußtsein des Volkes stehen, wie jene harten und grausamen Urteile gegen Arbeiter, die im Kampfe um Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Klassengenossen stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Kinder, die so behandelt werden, dann den Eltern oder Pflegern genommen werden, werden sie der Zwangs-erziehung überwießen und hier verbindet sich das ver- wunderte Pfaffenstum mit der Ausbeutung, um diese zarten Menschen- pflanzen von vorneherein der weiteren Verwahrlosung in die Arme zu liefern. (Sehr wahr!) Dazu kommt, daß man diese Kinder von vorneherein nicht betrachtet als Kinder, die eine liebevolle Pflege notwendig haben, sondern als Kinder, die ihrer Veranlagung und Erziehung nach Verbrecher sind, die man mit möglichster Strenge und Härte erziehen muß. (Sehr richtig!) Wenn diese Kinder dann später ins Leben hinaustreten, dann sind sie nicht nur mit dem Makel behaftet, daß sie der Zwangs-erziehung überwießen waren, daß sie so und so lange unter Polizeiaufsicht standen, sondern die Erziehung ist auch so, daß sie sehr oft auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden. (Sehr wahr!) Aus diesem Grunde empfehlen wir Ihnen, unserer Resolution zuzustimmen und in ihrem Sinne zu wirken. Wir alle sind überzeugt, daß durch eine gute Erziehung, wie wir sie fordern, der junge Menschengeist gefordert werden kann. (Sehr richtig!) Wenn wir aber von dieser Ueberzeugung durchdrungen und wenn wir empört sind über die Behandlung, die den Kindern zuteil wird, dann müssen wir aber auch im Sinne der Resolution wirken. Die Kinder müssen so erzogen werden, daß man die heran- wachsenden Menschen in ihnen achtet, und daß sie brauchbare Mit- glieder der Gesellschaft werden. (Lebhafte Beifall.)

#### Krasemann - Reuruppin:

Wenn wir die Ausbeutung der der Fürsorge-erziehung über- lieferten Kinder auf dem Lande betrachten, so müssen wir die Reso- lution unbedingt annehmen. Um dem ländlichen Arbeitermangel ab- zuhelfen, nimmt man kindliche Arbeitskräfte auf das Land. Ich bin wegen eines ähnlichen Auspruches so einmal unter Anklage gestellt und auch verurteilt worden, aber die Tatsache der Kinder- ausbeutung ist vor Gericht durch Zeugen erhärtet worden. Es gibt Gegenden, wo schon Kinder von 7 bis 8 Jahren auf dem Lande helfen müssen. Redner führt einzelne Fälle von Kinder- ausbeutung an. Bedauerlich ist es, daß auf dem Lande immer die Geistlichen die Waisenkinder sind, denen die Aufsicht über die Kinder übertragen wird. Die Ausbeutung wird systematisch be- trieben. Die Genossen, die in den Gemeindevertretungen sitzen, müssen vor allem dahin wirken, daß diese Ausbeutung aufhört, daß die Kinder wirklich erzogen und nicht den Pfaffen überwießen werden. (Beifall.)

#### Koll-Karlstraße:

Ich halte die Annahme der Resolution gleichfalls für nötig. Die Fälle von Kinder- ausbeutung sind viel zahlreicher, als man glaubt, und die Genossen, die als Krankenkassenkontrollseure oder in ähnlicher Stellung tätig sind, sollten derartige Fälle feststellen und veröffentlichen. (Sehr richtig!)

#### Singer:

Die Resolution enthält ja eigentlich keinen Antrag an den Parteitag, sondern nur eine Aufforderung an die Parteigenossen. Es genügt also wohl, wenn wir der Resolution beitreten und die Genossen auffordern, in ihrem Sinne zu handeln. (Zustimmung.)

Der Parteitag beschließt im Sinne der Bewegung von Singer. Die nächste Gruppe von Anträgen besteht aus den Anträgen 29, 32, 38, 39, 40, 46, 79, 86, 97, 98, 99, 101, 111, 175. Hier von werden nur unterstützt die nachfolgenden Anträge:

38. Genosse Strumacher-Effen: Die sozialdemo- kratische „Partei-Korrespondenz“ wird zu einem angemessenen Abonnementpreis durch Vermittelung der Partei- beziehungsweise Kreisorganisation an die Genossen, die ein Interesse daran haben, abzugeben.

39. Heidelberg: Die neu herausgegebene „Partei- korrespondenz“ ist allen Ortsvereinsvorsitzenden unentgeltlich zuzus- stellen.

38. Genosse Thiele-Halle a. S.:

Der Parteitag wolle beschließen: Zur Herbeiführung einer engeren und dauernden Fühlungsnahme zwischen dem Partei- vorstand und den Parteioorganisationen sowie zwischen den letzteren hat der Parteivorstand jährlich drei Konferenzen einzuberufen, von denen je eine gegen Jahresabschluss, Anfang April und Anfang Juli stattfinden soll.

Zweck dieser Konferenzen ist, allgemeine Agitationen in die Wege zu leiten, über die zweckmäßige Durchführung von Parteitag- beschlüssen zu verhandeln, die provisorische Tagesordnung für die Parteitage aufzustellen und sich über alle hängenden Partei- fragen auszusprechen.

Die Konferenzen setzen sich zusammen aus dem Partei- vorstande, der die Konferenzen leitet, und 60 bis 75 Delegierten. Die Abgrenzung der Wahlbezirke für je einen Delegierten erfolgt erstmalig durch den Parteivorstand; spätere Änderungen nehmen die Parteitage vor.

Die Wahl der Delegierten erfolgt auf ein Jahr und wird nach jedem Parteitage durch Urabstimmung in den Partei- organisationen der einzelnen Bezirke vorgenommen.

Die Dauer einer Konferenz soll in der Regel zwei Tage nicht überschreiten.

Die Kosten der Delegationen trägt die Parteihauptkasse.

Ferner Antrag 175, der folgendenmaßen lautet: „Der Parteitag beschließt, das Gehalt der Provinzial- und Landes-Parteisekretäre wird wie folgt festgelegt: Das Anfangsgehalt beträgt 2000 M.; hat der Gewählte ein höheres Gehalt in seiner bisherigen Stellung, so ist dieses Gehalt zu bezahlen, jedoch nicht über das Höchstgehalt hinaus. Die jährliche Steigerung beträgt 100 M. bis zur Höchstgrenze von 3000 M.“ (Geodete mit 20 Ge- nossen.)

Zu diesem Antrage ist noch ein Amendement eingegangen: statt 2000 M. zu sagen 2400 M.

Die Anträge 88 und 89 begründet

#### Frank - Mannheim:

Zweifellos haben auch die Leiter der Organisationen ein Recht auf die „Partei-Korrespondenz“. Es würde sich empfehlen, dem An- trage Rechnung zu tragen.

#### Ebert:

Der Parteivorstand beschäftigt sich bereits mit der Frage. Er ist bereit, den Kreis derer, denen die „Partei-Korrespondenz“ zu- gestellt wird, zu erweitern. Den Antrag 88 dagegen bitte ich ab- zulehnen. Es ist nicht zweckmäßig, die Korrespondenz im Abonnement abzugeben; dann würde die gegnerische Presse über die Kor- respondenz herfallen. Diese möchte erwidern und sie würde sich allmählich zu einer Zeitung auswachsen. Das wollen wir ver- hindern.

Die Anträge 88 und 89 werden zurückgezogen.

Zur Begründung des Antrages 88 bemerkt

#### Thiele-Halle:

Die Funktionen des hier verlangten Parteiaus- schusses sollen nur administrativ sein. Eine gründliche Aussprache ist bei unserer Geschäfts- lage unbedenklich. Ich ziehe den Antrag deshalb zurück, zumal da mir zugesichert ist, daß der Parteivorstand, wo es not- wendig ist, mit einzelnen Gruppen Konferenzen abhalten will.

#### Schrader-Dönabrad

beantwortet den Antrag 175. Seit der Festsetzung der Gehälter der Provinzial- und Landespartei-sekretäre sind zwei Jahre verfloßen. Wir haben nun die Erfahrung gemacht, daß es sehr schwer ist, zu dem jetzigen Gehalt geeignete Personen zu bekommen. Es müssen vielfach Genossen aus besser dotierten Stellungen geholt werden. Diesen muß natürlich das Gehalt bezahlt werden, das sie bis dahin bezogen haben. Jetzt ist das nicht möglich, da der Parteivorstand durch den Dreier Beschluß gebunden ist. Für das Amendement bin ich für meine Person bereit zu stimmen.

#### Weibel:

Ich kann selbstverständlich nicht im Namen des Parteivorstandes reden, da er keine Gelegenheit hatte, sich mit der Frage zu be- schäftigen. Ich bitte aber dringend, nicht jetzt schon wieder Änderun- gen vorzunehmen. Ich gebe gern zu, daß häufig der Fall eintreten kann, daß man für 2000 M. nicht den geeigneten Mann bekommen kann, aber dann muß die Organisation selbst einen entsprechenden Zufuß geben. (Sehr richtig!) Daß, falls der Gewählte in seiner früheren Stellung ein höheres Gehalt hatte, ihm das gleiche bezahlt wird, halte ich für selbstverständlich; aber mit Rücksicht darauf, daß wir noch gar nicht wissen können, wie groß die Zahl der Sekretäre werden wird, bitte ich Sie, den Antrag in seinen ersten beiden Teilen anzunehmen, aber den letzten Satz zu streichen. Es wird überhaupt einmal notwendig sein, auf dem Gebiet der Gehaltsfrage eine gewisse Ordnung und Regelung zu schaffen. Man hält ein Anfangsgehalt von 2000 M. für zu niedrig. Der Verein Arbeiter- presse fordert ein Minimumgehalt von 1800 M. Es geht nicht, daß solche Differenzen vorhanden sind. Der Parteivorstand muß sich da einmal mit den verschiedenen Organisationen in Ver- bindung setzen, um etwas Einheitsliches zu schaffen. (Sehr richtig!) Dieselbe Verschiedenartigkeit besteht auch in bezug auf die Zeiträume, innerhalb deren die Gehalts-erhöhung eintreten soll. Der Verein Arbeiter- presse fordert eine Erhöhung von drei zu drei Jahren. In Bremen haben wir eine Erhöhung von zwei zu zwei Jahren beschlossen und hier wird alljährlich eine Erhöhung ge- fordert. Das muß einmal ausgeglichen werden. Der Parteivorstand wird demnächst dazu übergehen, eine völlige Gleichheit auf diesem Gebiete herbeizuführen. Nehmen Sie also die ersten Sätze an. Ueberweisen Sie das übrige dem Vorstande als Anregung!

Das Amendement wird abgelehnt. Die ersten Sätze des Antrages werden angenommen, der letzte Satz abgelehnt. Noch nicht erledigt ist der Antrag 43, der aber nicht genügend unterstützt wird.

Singer teilt das Wahlergebnis mit. Bei der Wahl des Vor- standes wurden abgegeben 352 Stimmentzettel. Davon waren 350 gültig und zwei ungültig. Von den gültigen Stimmen entfielen als Vorstehenden auf Weibel 350 Stimmen, als Vorstehenden auf Singer 349 Stimmen, als Kassierer auf Gerisch 350, als Sekretär auf Ebert 344 Stimmen, als Sekretär auf Auer 343 Stimmen, als Sekretär auf Mollenhuth 342 Stimmen, als Sekretär auf Pfannluch 329 Stimmen, als Sekretär auf Müller 248 Stimmen, als Sekretär auf Biez 59 Stimmen, als Sekretär auf Mattutat 23 Stimmen, als Sekretär auf Aug 15 Stimmen, als Sekretär auf Keil 1 Stimme. Es sind demnach gewählt: Zu Vorstehenden Weibel und Singer, zum Kassierer Gerisch, 2. Sekretären Auer, Ebert, Pfannluch, Mollenhuth und Müller. Bei der Wahl der Kontrollkommission wurden 352 Zettel abgegeben. Davon waren 342 gültig und 10 ungültig. Die gültigen Zettel enthielten: für Vogt-Gotha 317 Stimmen, für Baden- Tredden 316 Stimmen, für Jettin-Stuttgart 294 Stimmen, für Ehrhart-Ludwigshafen 273 Stimmen, für Ehrhne-Frankfurt a. M. 271 Stimmen, für Ernst-Berlin 269 Stimmen, für Könen-Hamburg 267 Stimmen, für Ged-Offenburg 194 Stimmen, für Braun- Königsberg 128 Stimmen, für Altemann-Leipzig 113 Stimmen, für Ulrich-Offenbach 76 Stimmen, für Saase-Bochum 73 Stimmen, für Kühn-Langenbielau 66 Stimmen, für Meiß-Köln 51 Stimmen, für David-Platz 49 Stimmen, für Schmidt-Berlin 38 Stimmen, für Gembel-Eberfeld 34 Stimmen, für Drey-Hannover 30 Stimmen, für Hildenbrand-Stuttgart 29 Stimmen, für Stolten-Hamburg 29 Stimmen, für Herber-Stein 27 Stimmen, für Böhle-Strasbourg 26 Stimmen, für Bömelburg-Hamburg 24 Stimmen, für Thiele- Halle 19 Stimmen, für Hug-Bant 18 Stimmen, für Schütz-Breslau 18 Stimmen, für Stubbe-Hamburg 13 Stimmen, für Que-Effen 8 Stimmen, für Dittmann-Frankfurt 7 Stimmen, für Mattutat 5 Stimmen, für Rudolf 1 Stimme, für Scheibemann 1 Stimme. Es sind demnach Vogt, Baden, Jettin, Ehrhart, Ehrhne, Ernst, Könen, Ged und Braun zu Mitgliedern der Kontrollkommission gewählt worden. Die Kontrollkommission hat die bisherige Wei- siger Eberhardt-Charlottenburg und Bengels-Berlin wiedergewählt.

Damit ist die Parteileitung konstituiert. Eingegangen ist ein Vegrühungs- schreiben des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins London. Die Geschäfte des Parteitages sind erledigt.

Singer: Werte Genossen! Ich bin überzeugt, daß ich im Sinne aller Delegierten spreche, wenn ich zunächst unseren Mannheimer Ge- nossen, die die schwere Arbeit geleistet und die äußeren Arrangements für den Parteitag getroffen haben, unseren wärmsten Dank ausspreche. (Beifall.) Sie haben diese Arbeiten in so erfreulicher Weise verrichtet, daß es uns möglich war, in diesem schönen Raume unsere Verhand- lungen fortzusetzen. (Lebh. Beifall.) Vor allem danke ich Dreschbach, der, kaum von schwerer Krankheit genesen, mit Energie und Eifer sich an diesen Arbeiten beteiligt hat, um den Parteitag nach außen hin würdig zu gestalten. (Beifall.) Wir wissen diese Arbeit um so höher zu schätzen, als wir und ja alle herzlich gefreut haben, als die Nach- richt von seiner Genesung an uns gelangt ist. (Erneuter Beifall.) Ich danke namens des Parteitages aber auch unseren Kommissions- mitglieder, die die notwendigen Arbeiten geleistet haben, obwohl die Genossen dadurch darauf verzichten mußten, einem großen Teile der Verhand- lungen beizuwohnen. Wenn ich, wie stets, einen Rückblick werfe, so möchte ich an der Spitze meiner Bemerkungen der Freude darüber Ausdruck geben, daß wir diesmal einen so zahlreichen besuchten Parteitag gehabt haben. Der Mannheimer Parteitag war seit Halle am stärksten besucht. Es waren 409 Teilnehmer und 26 Gäste anwesend. (Bravo!) Wir dürfen zufrieden sein mit den Arbeiten, die in der „roten Woche“ in Mannheim geleistet wurden. Wir haben unsere Verhandlungen erstreckt über eine Reihe der für das Proletariat, für die Arbeiterklasse Deutschlands wichtigsten Fragen. Zum ersten Male hat ein deutscher Parteitag die Fragen der Volks- erziehung ausführlich behandelt. Wir haben in den beiden inhalt- reichen und formvollendeten Referaten die Forderungen festlegen können, welche die Partei für die Volkserziehung aufstellt, und wenn wir auch nicht dazu gekommen sind, ganz im einzelnen diese Frage zu diskutieren und zu erledigen, so haben wir doch durch die Ein- setzung eines Ausschusses bewiesen, daß es uns ernst ist mit der Behandlung dieser Angelegenheit und daß wir ent- schlossen sind, das, was möglich ist, an finanzieller und moralischer Unterstützung für die Agitation auf diesem Gebiete zu leisten. (Sehr richtig!) Durch diese Beschlüsse ist das Arbeits- gebiet der Sozialdemokratie wieder erweitert und vertieft worden. Ich habe die Ueberzeugung, je mehr wir auf diesem Gebiete leisten, je mehr wir die Kinder und die Jugend mit dem großen heiligen Gebanen des Sozialismus erfüllen, destomehr dienen wir unserer Sache, und desto eher wird der Tag kommen, an dem die Stunde der Befreiung für das Proletariat schlägt. (Lebhafte Beifall.) Wir haben die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu Strafrecht, Strafprozeß und Strafvolzug erörtert. Die Annahme der Thesen unseres Referenten bedeutet, daß wir mit den von ihm vor- getragenen Grundgedanken durchaus einverstanden sind. (Schluß in der 5. Beilage.)









# A. WERTHEIM

IN DIESER WOCHE:

## HERBST-AUSSTELLUNG

### KONFEKTION

### PELZWAREN

### DAMEN-HÜTE

PARISER UND ANDERE MODELLE.

DAMEN-KOSTÜME, JACKETTS, PALETOTS, ELEGANTE ABEND-MÄNTEL, PROMENADEN- UND GESELLSCHAFTS-KLEIDER, EMPIRE- U. REFORM-KLEIDER, SEIDENE BLUSEN UND JUPONS, MORGENRÖCKE, KINDER-KLEIDER U. MÄNTEL

PELZ-MÄNTEL, PALETOTS, JACKETTS, BOLEROS, STOLAS, KRAWATTEN, HÜTE UND MUFFEN IN: ZOBEL, NERZ, EDELMARDER, STEINMARDER, HERMELIN, PERSIANER, CHINCHILLA, SKUNKS, OPUSSUM, WEISS- UND BLAU-FUCHS U. S. W.

ELEGANTE UNGARNIERTE UND GARNIERTE HÜTE, HUTGARNITUREN, SEIDENE BÄNDER

Als besonders preiswert kommen zum Verkauf:

### Ein Posten Blusen extra für diesen Verkauf gefertigt

|  |      |
|--|------|
| Baumwl. Tennisstoff mit Paspel und Zinken  | 2.75 |
| Halbwoll. Flanell mit Falten u. Paspel od. Säumchen, gefüttert                   | 4.50 |
| Flanell Passe mit Taffetpaspel und Faltengarnitur, ganz gefüttert, Wert 9-10 Mk. | 7.50 |
| Gestreifte Seide Vorderteil mit Falten, ganz gefüttert                           | 8.90 |

|   |       |
|---|-------|
| Eleg. Wollstoff gestreift od. kariert mit Säumchen und Falten, mit Sammetpaspel, ganz gefüttert, Wert 12-13 Mk. | 9.75  |
| Seidenstoff kariert oder broschiert, in modernen neuen Façons, ganz gefüttert, Wert 15.50-19 Mk.                | 14.50 |
| Eleg. Seidenstoff Passe mit Entredeux und Hohlraum od. Vorderteil m. Falten, ganz gefüttert, Wert 23-25 Mk.     | 19.75 |

Ein Posten:

|                                       |           |
|---------------------------------------|-----------|
| Paletots engl. gemusterte Stoffe      | 19.75     |
| früherer Wert                         | 27-45 Mk. |
| Paletots-Kostüme                      | 21.75 Mk. |
| früherer Wert                         | 31-45 Mk. |
| Abend-Capes mit Tibetrolle, am Kragen | 10.25 Mk. |

### Kostümröcke

|  |        |
|--|--------|
| Cheviot-Rock mit Tressengarnitur, gefüttert        | 7.90   |
| Lasting-Rock mit Faltengarnitur, gefüttert         | 13.50  |
| Lasting-Rock mit Blendengarnitur, gefüttert        | 16.50  |
| Lasting-Rock reich mit Falten und Tressen garniert | 23 Mk. |

### Morgenröcke

|  |       |
|--|-------|
| Morgenrock aus bedrucktem Velour-Barchent, Passe mit Besatz                              | 4.95  |
| Morgenrock aus bedrucktem Velours-Barchent, Velvet-Paspel u. Falten                      | 9 Mk. |
| Morgenrock aus wollenem Tuch, vorn auspringende Falten mit Stich                         | 12.75 |
| Morgenrock aus woll. Tuch, gross. Kragen und Vorderteil mit Tresse und Soutache garniert | 19.50 |

### Kinderkleider

|   |          |        |       |          |        |       |       |
|---|----------|--------|-------|----------|--------|-------|-------|
| Hänger aus bedrucktem Velours-Barchent mit Borte garniert   | Länge 50 | 56     | 62    | 68 cm    |        |       |       |
|   | 1.50     | 1.75   | 2 Mk. | 2.30 Mk. |        |       |       |
| Hänger Woll. Tuch mit Sammetband und Stepperei oder Cheviot m. Soutache u. Goldknöpf. garniert, gefüttert | 3.25     | 3.75   | 4.25  | 4.75 Mk. |        |       |       |
| Hänger aus kariertem Wollstoff, langtaillig, mit Sammetpaspel und Goldknöpfen, gefüttert                  | Länge 50 | 56     | 62    | 68       | 74 cm  |       |       |
|   | 8.50     | 9.25   | 10.25 | 11 Mk.   | 12 Mk. |       |       |
| Tailenkleid Cheviot, Passe mit Soutache garniert, gefüttert   | Länge 74 | 80     | 86    | 92       | 98 cm  |       |       |
|   | 6.90     | 7.75   | 8.50  | 9.25     | 10 Mk. |       |       |
| Blusenkleid Cheviot, mit creme Latz und Stickerei, Faltenrock, ganz gefüttert                             | Lg. 82   | 68     | 74    | 80       | 86     | 92    | 98 cm |
|   | 9.25     | 10 Mk. | 12.50 | 13 Mk.   | 13.75  | 14.50 | 15.50 |

### Kostüme

|   |        |
|---|--------|
| Cheviot-Kleid Taille m. Blenden u. Seidenpliss. Rock in Falten, ganz gefüttert          | 22 Mk. |
| Lasting-Kleid ganz in Falten, reich mit Seide garniert, ganz gefüttert                  | 38 Mk. |
| Tuchkleid Jäckchen mit Sammet- und Seidengarn, rund. Miederrock, Alpaca füttert.        | 48 Mk. |
| Kariert. Kleid mit Tuchkragen u. Tresse Spachtelwaste, Rock mit Blenden, ganz gefüttert | 34 Mk. |
| Velvet-Kleid mit gesteppter Passe, Falten u. Tuchkragen, ganz gefüttert                 | 36 Mk. |

### Jupons

|  |            |
|--|------------|
| Woll. Tuchrock mit Tresse 5.25, mit Plissé u. Plissé und Plissé 9.75 | 5.25, 9.75 |
| Moiré-Rock Serpentin-Volant mit schwarzer Tresse besetzt             | 5.90       |
| Moiré-Rock mit schwarz-weißer Paspel und Säumchen                    | 9.25       |
| Moiré-Rock Volant reich mit Velvet und Säumchen                      | 11.50      |
| Taffet-Rock plissiertes Volant mit Entredeux                         | 13.75      |
| Taffet-Rock plissiertes Volant mit Hohlraum und Medaillons           | 18 Mk.     |

### Pelzwaren

|   |              |
|---|--------------|
| Seal-Kanin-Stola mit Schweifen, 2,50 m lang       | 16.25 Mk.    |
| Kid-Astrachan-Stola mit Köpfen, 2,10 m lang       | 14.25 Mk.    |
| Zobel-Murmel-Stola                                | 33 Mk.       |
| Hermelin-Krawatten mit echten Schweifen           | 45 u. 59 Mk. |
| Steinmarder-Kollier mit Merderschweif             | 98 Mk.       |
| Nerz-Stola mit Nerzschweif                        | 118 Mk.      |
| Seal-Kanin-Bolero mit imitiertem Hermelinkragen   | 58 Mk.       |
| Persianer-Jacketts mit Nerz- u. Chin-chillakragen | 355 Mk.      |
| Früh. Wert  | 490.-        |

### Damenhüte und Putz

|   |   |
|---|---|
| Ungarnierte Filzhüte neue Formen weinrot u. dunkelblau  | 1.60, 2 Mk.                                   |
| Garnierte Filzhüte Gamin- und Panama-Formen mit Sammet u. Band, Filzstoff- oder Lavallier-Arrangement weiss u. farbig | Sortiment I 3.90 Mk.<br>Sortiment II 5.75 Mk. |

|   |                     |
|---|---------------------|
| Elegante Hut-Garnitur Saison-Neuheit Strauss-Vautour, naturfarbig, weiss, schwarz | 70 Pf., 1 Mk., 1.60 |
| Moderne Garnierbänder ca. 12 cm breit reinesidene Failletino                      | Mtr. 68 Pf.         |
| reinesidene Taffet ca. 11 cm breit  | Mtr. 55 Pf.         |

### Kleiderstoffe

|   |                     |
|---|---------------------|
| Kostümstoffe englisch meliert, ca. 110 cm breit                           | Mtr. 1.15, 1.70 Mk. |
| Phantasiestoffe gestreift und kariert, in modernen Melangen, doppeltbreit | Mtr. 1.65, 2.10 Mk. |
| Schwere Kostümstoffe ca. 130 cm breit                                     | Mtr. 1.75, 2.25 Mk. |
| Reinwollene Schotten blaugrün kariert, ca. 110 cm breit                   | Mtr. 1.30 Mk.       |
| Reinwollene Cheviots in grossen Farben-Sortimenten ca. 110 cm breit       | Mtr. 1.65 Mk.       |
| Reinwollene Satins in modernen Farben ca. 110 cm breit                    | Mtr. 1.65, 1.95 Mk. |
| Reinwollene Damentuche feine glanzreiche Qualitäten                       | Mtr. 2.25, 3.30 Mk. |

### Seidenstoffe

|  |                     |
|--|---------------------|
| Reinseidene Louisines einfarbig                  | Mtr. 1.35, 2.10 Mk. |
| Reinseidene blaugrüne Schotten mit Satinstreifen | Mtr. 1.95 Mk.       |
| Taffet-Musseline fein gestreift und kariert      | Mtr. 2.25, 2.80 Mk. |
| Reinseidene Chinéstoffe hell und mittelfarbig    | Mtr. 1.95, 2.85 Mk. |
| Einfarbige Kleider-Velvets in modernen Farben    | Mtr. 1.90, 2.90 Mk. |
| Rippen-Sammete solide bestete Qualitäten         | Mtr. 1.90, 2.60 Mk. |
| Kleider-Velvets feingestreift und kleinkariert   | Mtr. 2.25, 2.80 Mk. |

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

(Genossin Zetkin hat bereits 1 1/2 Stunde gesprochen. Im Verlauf ihrer Rede sah man wiederholt, daß ihr das Reden äußerst schwer fiel. An dieser Stelle macht sie eine längere Pause; es hat den Anschein, als ob sie infolge von Ermattung überhaupt nicht weiter reden kann. Dreßbach und nach ihm Singer begeben sich zu ihr, wie es scheint, um sie zu ersuchen, daß sie ihr Referat abbrecht.)

Hierauf erklärt Singer: Genossen, wir haben alle mit großem Interesse das Referat der Genossin Zetkin bis hierher gehört, und ich bin überzeugt, daß der noch fehlende Teil das gleiche Interesse finden wird. (Sehr richtig!) Der gesundheitliche Zustand der Genossin Zetkin macht es uns aber geradezu zur Pflicht, sie zu schonen. Der Parteitag wird die Verantwortung nicht übernehmen wollen, den Gesundheitszustand der Genossin noch zu verschlimmern, indem er darauf besteht, das Referat zu Ende zu hören. Ich schlage vor, daß wir die Genossin Zetkin ersuchen, ihr Referat und den noch fehlenden Teil im Druck zu veröffentlichen. Es liegen ja bereits Anträge vor, beide Referate als Broschüre zur Massenagitation im Druck erscheinen zu lassen. Wir sind überzeugt, daß es ihr sehr schmerzlich ist, das Referat nicht beenden zu können; aber ihr Gesundheitszustand verlangt dringende Schonung. Ich bitte Sie, meinen Vorschlag anzunehmen und dadurch zu bezeugen, einen wie großen Wert der Parteitag darauf legt, das Referat der Genossin Zetkin vollständig kennen zu lernen. (Lebhafte Zustimmung.)

(Mara Zetkin verläßt hierauf unter stürmischem Beifall die Tribüne.)

Entsprechend dem Vorschlag beschließt der Parteitag, beide Referate, und zwar das der Genossin Zetkin in vervollständigter Form, als Broschüre zur Massenverbreitung herstellen zu lassen.

Vorsitzender Dreßbach: Einige Mitteilungen über die Vorschläge zur Wahl der Parteileitung! Genosse Wittmann-Frankfurt a. M. ersucht mich, zu erklären, daß er unter keinen Umständen ein Mandat als Kontrolleur annimmt. Er verzichte zugunsten von Brühne; ferner erklärt Bömelburg, daß es ihm unmöglich sei, ein Mandat als Kontrolleur anzunehmen, da ihm die Zeit dazu fehlt. Ebenso bittet Hue, von seiner Wahl Abstand zu nehmen. Genosse Mattutat ist irrtümlich auf die Liste der Kontrolleure gekommen, er sollte als Parteisekretär vorgeschlagen werden.

Dug-Bant: Ich sehe zu meinem Erstaunen, daß ich als Parteisekretär vorgeschlagen bin. Ich bedauere ganz außerordentlich, daß der, der mich vorgeschlagen hat, sich nicht vorher mit mir in Verbindung gesetzt hat. Es wäre mir unmöglich, das Amt anzunehmen.

Vorsitzender Dreßbach teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, die beiden Referate und alle hierzu gestellten Anträge einem Bildungsausschuß von 7 Personen zu überweisen.

Ulrich-Offenbach

begründet diesen Antrag. Sowohl die Leitfrage als besonders die beiden Referate haben gezeigt, daß die Erziehungsfrage außerordentlich wichtig ist, und daß es ein großer Fehler sein würde, sie heute nach kurzer Debatte zu erledigen. Es sind Probleme aufgerollt von solcher Bedeutung, daß ich es im Interesse unserer Sache, im Interesse der Frage selbst für notwendig halte, daß, bevor wir eine materielle Entscheidung treffen, eine allgemeine Diskussion in der Presse und in Parteiversammlungen stattfindet. Am aber doch in der Lage zu sein, ein Organ zu haben, welches auf Grund der vorliegenden Referate und Thesen arbeiten und das Material sammeln kann, müssen wir einen Bildungsausschuß einsetzen. Im nächsten Jahre können wir dann vielleicht eine Entscheidung in der Sache treffen. Eine weitere Begründung ist überflüssig, sie liegt in der Sache selbst. Ich bitte, den Antrag anzunehmen. (Zustimmung.)

Lehmann-Mannheim: Ueber die Wichtigkeit der vorliegenden Materie sind wir uns einig, aber es dürfte kaum ein Gebiet geben, auf dem so wenig Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei bestehen. Das Resultat der Arbeiten eines Bildungsausschusses würde auch nicht wesentlich anders sein als das, was die Referenten vorgeschlagen haben. Die Folge des Antrages würde die sein, daß wir einen neuen Parteitag nochmals mit einer Frage belassen, über die Differenzen innerhalb der Partei nicht bestehen. Wir haben in den verschiedensten Landtagen in Süddeutschland alljährlich über die Schulfrage zu verhandelt und die Stellungnahme der süddeutschen Abgeordneten hat noch niemals Anlaß zu Konflikten gegeben.

Dr. Frank-Mannheim:

Ich habe nichts dagegen, daß die verschiedenen Anträge in den großen Nord verankert werden, den sich der neu zu bildende Bildungsausschuß anschaffen soll, aber ich bitte, daß Sie die Anträge, die sich auf die Frage der Jugendorganisation beziehen, aus dieser allgemeinen Verankerung herausnehmen und morgen unter den allgemeinen Anträgen behandeln. Es ist notwendig, daß hier etwas geschieht, und so sehr ich die künftigen Mitglieder dieses Bildungsausschusses schätze, ohne sie zu kennen, so würde ich es doch für besser halten, daß der Parteitag über die Frage der Jugendorganisation keine Meinung morgen zum Ausdruck bringt. Wenn Sie diese Anträge von dem allgemeinen Kinderwort ausnehmen (Seiterkeit), bin ich mit dem Antrage Ulrich völlig einverstanden.

Der Parteitag beschließt im Sinne der Anregungen von Frank und überweist alle Anträge, mit Ausnahme derer, die sich auf die Jugendorganisation beziehen, dem einzusetzenden Bildungsausschuß.

Hiermit ist der Punkt 8 der Tagesordnung erledigt. Singer: Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Anträge 85, 100 und 113 sich nicht zur Verhandlung auf dem Parteitage eignen, denn das sind gar keine Anträge, sondern Aufträge an die Delegierten, diese oder jene Materie hier zu vertreten. Schluß: 7 Uhr.

Winter-Paletots

Vielseitigste Ausmusterungen neuester Erzeugnisse u. kleidsamster Fassons.

Viele Tausende Exemplare aparter Winter-Moden.

Nur eigene Erzeugnisse!

- 65.—, 60.—, 55.—
50.—, 45.—, 40.—
36.—, 30.—, 27.—
24.—, 21.—, 18.—

15.— Mk.

Vornehme Mass-Anfertigung.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Masestabes
Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog Nr. 30 (neueste Wintermoden) wird kostenlos zugesandt.

Winter-Anzüge

Unübertroffene, reichhaltigste Auswahl hochmoderner Muster und Fassons.

Viele Tausende Exemplare neuester Winter-Moden.

Nur eigene Erzeugnisse!

- 50.—, 45.—, 40.—
36.—, 33.—, 30.—
27.—, 24.—, 21.—, 18.—

15.— Mk.

Konfektion.

- Elegante Tailor made-Kostüme in Tuch, Samt und englischen Stoffen . . . . . 20.00, 30.00 bis 75 M.
Bolero-, Sakko- u. Blusen-Kostüme in blau Cheviot- und englischen Stoffen . . . . . 15.00, 19.50 bis 40 M.
Farbige Paletots in Covercoat, in englischen Tweed- und Fancystoffen . . . . . 8.75, 12.00 bis 40 M.
Schwarze Jacketts u. Paletots, lose und anliegend, in Eskimo, Astrachan, Broitschwanz, Seidenplüsch etc. . . . . 5.75, 9.75 bis 90 M.
Bolero- und Blusen-Jacketts in Samt, in Astrachan und Tuch etc., große Neuheit! . . . . . 7.50, 10.75 bis 48 M.
Havelocks und Capes, schwarz und farbig, in Tuch und Fantasie-Stoffen, karierte Rückseite . . . . . 7.50, 9.75 bis 60 M.
Jacketts und Capes für Backfische und Kinder in Zwirn-Covercoat, Eskimo etc. . . . . 1.75, 3.00 bis 25 M.
Garnierte wollene Kleider, Taillen- und Empire-Form, Farben: weinrot, olive, marine, schwarz etc. . . . . 20.00, 30.00 bis 90 M.
Kinderkleider aus einfarbigen und karierten Wollstoffen, Hänger-, Matrosen- und Taillen-Fassons . . . . . 3.00, 5.00 bis 20 M.
Elegante schwarze Kostümrocke, Empireform, in Tuch, Satintuch und Cheviot . . . . . 6.00, 9.00 bis 40 M.
Fußfreie Sportrocke aus blau Cheviot, blaugrün und engl. Fantasie-Stoffen . . . . . 2.95, 4.75 bis 20 M.
Blusen in Seide, Wolle, Samt, Velour, enorme Auswahl und sehr preiswert. . . . . 1.25, 3.00 bis 30 M.

Julius Haack

Manufakturwaren u. Konfektion
BERLIN N., Brunnen-Straße 198
am Rosenthaler Tor.

Sonntags geöffnet 8-10 und 12-2.

Dr. med. Karl Reinhardt
Spezialarzt für Wasserheilverfahren etc.
jetzt Neanderstraße 12.
Sprechstunden für Privat- und Kassenpatienten
1/2-5-7. — Sonntags 10-11.
1014b

Möbel
event. 1 Stube und Küche von 224 an
Teil 2 . . . . . 357
zahlung 3 . . . . . 650
A. Freise, Michaelkirchstraße 8.

Möbel
ganze Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter, gediegener Arbeit empfiehlt [2006]
Wilh. Lambrecht,
Berlin SW., Simeonstr. 10,
Verlangen Sie, bitte, illustr. Preisliste, an der alten Jakobstraße.

Aufgepaßt!
Noch immer die bill. Bezugsquelle für Monats-Anzüge, Winter-Paletots u. Hosen, von Reisenden und besten Kanallernen angefertigt, ebenso neue, sehr bill. u. modern gearbeitete, in neuesten Stoffmustern vorhandene Herren- und Knabengarderoben. Große Auswahl in Winterpaletots u. warme Winterjoppen. Ein gr. Post. einzelne Jacketts, einzelne Westen und einzelne Hosen zu sehr billigen Preisen. In haben bei
Moldauer
Prinzessstraße 64
Ecke Kiensteinstr., im Laden.

Möbel
Polsterwaren
Sofas, Matratzen, Garnituren, Bettstellen. 312V\*
Otto Dornbusch, Tapezier- und Dekorateur.
RIXDORF
47 Bergstrasse 47.
Polsterwaren n. aus eigener Werkstatt
Berlin, Alte Jakobstr. 124.
Elektro-Technikum
gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-Maschinen, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-, Chauffeur-Ausbildung.
Neuer Abendkursus.
Prospekt kostenfrei.

Bringe allen Freunden und Bekannten mein renoviertes Lokal in freundliche Erinnerung.
Hochachtend Hermann Schibolsky,
Bernau, am Mühlberg.
17106
Möbel-Fabrik
von A. SCHULZ,
Reichenberger Straße 5
(gegründet 1878)
empfiehlt ihr großes Lager nur anerkannt gediegener Möbel in jeder Holz- und Stilart von 300, 400, 500, 600 bis 10000 Mk.
Auch fertige Sofas, Garnituren und Matratzen eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen.
2036L\*





# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm 1/2

Montag - Dienstag  
Mittwoch

## Teppiche

Soweit der Vorrat  
reicht

Durch den günstigen Einkauf eines grossen Fabriktagers von Teppichen, bestehend aus nur prima Velour- und Tapestry-Teppichen mit kleinen Farbfehlern, sind wir im Stande, aussergewöhnlich grosse Vorteile zu bieten.

### Velour-Teppiche

|  |              |             |
|--|--------------|-------------|
| Grösse 8/4 = ca. 135/200                           | früher 19.75 | jetzt 12.50 |
| Grösse 10/4 = ca. 170/235                          | früher 32.75 | jetzt 22.25 |
| Grösse 12/4 = ca. 200/295                          | früher 48.75 | jetzt 32.50 |
| Grösse 16/4 = ca. 268/335                          | früher 82.25 | jetzt 55.75 |
| Velour-Läuferstoffe ca. 67 cm mit hübscher Bordüre | früher 3.85  | jetzt 2.75  |

### Tapestry-Teppiche

|   |              |             |
|---|--------------|-------------|
| Grösse 8/4 = ca. 135/200  | früher 14.75 | jetzt 10.75 |
| Grösse 10/4 = ca. 170/235   | früher 26.75 | jetzt 16.75 |
| Velour-Vorleger   | früher 4.75  | jetzt 3.75  |
| Tapestry-Vorleger   | früher 3.25  | jetzt 2.35  |
| Tapestry-Läuferstoffe ca. 67 cm, div. Farben mit hübscher Bordüre | früher 2.50  | jetzt 1.85  |

|  |      |            |
|--|------|------------|
| Engl. Tüll-Gardinen weiss oder creme Fenster | 1.75 | 2.25       |
| Engl. Tüll-Gardinen weiss oder creme Fenster | 4.75 | 5.25       |
| Engl. Tüll-Gardinen weiss oder creme Meter   | 30,  | 45, 60 Pf. |
| Scheiben-Gardinen weiss oder creme Meter     | 20,  | 30, 45 Pf. |
| Tüll-Stores weiss oder creme Stück           | 1.85 | 2.75 3.90  |
| Erbstüll-Stores mit Volant Stück             | 5.15 | 6.75 8.50  |

|   |        |      |       |
|---|--------|------|-------|
| Tüll-Bettdecken für 1 Bett  | 1.75   | 2.45 | 3.50  |
| Tüll-Bettdecken für 2 Betten  | 3.95   | 4.75 | 6.25  |
| Tüll-Scheibenschleier mit Stangen und Zubehör                               | 38 Pf. |      |       |
| Portieren-Garnituren Filztuch hübsch bekurzelt, 2 Shawls, 1 Lambrequin      | 3.65   | 5.25 |       |
| Portieren-Garnituren Titian-Plüsch, reich bekurzelt, 2 Shawls, 1 Lambrequin | 6.85   | 9.75 | 12.50 |

|  |               |        |       |
|--|---------------|--------|-------|
| Portieren glatt, mit hübscher Blumen-Bordüre | 2.45          | 2.75   | 3.25  |
| Tischdecken Filztuch, reich bekurzelt        | 1.75          | 2.25   | 3.50  |
| Tischdecken Plüsch, elegant bekurzelt        | 5.25          | 8.75   | 10.50 |
| Stepdecken viele Farben                      | 3.50          | 5.25   | 6.75  |
| Linoleum ca. 67 cm breit                     | Meter         | 68 Pf. |       |
| Zimmerbelag (Linoleum) ca. 300 cm breit      | Quadrat-Meter | 1.25   |       |

### Schürzen

|   |   |
|---|---|
| Tändelschürzen mode Satin mit Einsatz und Spitze                      | 1.25                                    |
| Tändelschürzen weiss Batist mit Stickerei-Volant                      | 90 Pf.                                  |
| Tändelschürzen weiss oder farbig mit Besatz                           | 45 Pf.                                  |
| Hausschürzen mit Volant und Tasche (extra weit)                       | 95 Pf.                                  |
| Reformschürzen mit Volant, einfarbig oder gemustert                   | 1.45                                    |
| Reform-Hängeschürzen kariert oder gestreift, mit Tasche               | 1.15                                    |
| Reform-Schulschürzen mode ca. 70 80 90 cm Satin Augusta               | 1.45 1.65 1.85                          |
| Kinder-Reformhänger mode Satin Augusta ca. 45 50 55 60 65 70 75 80 cm | 1.20 1.30 1.40 1.50 1.65 1.80 1.95 2.10 |

### Strumpfwaren

|  |      |        |                |
|--|------|--------|----------------|
| Damenstrümpfe schwarz, deutsch lang, Wolle plattiert           | Paar | 55,    | 85 Pf.         |
| Damenstrümpfe schwarz, deutsch lang, Reine Wolle               | Paar | 1.00   |                |
| Damenstrümpfe schwarz, englisch lang, Reine Wolle              | Paar | 85 Pf. | 1.20           |
| Damenstrümpfe buntfarbig geringelt, englisch lang, Reine Wolle | Paar | 1.10   |                |
| Herrensocken Winter-Qualität                                   | Paar | 28,    | 35, 45, 70 Pf. |
| Herrensocken Reine Wolle                                       | Paar | 85 Pf. |                |

#### Kinderstrümpfe

|   |      |   |
|---|------|---|
| Qualität 1634 schwarz, Wolle plattiert, engl. lang, 1x1 gestrikt, für das Alter von ca. 1-2 2-3 3-4 4-5 5-6 6-7 7-8 8-10 10-12 12-14 Jahren | Paar | 38 45 50 55 60 65 70 75 85 95 Pf.         |
| Qualität 1623 schwarz, reine Wolle, engl. lang, 1x1 gestrikt, für das Alter von ca. 1-2 2-3 3-4 4-5 5-6 6-7 7-8 8-10 10-12 12-14 Jahren     |      | 60 70 80 90 1.05 1.15 1.25 1.35 1.45 1.55 |

### Trikotagen

|   |                        |
|---|------------------------|
| Herren-Hemden Normal-Facon  | 1.55, 1.75, 1.95       |
| Herren-Hosen Normal-Facon   | 1.20, 1.35, 1.50       |
| Herren-Strickwesten   | 2.75, 3.45, 4.10, 4.90 |
| Damen-Jacken gestrikt, „Reine Wolle“, weiss, rosa oder normalfarbig | 55 Pf.                 |

|   |            |
|---|------------|
| Ein Posten Barchend-Röcke für D. men mit Volant | 1.35, 1.65 |
| Knaben-Sweaters in allen Grössen und Preislagen |            |

Kinder-Trikots von 38 Pf. an

### Stoffhandschuhe

|  |      |        |
|--|------|--------|
| Trikot-Handschuhe für Damen, farbig, gemustert                             | Paar | 38 Pf. |
| Trikot-Handschuhe für Damen, farbig, weiss od. schwarz, mit 2 Druckknöpfen | Paar | 55 Pf. |
| Trikot-Handschuhe für Damen, farbig mit imitiertem Lederfutter             | Paar | 58 Pf. |
| Trikot-Handschuhe für Damen, farbig, mit 2 Stein-druckknöpfen              | Paar | 70 Pf. |

|  |      |      |
|--|------|------|
| Glacé-Handschuhe für Damen, farbig, mit zwei Druckknöpfen, „Lammleder“, tadelloser Sitz, garantierte Haltbarkeit | Paar | 1.25 |
|--|------|------|

### Schuhwaren

|  |                                      |
|--|--------------------------------------|
| Damen-Schnür- od. Knopfstiefel Rossleder               | 5.50                                 |
| Damen-Schnür- od. Knopfstiefel Box-Calf oder Chevreauz | 6.90, 7.75, 8.75, 9.75, 10.50, 12.75 |
| Herren-Schnür- od. Zugstiefel Box-Calf                 | 7.75, 8.75, 9.75, 11.50, 13.75       |
| Kinder-Schnür- od. Knopfstiefel                        |                                      |
|  | 22/24 25/26 27/28 29/30 30/32        |
| Rossleder  | 2.90 3.50 4.25 4.90 5.50             |
| Box-Calf   | 3.75 4.25 5.25 6.25 6.90             |
| Damen-Filz-Hausschuhe                                  | 95, 1.35, 1.75, 2.25                 |
| Damen-Filz-Schnallen-Stiefel                           | 1.95, 2.75, 3.75                     |
| Damen-Leder-Hausschuhe m. Filzfutter und Fleck         | 2.25, 3.25                           |
| Herren-Filz-Hausschuhe                                 | 1.70, 2.75, 3.25                     |
| Herren-Filz-Schnallen-Stiefel                          | 2.90, 3.50, 5.10                     |
| Herren-Leder-Hausschuhe mit Filzfutter                 | 2.90, 4.50                           |

### Damenwäsche

|   |                  |      |
|---|------------------|------|
| Hemden in verschiedenen Garnierungen  | } durchweg Stück | 1.45 |
| Nachtjacken farbig mit Trimming oder Stickerei  |                  |      |
| Beinkleider Knie oder langes Facon  |                  |      |
| Hemden mit handgestickter Madeira-Passe, oder Hohlraum mit Stickerei-Ansatz, oder mit reicher Stickerei-Passe, zum Ausuchen |                  | 1.95 |

### Korsets

|   |           |
|---|-----------|
| Gürtel-Facon auf echtem Fischbein           | 75 Pf.    |
| Empire-Korset grau Dreif., reich garniert   | 1.35      |
| Halbhohle Form sehr hübsch garniert         | 1.65      |
| Frack-Korset gerade Front mit Strumpfhalter | 1.75 2.10 |

### Bett-Bezüge

|                 | für Deckbetten |      |      | für Kopfkissen |        |        |
|-----------------|----------------|------|------|----------------|--------|--------|
| Hemdentuch      | 2.35           | 2.65 | 2.95 | 75             | 85     | 95 Pf. |
| Louisianatuch   | 2.95           | 3.90 |      | 90             | 1.15   |        |
| Dimiti          | 2.90           | 4.75 |      | 95             | 1.25   |        |
| Geblümter Stoff | 3.65           |      |      | 1.15           |        |        |
| Damast          | 4.75           |      |      | 1.25           |        |        |
| Bunt            | 2.45           | 3.25 |      | 75             | 95 Pf. |        |

|   |                             |                  |           |
|---|-----------------------------|------------------|-----------|
| Inlets                                  | Kissenbreite Meter          | 60, 95 Pf.       | 1.10      |
| Inlets                                  | Deckbettbreite              | 95 Pf.           | 1.45 1.65 |
| Dimiti                                  | Kissenbreite                | 60, 70 Pf.       |           |
| Dimiti                                  | Deckbettbreite              | 90 Pf.           | 1.05      |
| Bett-Damast                             | Kissenbreite                | 65, 85 Pf.       |           |
| Bett-Damast                             | Deckbettbreite              | 1.00             | 1.35      |
| Betttuch                                | ganze Breite                | 80 Pf.           | 1.10 1.30 |
| Laken Dowlas                            | ganze Breite                | 55, 70, 95 Pf.   |           |
| Bett-Laken weiss                        | 1.25, 1.60, 1.95 extra lang | 2.45, 2.90       |           |
| Bett-Inlets rot oder rot-rosa gestreift | Deckbett                    | 4.25, 5.25, 6.00 |           |
| Unterbett                               | 3.50, 4.25, Kopfkissen      | 1.25, 1.45       |           |

## Bett-Wäsche



Internationaler Arbeiterschutzhongress in Genf.

Man schreibt uns aus Genf:

Überblicken wir kurz die Erfolge auf dem Gebiete des internationalen Arbeiterschutzes: Als die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz im Jahre 1901 zu ihrer konstituierenden Versammlung zusammentrat, stand man ziemlich allgemein noch unter dem Eindrucke des entmutigenden Ergebnisses der Berliner Arbeiterschutzhongress...

Schweizerische Bundesrat für den Mai 1906 eine internationale Arbeiterschutzhongress nach Bern einberufen; die beiden dieser Versammlung vorgelegten Gegenstände, das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen und das Verbot der gewerblichen Verwendung des weissen Phosphors waren durch die Internationale Vereinigung für gesetzl. Arbeiterschutz vorbereitet und ein verhältnismäßig großer Teil der Komiteemitglieder dieser Vereinigung nahmen an den Beratungen der Berner Konferenz teil.

Internationaler Arbeiterschutzhongress weist auf seiner Tagesordnung, wenn wir von rein administrativen, die weitere Öffentlichkeit nicht interessierenden Fragen der Vereinigung und des internationalen Arbeiterschutzes absehen, folgende sozialpolitisch wichtige Gegenstände auf: 1. die Frage, die schon auf den früheren Kongressen seit 1902 erörtert wurde und deren Behandlung bisher zur Folge hatte, daß in einer Reihe von Staaten Verbote der Weisfarbenderverwendung erlassen worden sind...

1886

Rudolf Moses

1906

Metzerstr. 41,

Ecke Weissenburgerstraße

Größtes Manufakturwaren-Sortiments-Geschäft des Prenzlauer- und Schönhauser Tor-Bezirks,

gehört zu den bedeutendsten und ältesten Lieferanten des Rabatt-Sparvereins „Norden“.



Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Firma, welche sich aus den kleinsten Anfängen zur heutigen Größe entwickelt hat, gebe beim Einkauf von 3 Mark an



ein praktisches Geschenk!

1886

Gleichzeitig mache auf die seit über 10 Jahren bestehende, nach gleichem Prinzip geleitete Firma R. & S. Moses, Reinickendorferstr. 10, aufmerksam, welche ihre Räumlichkeiten durch Hinzunahme des Nebenhauses ganz bedeutend erweitert hat.

1906

Th. Fork, Kretzschmar & Co.

Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

BERLIN, An der Jannowitz-Brücke 3-4.

Deutschlands größtes Möbelkaufhaus für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.

Verlangen Sie unser großes Musterbuch mit über 1000 Abbildungen frei und umsonst.

Moderne Wohnzimmer-Einrichtung.

- No. 7. 1 Diwan . . . . . 95,- M.
No. 8. 1 Kleiderschrank . . . . . 85,- M.
No. 9. Sofatisch . . . . . 27,- M.
No. 10. 4 Stühle à 7 M. . . . . 28,- M.
No. 11. 1 Vertiko . . . . . 90,- M.
No. 12. 1 Spiegel . . . . . 36,- M.
No. 13. 1 Spiegelspind . . . . . 36,- M.
397,- M.



No. 7. Diwan mit Satteltaschen in schönen modernen Mustern, mit gutem Wollplüsch eingefüllt, Sitz zum Herausziehen, ohne Rollen, 95,- M. 115 cm hoch, 188 cm lang, 81 cm tief.

Th. Fork, Kretzschmar & Co. BERLIN, Jannowitzbrücke.



No. 8. Kleiderschrank, echt Nußbaum mit Hutboden und Messingtango u. reich mod. Schnitzerei, 85,- M. 120 cm breit, 230 cm hoch, 60 cm tief.



No. 9. Sofatisch, halbecht Nußbaum 27,- Mark, Blattmaß 115 x 77 cm, 77 cm hoch.



No. 10. Stuhl, halbecht Nußbaum, 7,- M.



No. 11. Vertiko, echt Nußb. mit Facettespiegel u. reich. mod. Schnitzerei, 90,- M. 96 cm br., 206 cm h., 47 cm t.



No. 12. Spiegel, echt Nußbaum, Glasmaß 115 x 47 cm, 36,- M. 161 cm hoch, 73 cm breit. No. 13. Spiegelspind, echt Nußbaum, reich geschnitten, 36,- M. 80 cm h., 86 cm br., 46 cm tief.

Es bedeutet *etwas*, für eine Cigarette sich die grösste Popularität unter wirklichen Kennern erworben zu haben.

Es bedeutet aber weit *mehr*, für dieselbe sich diese Popularität jahrein jahraus zu erhalten. Es mögen viele Gründe für ersteres vorliegen — für letzteres giebt es keinen Grund ausser entschiedene und stetig aufrecht-erhaltene *Ueberlegenheit*.

# JOSETTI CIGARETTEN

sind beinahe von der Zeit ihrer Einführung an die populärsten Cigaretten unter wirklichen Kennern, sind es heute und werden es allem Anschein nach auch in Zukunft sein.

Jeder wird dies verstehen, der sie einer Probe unterzieht.

Joseetti-Juno 10 St. 20 Pfg.  
Joseetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.



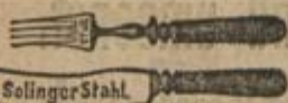
## Möbel-Spezial-Haus

für bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.

- 1 Stube und Küche, solid gearbeitet 200 bis 300 M.
- 2 Stuben und Küche, Wohnzimmer, Schlafzimmer und farbige Küche, gediegene Ausführung 400 bis 600 M.
- 3 Stuben und Küche, Salon, Speisezimmer, englisches Schlafzimmer und farbige Küche, elegante hochfeine Ausführung 1000 M.

Für bestes und trockenstes Material garantiert. Eigene Werkstätten.

**M. Hirschowitz,**  
Berlin 50., Skalitzerstraße 25,  
zwischen Mariannen- u. Mantuffelstraße. 2310L\*



**Wilhelm Dietz,**  
Solinger Stahlwaren.  
Berlin, Brunnenstraße 5,  
am Rosenthaler Tor.

Tischmesser u. Gabeln, ES- u. Kaffeelöffel empfehle in großer Auswahl; ferner Scheren, **Zuschneidemaschinen**, Taschenmesser, Rasiermesser, Tranchier-, Hack- u. Wiegemesser, Wagen, Haushaltmaschinen, **Nickel-Service**, Tablette, Kassetten, Revolver, Taschen, Luftbüchsen, Munition etc.

## 999 Paletots

getragen und neu

Mk. 5.—, 6.—, 8.— etc.

- Getragene Jackett-Anzüge
- Getragene Rock-Anzüge
- Getragene Gehrock-Anzüge
- Getragene Hosen

von feinsten Herrschaften, Kavalieren, Reisenden nur kurze Zeit getragen, für jede Figur passend.

**J. Wand,** Hauptgeschäft:  
80a Chaussee-Straße 80a

- 2. Geschäft: Prinzen-Straße 17
- 3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116

Bitte genau auf Firma zu achten

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!

## Schneiderei-Genossenschaft

G. m. b. H.  
(Begr. von organisierten Schneidergehülften Berlins)

**Brunnenstr. 185, im Laden,**

zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstrasse,  
empfiehlt sich den werten Arbeitern und Parteigenossen zur Anfertigung von

**feinerer Herren-Garderobe.**

Großes Lager fertiger Herren- und Knaben-Anzüge,  
Winter-Paletots, Joppen und Arbeiter-Berufskleidung.

Verkauf nur gegen bar! — Streng feste Preise!  
Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Werkstätten unter den von der Organisation festgesetzten Lohnbedingungen.

Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet  
Wahrungsbüro

„**Hoffnung**“

**Berliner Schneiderei-Genossenschaft**

Lieferant des Berliner Konsum-Vereins und des Konsum-Genossenschaft Berlins und Umgegend.



## Möbel

Spezialität: Bürgerliche Einrichtungen von 200—3000 Mark.

Anerkannt gediegenes Fabrikat.

**Siegmond Misch,** Dresdener Str. 16  
(1 Minute v. Kottbuser Tor).

**12 Visites** von 1,80 M. an  
**Kabinetts** 4,80 M. „  
in guter Ausführung liefert

**Oscar Goetze, Photograph.**

- 1. Geschäft: **Paul-Straße 26,** 294/17\*
- 2. „ **Dresdener-Straße 135,**
- 3. „ **Charlottenburg, Nehringstr. 1.**

Spezialität: **Bromsilber-Vergrößerung bis Lebensgröße.**

Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr.  
Sonn- und Festtage den ganzen Tag geöffnet.

**Möbel** eventuell auf Teilzahlung  
**Oranienstraße 73.**

Lieferung Berlin u. Vororte frei.

Weitgehendste Garantie!



## Central-Möbelhalle

Berlin S. 14

**Kommandantenstr. 51**

(Ecke Alexandrinen-Straße).

Großbetrieb

allerbilligste  
Preise

- Fertig -  
aufgestellt

Weitgehendste  
Garantie

Vorstehende solide bürgerliche Einrichtung, bestehend aus Schlaf- und Wohnzimmer mit kompletter Küche, Farbe nach Wunsch, liefern wir schon bei einer

**Anzahlung** von Mk. **45** bis Mk. **60** und monatlicher Abzahlung von Mk. 12 bis Mk. 15.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen.

Fachmännische Bedienung.

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit lagern!

Saubere, dauerhafte Arbeit.



# EMMLER'S Möbel-Fabrik

mit elektr. Betrieb  
S. Kottbuser-Damm 25-26.

## Zum Umzug: Ergänzungs-Möbel!

150 Muster-Zimmer in 7 Etagen.  
5000 qm Fabrik- und Lager-Räume.

Eigene Tischlerei  
und Tapezierer-Werkstätten

Solideste Ausführung  
in allen Stilarten und Preislagen.

Täglich bis 9 Uhr abends - Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

Abteilung für

Herrenzimmer  
Speisezimmer  
Salons  
Schlafzimmer  
Bettfedern

Komplette Betten  
Metall-Bettstellen  
Teppiche  
Küchenmöbel

24121\*

Eigene Fabrikation.

# Kios-Cigaretten

seit einem Jahrzehnt bereits in allen Kreisen der Bevölkerung als  
vornehmste deutsche Marke

anerkannt, befriedigen auch in Zukunft den verwöhntesten Cigaretten-Raucher  
und empfehlen sich wie bisher vermöge ihrer vorzüglichen Qualitäts-  
Eigenschaften ohne marktschreierische Reklame von selbst.

Türk. Tabak- und Cigarettenfabrik \* Kios \* E. Robert Böhme, Dresden. □ Spezialität: „Kleine Kios“ beliebteste 2 1/2 Pfg. Cigarette. Garantiert feinste Handarbeit.

## Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung,

so gehen Sie rechtzeitig zu uns!

Spezial-Haus. Dort finden Sie eine überraschend große Auswahl Neuheiten:

Teppiche v. M. 4,50 bis 13,50

Gardinen v. M. 2,10 bis 5,50

Portieren v. M. 1,20 bis 3,50

sowie Steppdecken, Tisch- u. Diwan-  
decken, Luster- und Möbelstoffe etc.

Zum diesmaligen Umzuge  
stellen wir grosse

Partie-Posten zu wirklichen

Ausnahme-Preisen zum Verkauf, worauf besonders

aufmerksam machen.

## Teppich-Adler

Königstrasse 20-21, a. d. Jüdenstr.

## Hohen-Neuendorf

(Nordbahn) 1335b  
Nur 100 Yards, zumeist höchster

Schwald mit Wassergraben, die a. künft. Post  
und Heide-Röhre, nahe Schützenhaus

□ Rente 12 Mark.

Die ersten 10 Käufer noch bedeu-  
tend billiger. Gas, Wasserleitung am

Ort. Anschlag bei der Dabel. Ver-  
käufer täglich, auch Sonntags in un-  
serem Kontor Schönliebstraße 13,

am Bahnhof, neb. Reichh. Neubauer.

Nieschalke & Nitsche,  
Landsbergerstraße 66.

## Reste

Damentuche, schwarz u.  
farbig, Kostüm-Stoffe,  
Seidenplüsch, Sammete,  
Astrachan.

Konfektion:  
Havelocks, Paletots, Abend-  
mäntel, Capes, Kostüm-Röcke.  
Pelz-Stolas in großer Auswahl.

C. PELZ, Kottbuserstraße 4.

Paul Töhs, Schneidermeister



29  
Gardinenhaus  
Bernhard  
Schwarz  
Wälder, 29  
Blum-Ging.

## Möbel u. Polsterwaren

reell, zu soliden Preisen, empfiehlt  
H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf,  
Richard-Straße 116 (am Denkmal).  
Eigene Werkstatt im Hause. Geegründet 1890.

Anzüge u. Paletots  
nach Maß  
unter Garantie für tadellosten Sitz  
aus prima Stoffresten  
von 28 Mk. an.  
Aug. Löther, Schneidermstr.  
Prinzenstr. 38 I, Belle-Alliancestr. 98 I.

## Kaffeepreise steigen!

minimalen Vorräten . . . . .  
grosser Nachfrage seitens d. Handels u. d. Konsums  
bedenklichen Verkäufen an das Ausland . . . . .  
geringen Ernteegebnissen . . . . .  
Deckungen der Leerverkäufer . . . . .  
Produktionseinschränkung wegen Verlustpreisen  
brasilianischem Valorisationsgesetz . . . . .  
künstlich zurückgehaltener Nachfrage . . . . .  
Eingreifen der amerikanischen Spekulation. . . . .  
Wer sich für die Preisbewegungen an den Produktbörsen  
interessiert, verlange Proestler's Broschüre: „Das Wirt-  
schaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“. Zu be-  
ziehen durch alle Buchhandlungen. Vollständige Aus-  
gabe 3. 2.-, Teil- und Volksausgabe 60 Pfg.

Gesund, nahrhaft u. billig  
alkoholfreies Erfrischungs-Getränk  
**Goldblondchen**  
ausgezeichnet mit Ehrenpreis  
u. goldenen Medaillen  
General-Vertreter: Ernst Krüger, Berlin N.O. Hermannstr. 23.  
Tel. VII. 4770

## Möbel

kauft man am billigsten u. besten  
bei  
**Wilhelm Misch**  
Grosse Frankfurterstr. 45/46.  
Da keine Ladenmiete  
geringe Unkosten  
kleiner Nutzen  
Bar oder Teilzahlung.

## Kinderwagen-Bazar „Baby“

S. Kaliski.  
1. Invalidenstr. 160 a. Brunnenstr.  
2. Brunnenstr. 92, a. Filomenstr.  
3. Chausseestr. 75.  
4. Frankfurterstr. 115, an  
Hahnenstr.  
5. Oranienstr. 31, a. Hahnenstr.  
6. Belle-Alliancestr. 107,  
Gellertstr. 20.  
7. Kleiststr. 21.  
8. Bunsenstr. 18, an Thurmstr.  
9. Spandau, Querstr. 60.  
Auf Wunsch gebührende Rabattabzug  
ohne Preisermäßigung.  
Teilzahlung gestattet, bei gröss-  
eren Kassapreisen.

Fertige Betten  
in nur guter Qualität  
Etand: (1497)  
87.50, 41.00-75.00.

## Anzüge Paletots nach Maß

24, 30 und 38 Mark  
Unter Garantie des tadellosten Sitzes bei peinlichst gewissen-  
hafter Anprobe liefere ich von prima modernen Stoff-  
resten Anzüge u. Paletots nach Maß nur zu obigen Preisen.  
Keinen Zwang zur Abnahme bei  
nicht passendem Sitzen.  
Sonnenschein's Herren-Moden nach Maß.  
Nur Linden-Straße Nr. 95, I. neben der Markthalle.  
Filiale Chausseestraße 54 ist aufgelöst.  
Telephon Amt IV 5197

# Kaufhaus Emil Hoegner Schöneberg

Grunewaldstr. 106  
Ecke Akazienstraße.

Manufakturen, Wäsche, Weiß-, Wollwaren, Herren-  
Artikel, Berufskleidung, Knaben-Anzüge u. -Mützen,  
Mädchenkleider u. -Kopfbedeckungen.  
Man verlange Spärmarken.

# Bettfedern u. Betten

Spezial-Geschäfte.

Bettfedern, das Pfd. u. 6.50 bis 6.- 22.  
Daunen 2.50 10.-  
Betten, der Stund 12.- 120.-  
Steppdecken (Seidenfatta) von 6.- 22. an

Inlette, Bettwäsche, Schlafdecken.  
Eigene Polsterwerkstatt.

H. Schonert,  
Oranienstraße 12 (Ecke Heinrichs-Platz).  
Gleditschstraße 49 (am Winterfeldt-Platz).  
Bettfedern-Dampfreinigung.

Metallbettstellen . . . . . von 5.- 24. an  
Kinderbettstellen . . . . . 7.50  
Vollerbetten . . . . . 6.75  
Vollermatratzen . . . . . 3.75

Kinderwagen (nur Heinrichsplatz).  
Eigene Steppdeckennäheri.

# Gardinen, Stores und Vorhangstoffe. Vorjährige Muster besonders preiswert!

Schlesische Tüll-Gardinen das Fenster v. M. 2,75 bis 20,00  
Spachtel das Fenster v. M. 10,50 bis 37,00  
Erbstüll das Fenster v. M. 10,00 bis 50,00  
Halbstores in Erbstüll u. Ballet das Stück v. M. 6,00 bis 45,00  
Schlesische Tüll-Gardinen das Stück von M. 2,10 bis 10,50  
Spachtel das Stück von M. 6,50 bis 21,00  
Erbstüll das Stück von M. 4,50 bis 60,00  
Bunte Kongress-Vorhänge das Stück von M. 4,00 bis 13,00

Einzelne Fenster und Reste bedeutend unter Preis.

Bettstellen, farbige Betten, Stepp- und Daunendecken.  
Leinen und Wäsche jeder Art.

BERLIN W.,  
Leipziger Str. 20/21.

**F. V. Grünfeld**

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei.

Eigene Werkstätten!



# Möbelfabrik.

Die besten und billigsten

**Wohnungs-Einrichtungen**

kaufen Sie bei

**Julius Apelt, Tischlermeister,**

Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.

Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Los nur 1 Mark.  
Ziehung am 4. Oktober

Schneidemühlener  
Pferde  
**Lotterie**

3007 Gewinne, W. Mark:

**83 000**

4000 Gewinne, W. Mark:

**59 000**

2000 Gewinne, W. Mark:

**24 000**

Hauptgewinn W. Mark:

**10 000**

Loose 1 Mk. 11 nur 10 Mk.

Porto und Liste 20 Pfg.

empfehlen das Geschäftsblatt

**H. C. Kröger**

Berlin SW., Friedrichstr. 250.

Zu haben in allen

Lotteriegeschäften und vielen

Zigarettenhandlungen.

**Unerreicht**

an Güte und Beutler's

Füllkraft sind

echt chinesische

**Mandarinen-Daunen**

Pfund nur 2,50 M.

Ein Versuch führt zur Nach-

bestellung.

**Bettfedern**

doppelt gereinigt und ent-

staubt, daher größte Füllkraft

Pfund 50 Pf. bis 2,50 M.

**Gänsehalsdaunen**

und Daunen

Pfund 2,50 bis 8,00 M.

**Fertige Betten**

großer Stand (Oberbett,

Unterbett, zwei Klassen)

mit haltbarem Inlett

12 M.,

bessere Sorten

15, 20, 25, 30 M.

Hochfeine Brautbetten

40 bis 60 M.

empfehlen das

große Spezial-Geschäft

**L. Beutler,**

BERLIN,

Oranienstr. 8, nahe

Hochbahn, Ecke

Ackerstr. 28, Invalidenstr.

Naanderstr. 29, am der

Schmidstr.

**Reinickendorferstraße 115,**

am Bahnhof Wedding.

**Bettfedern-Dampf-Reinigung**

früher Transport.

Amt IV, 8971. Amt III, 5301.

**\* Neu!** An jedem Gegenstand, an jeder Einrichtung 2 feste Preise, 1 Cassa, 1 Teilzahlungspreis. Auf Wunsch bequemste Zahlungs-Bedingungen.

**Stauen! Stauen! Stauen! Stauen!**

## Staunen in allen Kreisen

erregt die überraschend reichhaltige Auswahl unseres mehrere 1000 Meter grossen Special-Kaufhauses für einfache und vornehme Wohnungs-Einrichtungen. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

**M. Luckhardt Nachf.**  
Spandauerstrasse 36/39, vis-à-vis dem Rathause

**Stauen! Stauen! Stauen!**

Compl. Einrichtungen v. 300-20.000 M.

**M. L. N.**

**Deutsche Bierbrauerei**  
A. = G.  
(Gesamtabsatz 1904/05 unserer Interessengemeinschaft 415 114 Hektoliter)  
empfehlen ihre aus bestem Mals und Hopfen hergestellten Biere

**in Fässern und Flaschen.**

Adresse für Fassbier: **Alt Moabit 60.**  
Telephon: Amt II, 1615 u. 1616.

Adresse für Flaschenbier: **Kaiserin Augusta-Allee 15/16.**  
Telephon: Amt II, 3068.

## Zum Umzuge!

### Vorzugs-Preise

für  
**Teppiche**

Zaaf: Teppiche à 90, 65 und 50 M.  
Salon: Teppiche 65, 40 - 30  
Speise: Teppiche 50, 30 - 25  
Wohn: } Zimmer: Teppiche 35, 25 - 20  
Börren: } Teppiche 25, 18 - 15  
Zosa: } Teppiche 14, 8 - 6  
Bett: } Teppiche 5, 2,50 - 1,25

## Portieren

Plüsch-Portieren } 2 Schals und à 20, 12 und 9 M.  
Zuch-Portieren } ein 15, 10 - 6  
Velvet-Portieren } ein 25, 15 - 10  
Profat-Portieren } zusammen 18, 14 - 12  
Wollfress-Portieren } zusammen 12, 10 - 7,50

Außerdem große Posten zurückgeschicter Steppdecken, Gardinen, Divandeken sowie vorjährige Muster in Stores, Tischdecken, Läuferstoffen; einzelne prima Felle, wollene Schlaf- und Reisdecken sehr zum Umzug zu wirklich fabelhaft billigen Preisen.

## Teppichhaus

# B. Hurwitz

**Rotes Schloß**  
vis-a-vis dem Nationaldenkmal.

Vollständig renoviertes Bad!

## Arkona-Bad 34, Anklamerstr. 34,

gegenüber der Büdnertstraße.  
Alle Sorten Bäder. Annahme sämtlicher Krankenkassen.

### Kaufen Sie nicht

über Möbel, Spiegel, Polsterwaren, bevor Sie die wirklich billige Quelle erachtet haben.

Ich liefere in eigener Werkstatt garantiert dauerhaft gearbeitete

Plüschgarnituren, Prima Bezug . . . 130,00 M.  
Panelsofa mit Säulen . . . 80,00  
Plüschsofas . . . 58,00  
Ruhebetten . . . 24,50  
Kleiderspinden, Vertikows, Trumeaus . . 35,00

Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

**G. Ganslein,**  
Volladenstr. 106, Ecke Landsbergerstraße.

Wöchentlich 1 Mark.  
Klatten-Apparate, Phonogramme,  
Spielböden, Zithern, Saiten, Mandolinen, Handharmonikas, Große Russen- u. Violinen, Noten, Walzen, Zubehörtelle u. Reparaturen billig.

**Huber, N. Demmlerstr. 2,**  
dicht an der Saanenstraße.

**Musik-Spezial-Geschäft.** S., Britzerstr. 10, am Kottb. Tor.

Es kommen täglich im

## Volks-Leihhaus

### Moabit

**Rostockerstr. 34**

1 Treppe,  
2 Minuten vom Bahnhof Rostockerstraße,  
die bei der letzten

**Galvanophone**  
der Fabrik viel billiger  
und besser als im Laden  
Rahmberg, Berlin  
Prenzlauerstr. 42 u. Hof

besonders kräftig.  
Das Hoch-  
spielen mit 30 Pf. franko 6.- M. pr.  
Roman J. M. Gündel, Licht-Königsges.  
i. Thür. Wald. Preisliste gratis.

## Auktion

verfallenen Pfänder sowie sämt-  
liche Arbeiter- und Damen-  
Garderobe

**Spottbilligen Preisen**  
zum Verkauf.

## Wanzen, Schwaben

und Ungeziefer mit  
alles

vertilgt man tödlicher und schnell nur  
einmal mit Von's unerreicht. unersch-  
ütterlichen Spezialmittel. Preis p. Post m.  
Num. 6,50, L., 1,75 u. 3.- M.  
Sitz u. allein empf. nur d. Erf. Finder  
20112\*

## Monats-Anzüge.

Spezialität: Hosen, Anaben-  
und Herren-Anzüge, Herren-  
Paletots, Röcke, Blusen, Betten,  
Bezüge, Wäsche, Steppdecken,  
Eisbetten, Gardinen, Uhren,  
Retten, Ringe, Stiefel

**staunend billig.**

Bis 9 Uhr abends geöffnet.  
Sonntags geöffnet von 7-10 und  
12-2 Uhr. 22602\*

besonders kräftig.  
Das Hoch-  
spielen mit 30 Pf. franko 6.- M. pr.  
Roman J. M. Gündel, Licht-Königsges.  
i. Thür. Wald. Preisliste gratis.

Amid v. Patent. In - a -  
Aut. Verwerf. Finanzier,  
1 Red. Couv. Bedingung  
10-Tu 1-8, Sonnt 11-11.

**Bureau**  
Wolff 2580

## Große Betten u. 10,50

bestehend in Oberbett, Unterbett,  
2 Kissen.

Bessere Ausführung:  
12, 15, 18, 22, 24, 27 M.

**Daunen-Betten**  
30, 33, 36, 42, 45 M.

**Füllkräftige Bettfedern**  
pro Hund 37 Pfennig.

**Mandarinen-Daunen**  
pro Hund 2 M. 25 Pf.

3-4 Ubd. genig. u. grob. Deckbett  
in jeder  
**Gänsefedern** Preisliste.  
Kleider- und Metallbettstellen,  
Matratzen, Kalkissen in größter  
Auswahl.

**Bettfedern- u. Bettenfabrik**  
**E. Becker,**  
Berlin, Landsbergerstr. 41.  
Tel. Amt VIII, 7505.

## Grosso Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)  
mit doppelt gereinigten neuen Bett-  
federn, bessere Sorten 15, 20, 24, 28, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000.

**Gustav Lustig,** Berlin 5,  
Prinzessstr. 44  
Schw. Spezial-Geschäft Zentr. d.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Wenn es eine Partei gibt, die es notwendig hat, endlich einmal auf diesem Gebiete der Kultur eine Stätte zu weihen, zunächst einmal durch ihre Forderungen, dann ist es die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!)

auszeichnet. (Beifall.) So darf ich sagen, daß der Mannheimer Parteitag eingeführt ist in der Geschichte der Partei und der Gewerkschaften als Ausgangspunkt, von dem aus diese beiden gewaltigen Arbeiterorganisationen nunmehr gemeinsam und einig kämpfen müssen, bis das Ziel der Befreiung des Proletariats aus dem Doppelschloß der politischen Rechtslosigkeit und der ökonomischen Unterdrückung erreicht ist. (Stürmischer Beifall.)

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Zettelleber für das öffentliche Aufschlagwesen (Kaud u. Hartmann) haben heute, Sonnabend, die Arbeit einmütig eingestellt. Die Arbeiter, welche ihre Tätigkeit nur des Nachts ausüben, hatten bisher einen Lohn von 25-30 M. pro Woche bei 7 Arbeitsnächten, gleich einem Verdienst von 35% bis 42% Pf. pro Stunde.

Die Firma Conrad Tad u. Cie. sendet uns folgende Zuschrift: Die Nr. 218 Ihrer Zeitung bringt unter „Gewerkschaftliches“ einen Artikel, welcher sich dem Anlasse nach zwar auf die Firma Max Tad in Strausberg bezieht, doch enthält derselbe andererseits aber auch irrtümliche Angaben, an deren Richtigkeit uns aus mehreren Gründen Bedenken sind.

Achtung, Jellusoid- und Gummiarbeiter! In der Jellusoidwarenfabrik von Dr. Hunaser Hannover-Linden haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Affordabzüge von durchschnittlich 20 Proz. die Arbeit niedergelegt.

Deutsches Reich.

Sum neuen Stettiner Gasenarbeiterstreik erfahren wir, daß gestern zwischen einer Abordnung der Verbandsgasenarbeiter und der Direktion der Neuen Dampfer-Kompagnie zwecks Beilegung des Ausstandes bereits Verhandlungen stattgefunden haben, die mehrere Stunden lang dauerten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Köpenicker Viertel.) Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Kolporteur Ludwig Lutz

Bezirks-Wahlverein Waidmannslust. Den Genossen zur Nachricht, daß der in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag vom Abendmahl in den Unterfeld geschlossene Abteilungsleiter, Genosse Adolf Herrmann

Sozialdemokratischer Wahlverein Bezirk Pankow. Todes-Anzeige. Den Genossen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Restaurateur Otto Wolf

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Pianofabrikant Rudolf Scholz,

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! 16232\* Große Haltbarkeit! Geringe Arbeitsleistung! Weltausstellung Grand Prix Paris 1900: St. Louis 1904.

Nach schwerer Krankheit starb gestern unser Genosse Ludwig Lutz. Wir verlieren in ihm einen treuen und gewissenhaften Mitarbeiter.

Karl Kusche (Borsigwalds). Ihre feinem Andenken. Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Nachstehende zur Nachricht, daß der Kollege Otto Wolf,

Am 28. September starb nach kurzem Krankenlager unser Sozialist Rudolf Scholz.

Karl Ehring im 54. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bittet. Die trauernde Witwe Henriette Ehring geb. Wanneke

Allen Freunden, Kollegen, Verwandten und Bekannten herzlichen Dank für die uns zugegangenen Sympathien zu unserer lieben Tochter.

Lese- und Diskutierklub „Süd-Ost“. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse Ludwig Lutz

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Richard Günther

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- u. Zementbranche (Bezirk Charlottenburg).

Rudolf Scholz, im 52. Lebensjahre. Ihre feinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandter Berufsgegn. Filiale Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Franz Radtke

Verl. Max Richter Berlin W. 30. Speyerstr. 27. Über 3000 Exempl. verkauft Die Harnleiden

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler Karl Robert

Danksagung. Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten sowie den Vorgesetzten und Kollegen der Anstaltsfabrik

Michael Woyciak nach langem Krankenlager verstorben ist und am Donnerstag, den 27. September, zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Tischler-Verein zu Berlin E. H. No. 80. Unser Mitglied, Herr Rudolf Scholz

Todes-Anzeige. Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß gestern meine liebe, gute Frau Elise Ziegert

Hygienische Bedarfsartikel. Neues Katalog m. Empfehlung Arzt u. Prof. grad. u. H. Enger, Gummivarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

Dr. Simmel, Praxen Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

Danksagung. Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, des Steinmetz Georg Kwasigroch

Johann Dronski die letzte Ehre erwiesen haben, dem Verband der Tischlermeister und Holzgerber des Reiches in Berlin

Danksagung. Allen Verwandten, Bekannten, insbesondere aber den Kollegen, für die ausrichtige Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Paul Seeger

Dr. Schönemann Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Englischen Unterricht (Übersetzungen), französischen, deutschen Unterricht erteilt G. Swienty-Liebkecht.

# VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 30. September 1906, bei Fritz Wilke, Brunnenstr. 188:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Davidsohn über: „Ursprung u. Ziele der Arbeiterbewegung.“ Anfang 6 Uhr.

Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein.

# Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.

Dienstag, den 2. Oktober, pünktlich 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung in Gebr. Arnolds „Schwarzer Adler“, Franzfurter Chaussee 5.

Tages-Ordnung: 1. Berichtserstattung vom Parteitag in Romsheim. 2. Vereinsangelegenheiten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband. Einsetzer.

Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, bei Bräuner, Engel-Ufer 13:

## Vertrauensmänner-Versammlung.

Die Kollegen von Lesbe & Comp. sind hierzu besonders eingeladen. Der Obmann.

## Bodenleger!

Dienstag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1):

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresabrechnung vom Fonds und Wahl von zwei Kommissionsmitgliedern. 2. Wahl des Vergütungskomitees und Fortsetzung der Diskussion über den Zentral-Arbeitsnachweis. 3. Verschiedenes. Der Kollege Janka ist hierzu eingeladen. Die Kommission.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Allgemeine Versammlung der Drahtarbeiter Berlins u. Umgegend im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 7.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

### Zur Beachtung!

Die Zahlstelle vom Restaurant Linke, bisher Chausseestraße 83, befindet sich jetzt Viefenstr. 3. — Nachgenannte Zahlstellen wurden neu errichtet: Im Restaurant Bethle, Lüchowstraße 7; im Restaurant Fildner, Gormannstraße 89 und im Zigarrengeschäft von F. König, Hennigsdorferstraße 12.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihren neuen Wohnungswechsel unter genauer Angabe der Endnummer sofort im Bureau, Engel-Ufer 15, 1 Treppe, bekannt zu geben. Die Ortsverwaltung.

# Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Zentral-Sessalen“, Alte Jakobstr. 32:

## Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Genossen Ad. Ritter über: „Die Einheitsliste der Arbeiterversicherung“. 3. Diskussion. 4. Die Angelegenheit Lufschle und Hoffmann. 5. Verschiedenes. Recht zahlreicher Besuch der Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 20. Oktober 1906, in Louis Kellers Festsaal, Koppenstr. 29:

# 18. Stiftungs-fest

Unter Mitwirkung von

Korsts Quartettsängern u. Posseensemble. Konzert. Turnerische Aufführungen.

Nach der Vorstellung: Ball. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Billette sind im Bureau und bei den Bezirksvertrauensleuten zu haben. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Das Komitee.

# Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher.

Mittwoch, den 3. Oktober etc., abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:

## Sektionsversammlung d. Lackierer.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen und Kolleginnen! Köhnt für regen Besuch der Versammlung. Die Sektionsleitung.

# 8. Kommunal-Wahlbezirk!

Dienstag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: **Wähler-Versammlung** in Habels Branereiauschanz, Bergmannstr. 5/7.

Tages-Ordnung: 1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie im roten Hause. Referent: Stadtverordn. Dr. Zadek. 2. Freie Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin. Freitag, den 5. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Fensterfrage. 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Aufnahme einer Statistik, welche bezweckt, festzustellen, wieviel Kollegen einer politischen Organisation angehören, und welcher, und welche Tagespresse gehalten wird? 3. Stellungnahme zur Nichtarbeit bei der Firma Strauß u. Neizer. 4. Verschiedenes. Der wichtigen Tages-Ordnung halber ist es notwendig, daß jeder Kollege erscheint. Anfang präzise! Der Vorstand.

# Achtung! Arbeiter der Stadt Berlin und der J. C. G.-A.

Mittwoch, den 3. Oktober 1906, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal von Keller, Koppenstr. 29:

## Oeffentliche Versammlung aller städtisch. Handwerker, Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: Der Etat der Stadt Berlin und unsere Forderungen. Referent: Kollege Emil Wutzky.

Freie Aussprache für jedermann. Der Einberufer: Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Ortsverwaltung Berlin).

# Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72:

III. Vortrag aus dem Zyklus Hundertfünzig Jahre Deutscher Dichtung: „Die Romantiker“. Referent: Wilhelm Holzamer. Gäste willkommen. Der Vorstand.

# Achtung! Rohrer!

Donnerstag, den 4. Oktober 1906, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung** im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a.

Tages-Ordnung: 1. Unsere Lohnbewegung und die weitere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. NB. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Rohrer, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

# Arbeiter-Samariter-Kolonne.

Winterkurs 1906/1907. Der Kurs beginnt in der 1. Abteilung, Dresdenerstr. 45, am 8. Oktober; 2. „ Brunnenstr. 154, am 15. Oktober; 3. „ für Schöneberg und Umgegend bei Ost, Reiningersstr. 8, am 11. Oktober; 4. „ für Lichtenberg und Umgegend bei Viehwagen, Scharnweberstr. 60, am 18. Oktober.

Das Thema des ersten Abends in jeder Abteilung lautet: „Ueber Anatomie (Van des menschlichen Körpers)“ mit Demonstrationen an Bandstücken und Präparaten. Einschreibegeld 25 Pf. Monatsbeitrag 25 Pf. Die Bibliothek steht den Teilnehmern unentgeltlich zur Verfügung. Der Besuch des ersten Abends steht jedem als Gast frei. Die Lehrstunden finden in jeder Abteilung vierzehntägig statt. Beginn derselben 9 Uhr abends. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

# Achtung! Aelter! Achtung!

Sonntag, den 30. dieses Monats: **Morgensprache** bei Krüger, Tahmerstraße 8.

## Orts-Krankenkasse für das Goldschmiedegewerbe zu Berlin.

Kaufbeuren des § 67 des Statuts bringen wir den Mitgliedern und Arbeitgebern hierdurch zur Kenntnis, daß das in der Generalversammlung am 28. April 1906 beschlossene revidierte Statut vom Bezirksauschuss am 11. September 1906 genehmigt ist und tritt mit dem 1. Oktober 1906 in Kraft. 276/4 Berlin, den 28. September 1906. Der Vorstand: E. Davidhäuser, H. Herz, Vorsitzender, Schriftführer.

## Orts-Krankenkasse der Zigarrenmacher, Zigarettenmacher, Zigarrenfortier u. deren gewerbli. Hilfsarbeiter zu Berlin.

Erste Abänderung des Statuts. Laut Verfügung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 22. April 1906 und Beschluß der Generalversammlung vom 29. Juni 1906 sowie Genehmigung des Bezirksauschusses vom 11. September 1906 betragen die ordentlichen Klassenbeiträge von Montag, den 1. Oktober 1906 ab für die Mitglieder der 1. Klasse 60 Pf. 2. „ 60 „ 3. „ 36 „ 4. „ 30 „ 5. „ 24 „ 16745 Der Vorstand: Albert Köhler, Vorsitzender.

Tuche Herrenstoffe Damaststoffe neueste Stoffe für Westen Kost neu Holkonmarkt 12 bei H. & J. Friedlaender am besten! RESTE immer am Lager! Auch Sonntags v. 9-10, 12-2 möglich. Anwesen-Vorlese. Erhalt. Extra-Vergüt.

Gardinen kauft man am billigsten nur direkt in dem seit 40 Jahren bestehenden Gardinen-Spezialgeschäft von Bruno Güther, Grüner Weg 80, partorre. H. STYZE Berlin Charlottenburgerstr. 130 Maschinenbau-Untericht.

# Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 30. September 1906, abends 7 Uhr im „Königstadt-Kasino“, Polymarktstr. 72

Vortrag des Genossen Maurenbrecher über Religion und Priester in der Geschichte. Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Eintritt 20 Pf. Garderobe frei.

# Verband der Isolierer, Steinholzlager und verwandten Berufsgegnossen Deutschlands.

Bureau: Alte Schönhauserstraße No. 20. Abteilung I: Isolierer. Sonntag, den 30. September 1906, nachmittags 2 1/2 Uhr: **Versammlung** bei Patt, Dragowitzerstr. 15. Tagesordnung: Die weiteren Zugeländnisse des Arbeitgeberverbandes und sind dieselben und weitgehend genug? Keiner darf fehlen! Der Vorstand.

# Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. H. No. 2).

Den Mitgliedern des Bezirks III zur Nachricht, daß sich meine Wohnung vom 1. Oktober etc. ab Osterstr. 6 III befindet. Max Zülke.

Auf Teilzahlung!!! Wöchentlich nur 1 Mk. Große Auswahl in Herren- und Damen-Uhren, Standuhren, Freischwinger, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, Stücke, echte Menzshauer Zithern, Phonographen, Plattensprechmaschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc. Verkauf von Platten, echten Edison- u. prima 1 Mk.-Walzen. Jahre & König, Warschauerstr. 72 und Reinickendorferstraße 101

# Möbel und Polsterwaren Th. Knorn, Gerichtstr. 10, am Hochplatz.

Größte Auswahl in kompletten Wohnungseinrichtungen von 300 Mark aufwärts, hunte Küchen schon von 55 Mark an. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Hervorragend preiswerte Haushalt-Artikel

Solange  
Vorrat  
reicht:

# 4 Waggon Emaille, Glas, Steingut u. Porzellan

## Porzellan

|              |                                 |                |
|--------------|---------------------------------|----------------|
|              | Teller tief und flach . . . . . | 10 Pf.         |
|              | Schalentassen m. Untertasse     | 10 Pf.         |
|              | Grosse Tassen m. Untertasse     | 18 Pf.         |
|              | Portionstassen gerippt, dto.    | 20 Pf.         |
| <b>Weiss</b> | Butterdosen . . . . .           | 18 Pf.         |
|              | Terrinen oval . . . . .         | 95 Pf.         |
|              | Kuchenteller . . . . .          | 5 Pf.          |
|              | Kaffeesevice für 1 Person       | 18 Pf.         |
|              | Milchtöpfe . . . . .            | 10, 20, 50 Pf. |

|             |                                  |                |
|-------------|----------------------------------|----------------|
|             | Kaffeesevice für 1 Person        | 98 Pf.         |
|             | Satz Töpfe, 6 Stück . . . . .    | 98 Pf.         |
|             | Satz Töpfe, Vergissmeinnicht,    | 1.95 M.        |
|             | Satz Töpfe, weiss mit Gold,      | 1.95 M.        |
| <b>Bunt</b> | Tassen mit Untertasse            | 18, 25, 28 Pf. |
|             | Eierservice, 7 teilig, . . . . . | 88 Pf.         |
|             | Milchkrüge, gross . . . . .      | 38 Pf.         |
|             | Kaffeetöpfe . . . . .            | 25 Pf.         |
|             | Butterdosen . . . . .            | 48 Pf.         |

Kaffeesevice 9teilig, für 6 Pers. 3.85, 2.95, 1.85 M.

Vorratstonnen weiss mit Gold 58 Pf.

Ein Rest-quantum **Meissner Porzellan** (Zwiebelmuster) ganz bedeutend unter Preis.

## Glas

|  |   |        |
|--|---|--------|
|  | Citronenpressen . . . . .   | 8 Pf.  |
|  | Weissbierpokale . . . . .   | 18 Pf. |
|  | Karlbecher $\frac{2}{3}$ Ltr. $\frac{1}{4}$ Ltr. . . . .            | 10 Pf. |
|  | Buchstabenbecher . . . . .  | 15 Pf. |
|  | Seidel Amerik. od. Ernst, $\frac{1}{4}$ Ltr. u. $\frac{3}{16}$ Ltr. | 18 Pf. |

## Steingut

|  |                                       |         |
|--|---------------------------------------|---------|
|  | Teller, Zwiebelmuster, tief und flach | 10 Pf.  |
|  | Satz Töpfe, Zwiebelmuster             | 1.65 M. |
|  | Gewürztonnen, 6 Stück . . . . .       | 88 Pf.  |
|  | Vorratstonnen, rot abgetönt . . . . . | 38 Pf.  |
|  | Satz Töpfe (4 St.), abgetönt          | 48 Pf.  |

Satz Näpfe (7 Stück) weiss . . . . . 98 Pf.

## Emaille

|  |  |         |
|--|--|---------|
|  | Eimer, weiss, grosse Form, ca. 28 ctm. | 85 Pf.  |
|  | Eimer, . . . . . ca. 80 . . . . .      | 1.00 M. |
|  | Löffelbleche . . . . .                 | 75 Pf.  |
|  | Teller . . . . .                       | 10 Pf.  |
|  | Einzelne Maasse, ca. 1 Liter           | 25 Pf.  |
|  | Kehrschaufeln, aus einem Stück         | 48 Pf.  |
|  | Delft-Eimer la, mit Messingbügel       | 3.50 M. |

## Div. Gebrauchsartikel

Pfund 38 Pfg.

|  |   |         |
|--|---|---------|
|  | Colossal-Wannen, rund                       | 98 Pf.  |
|  | Waschschüsseln m. Seifen-<br>napf           | 50 Pf.  |
|  | Petroleumkannen, 2 Ltr.                     | 88 Pf.  |
|  | Essenträger, gross . . . . .                | 50 Pf.  |
|  | Teigschüsseln, aus einem<br>Stück . . . . . | 1.95 M. |
|  | Schmortöpfe, mit Ring . . . . .             | 58 Pf.  |

## Lampen

|  |  |                |
|--|--|----------------|
|  | Küchenlampen . . . . .                         | 18 Pf.         |
|  | Küchenlampen, 8 linig,<br>gross                | 50 Pf.         |
|  | Tischlampen, mit Eisenfuss,<br>14 lin. . . . . | 1.95 M.        |
|  | Tischlampen, mit Messing-<br>fuss . . . . .    | 3.75 M.        |
|  | Cylinder f. Küchenlampen Dtzd.                 | 10 Pf.         |
|  | Glühstrümpfe . . . . .                         | 25, 15, 10 Pf. |

## Wirtschafts-Artikel

|  |   |          |
|--|---|----------|
|  | Wirtschaftswagen . . . . .                  | 1.75 M.  |
|  | Kehrschaufeln, aus einem<br>Stück           | 28 Pf.   |
|  | Zinkwannen m. Holaboden,<br>Wulst u. Ven il | 12.75 M. |
|  | Kohlenanzünder . . . . .                    | 5 Pf.    |
|  | Solinger Messer Stok. 18,                   | 10 Pf.   |
|  | Solinger Gabeln Stok. 18,                   | 10 Pf.   |

Heizrohre . . . . . 88 Pf.

|  |                            |                |
|--|----------------------------|----------------|
|  | Deckelhalter . . . . .     | 38 Pf.         |
|  | Blech-Kohleneimer, schwarz | 98, 48 Pf.     |
|  | Ausklopfer . . . . .       | 75, 48, 22 Pf. |
|  | Kohlenschaufeln . . . . .  | 15 Pf.         |
|  | Theelöffel . . . . .       | 10, 7, 5 Pf.   |
|  | Esslöffel . . . . .        | 25, 15, 10 Pf. |

## Bürstenwaaren

|  |                                       |        |
|--|---------------------------------------|--------|
|  | Handfeger, grau 48, 28, schwarz       | 98 Pf. |
|  | Haarbesen, grau 75, 48, schwarz 1.65, | 98 Pf. |
|  | Kleiderbürsten 98, 75, 48,            | 25 Pf. |
|  | Schuhbürsten . 75, 48, 38,            | 25 Pf. |
|  | Haarbürsten . . . . . 1.45, 85,       | 45 Pf. |
|  | Wurzel-Handfeger für Teppiche         | 48 Pf. |
|  | Schrubber . . . . .                   | 18 Pf. |
|  | Closebürsten . . . . .                | 38 Pf. |

## Holzwaaren

|  |                                 |                |
|--|---------------------------------|----------------|
|  | Waschbretter . . . . .          | 88, 65, 38 Pf. |
|  | Gewürz-Etagere . . . . .        | 98, 65 Pf.     |
|  | Gr. Putzschranke (statt 11.00)  | 8.85 M.        |
|  | Aermelbretter besogen . . . . . | 45 Pf.         |
|  | Putz- od. Wichskästen 42,       | 25 Pf.         |
|  | Delft-Schlüsselbrett. 95,       | 48 Pf.         |
|  | Eimerspinde . . . . .           | 10.75 M.       |
|  | Toilettepapier-Halter           | 32 Pf.         |

In der Lebensmittel-Abteilung ganz besonders billige Angebote.

# H. Greifenhagen Nachf.

BRUNNEN-STR. 17-18

VETERANEN-STR. 1-2

# Räumungs-Ausverkauf in Gardinen

anerkannt größte Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Gebe außerdem bei jedem Einkauf

**10 Prozent Rabatt!**

**S. Weissenberg, Große Frankfurterstraße 126. Eckhaus Koppenstraße.**

40-41

**Keine Filialen  
am Platze!**

40-41

**Eleg. Paletots**

f. Herbst u. Winter, in mar-  
ngo Cheviot und Eskimo,  
so. l. Farben, nicht der Mode  
unt. rworfen, vornehm aus-  
gestattet, M. 60, 54, 45, 40, 36, 30, 28, 24,

**18**

**Eleg. Paletots**

engl. Charakter, entzückl.  
gemust. rt, anschließend u.  
Glockent. uson, letzte Neuh.  
M. 50, 45, 40, 36, 33, 30, 28,

**24**

Unsere Abteilung für  
Jünglings- und Knabenkleidung  
enthält praktische Paletots,  
Joppen und Anzüge in allen  
Preislagen.

**Gehrock-Anzüge**

aus schwarzem Kam-  
marn, Satin und Tuch-  
kammarn, erprobte  
Qualitäten, eleg. verarb.  
und ausgestattet, M. 60, 50, 45, 40, 36, 30,

**28**

**Rock-Anzüge**

in schwarz und gemustert,  
letzte in engl. Dessins,  
sämtl. Nähte dopp. gesteppt  
mit zweireihigen Westen  
M. 52, 45, 42, 40, 36, 33, 30,

**28**

**Jackett-Anzüge**

aus blau Cheviot (farb-  
echt) od. engl. gemust. in  
50 modern. Dessins, vorn.  
Herstellung (a. Glockenf.)  
M. 55, 50, 48, 45, 42, 36, 30, 28,

**18**

**Joppen**

für Herbst u. Winter, aus Cheviot,  
Diagonal od. Loden (bayr. Erzeugn.)  
warm gefüt., kleidsame geschloss.  
Fassons, M. 24, 21, 18, 16, 13, 10,

**8.50**

**Für starke Herren**

haben wir stets passende  
Kleidungsstücke am Lager

**Maßanfertigung**

aus modernen erprobten Stoffen  
Garantiert tadellos sitzend,  
zu wenig erhöhten Lagerpreisen.

**Heitinger & Co.**

Deutsche Compagnie

Oranienstr. 40/41.

Streng feste Preise auf jeden  
Gegenstand in Zahlen aufgedruckt.

## Geschäfts-Eröffnung!

Einer werten Kundschaft von

**Köpenick und Umgegend**

die ergebene Mitteilung, daß ich in meinem Hause

**Berlinerstr. 2**

ein

**Kaufhaus**

für

1606b

**Manufakturwaren, Konfektion,**

**≡ Kurzwaren und Damenputz ≡**

eröffnen werde und es wird mein Bestreben sein, meine  
werte Kundschaft zuvorkommend und preiswert zu bedienen.

Ich habe keinerlei Lager von dem früheren Warenhaus  
Anker übernommen und sind sämtliche Waren neu eingekauft.

Indem ich bei Bedarf mich bestens empfehle, zeichne ich  
Hochachtungsvoll

**Felix Prinz, Kaufhaus Anker.**

Geschäftseröffnung: Montag, 1. Oktober, morgens 9 Uhr.

Am Eröffnungstage erlaube ich mir beim  
Einkaufe von 1,50 M. einen brauchbaren,  
hübschen Gegenstand als Präsent zu  
geben.

# Total-Auflösung.

Montag, 1. Oktober, beginnt

der vollständige, reelle Ausverkauf der Firma

**M. SCHNEIDER & Cie.**

Spittel-Markt 11.

PSEZIAL-KAUFHAUS

Ecke Kurstraße.

**Blusen**

für schwarze und farbige Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Leinen- und Baum-  
wollwaren, fertige Wäsche, Trikotagen, Unterröcke, Schürzen, Korsetts,  
Gardinen, Portieren, Teppiche, Läufer, Tisch-, Stepp-, Schlaf- und Bettdecken.

**Kostümröcke**



Partei-Angelegenheiten.

Zur Einschätzung in die Urwählerlisten, die, wie gestern veröffentlicht, in den Turnhallen von 14 verschiedenen Gemeindefürsorgeämtern am Sonntag, Montag und Dienstag ausliegen, haben sich noch folgende Genossen bereit erklärt: Wirth, Auguststr. 51; Wittchow, Elberstr. 68; Wieje, Luisenstr. 20; Suerbis, Luisenstr. 20.

Aufmerksam gemacht sei ausdrücklich, daß Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen in den 14 Lokalen schriftlich angebracht werden können, außerdem aber auch schriftlich im Wahlbureau, Poststr. 16. Möge jeder Wähler des dritten Berliner Landtagswahlkreises — auch derjenige, der nicht zu wählen hat — die Liste einsehen bzw. einsehen lassen. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Zweiter Wahlkreis. Für den 8. Kommunalwahlbezirk findet am Dienstag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, eine Wählerversammlung statt, in der Stadtvorsteher Dr. Jodel über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie im roten Hause“ sprechen wird. Freie Diskussion. Ausstellung eines Kandidaten.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. Steglitz. Am Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Stellungnahme zur Gemeindevahl im II. Bezirk; Ausstellung des Kandidaten. 3. Die Gesangsvereine von Steglitz und der „Totenkopf“. 4. Verschiedenes.

Tempelhof. Dienstag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bei Müller, Berlinerstr. 41-42, hält Genosse Grünwald den letzten Vortrag über das Erfurter Parteiprogramm. Die beteiligten Genossen werden ermahnt, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Frei-Budow. Dienstag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Generalversammlung des Wahlvereins bei Weniger, Werderstr. 28. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion über den Parteitag. 3. Vereinsangelegenheiten. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Tegel, Waidmannslust, Reinickendorf-West. Am Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in Tegel, „Restaurant „Gesellschaft“, Inhaber Julius Klippenstein, Spandauerstr. 4, eine kombinierte Mitgliederversammlung der drei Wahlvereine statt. Tagesordnung: 1. Die stellen wir uns zu der in Aussicht genommenen Gründung einer Handelsgesellschaft zwecks Betriebes des „Vorwärts“. 2. Expeditionsangelegenheit. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch ist unbedingt nötig. Die Zeitungskommission.

Konow-Neuendorf. Heute vormittag von 9-12 Uhr werden in den bekannten Lokalen Beiträge und Neuaufnahmen für den sozialdemokratischen Wahlverein entgegengenommen. Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins bei Schmidt, Wilhelmstr. 3. Tagesordnung: Geschäftliches. Ausstellung der Kandidaten zu den bevorstehenden Gemeindevahlen. Verschiedenes. Genossen, da dieser bevorstehende Wahlkampf wohl einer der schärfsten sein wird, der hier je geführt worden ist, ist es notwendig, daß in dieser Versammlung jedes Mitglied erscheint, um von allem informiert zu sein und seine ganze Kraft für unseren Sieg einzusetzen. Der Vorstand.

Heesen. Am heutigen Sonntag findet im Gasthof „Zur Palme“ (Inhaber Paul Ferend) eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Walle-Berlin über die neuesten Steuern und die Aufgaben des arbeitenden Volkes sprechen wird. Nach der Volksversammlung findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Grünwald. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 2. Oktober 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn W. Heinrich in Hanke's Abloge statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Walter. 2. Vorstandswahl. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Es ist Pflicht jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Für die Landtags-Erwahl im dritten Berliner Wahlkreise wurden die Termine der Urwahlen in der Magistrats-Sitzung wie folgt festgesetzt: Es wählt die 3. Abteilung am 6. November d. J. von vormittags 11 bis abends 7 Uhr, die 2. Abteilung am 7. November von vormittags 11 bis nachmittags 5 Uhr, die 1. Abteilung am 7. November von 5-7 Uhr nachmittags. In denjenigen Abteilungen, in denen über 500 Wähler in Frage kommen, werden besondere Gruppen gebildet werden.

Dreißigtausend Personen, Mitglieder von Vereinen und Verbänden, haben in den letzten 14 Tagen das Rudolf Virchow-Krankenhaus besucht. Am Freitag beschäftigten mehrere tausend unbesoldete Gemeindefürsorgebeamte die Anstalt. Für heute und morgen, wo jedermann das Krankenhaus besichtigen kann, wird ein noch größerer Besuch erwartet.

Verteilung von Omnibuslinien. Drei wichtige Omnibuslinien müssen wegen des Baues der U-Bahn auf dem Spittelmarkt verlegt werden. Vor allem haben die Endhaltestellen von zwei auf dem Platz endigenden Linien eine andere Stelle gefunden. Bei Linie 16 Goltzstraße-Spittelmarkt ist sie nach dem Dönhofsplatz an die Ecke der Kommandantenstraße verlegt worden. Die Linie 2 Mettelbachplatz-Spittelmarkt fährt jetzt vom Spittelmarkt weiter über die Gertraudenbrücke bis zum Petriplatz, wo sich jetzt die Haltestelle befindet. Abgelenkt wurde endlich die Linie 31 Schleifische Brücke-Hausdoberplatz. Diese geht nicht mehr durch die Neue Köh- und Neue Jakobstraße, sondern durch die Schudel- und Alte Jakobstraße zur Neuen Jakobstraße.

Gegen die Beerdigungen an Sonntagen hat eine Versammlung von Reichstagsmitgliedern, Reichstagsparlamentarier und Friedhofarbeitern Stellung genommen. Nach einem durch die Presse gehenden Bericht hätten die kirchlichen Behörden der evangelischen und katholischen Berliner Gemeinden den Bestrebungen in dieser Richtung alle Unterstützung zugesichert. Die apostolische Gemeinde hätte sich schon bereit erklärt, versuchsweise vom 1. Oktober ab die Sonntagsbeerdigungen aufzugeben, bezw. sie nur in dringenden Fällen bis 10 Uhr mittags zuzulassen. Die in der Versammlung anwesenden Vertreter der evangelischen und katholischen Geistlichkeit sprachen sich in der Diskussion gleichfalls für die Aufhebung der Sonntagsbeerdigungen aus. Man will in dieser Angelegenheit weitere Schritte unternehmen, am möglichst bald die Sonntagsruhe zu erreichen. Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Sonntagstruhen in Beerdigungswesen für wünschenswert erklärt und vorläufig wenigstens die Beschränkung der Sonntagsbeerdigungen auf die Zeit bis 10 Uhr vormittags als notwendig bezeichnet wird.

Die Versammlung, um die es sich hier handelt, war einberufen vom Verband der christlichen Hilfs- und Transportarbeiter. In dieser Versammlung soll nach der „Post“ der Prediger Franke von der Hönigschilde darauf hingewiesen haben, sich zur Erreichung des Zieles mit den Sozialdemokraten zu verbünden, falls wohl heißen mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht. Das wird Herr Franke von seinen Amtsbrüdern und von der „Post“ böse angekreidet. In einer Notiz der „Post“ über „Liberaler Geistliche und Sozialdemokratie“ heißt es bezüglich des Rates des Pastors Franke:

„Die Neumann wird diesen Rat energisch zurück und bekräftigt es, daß die Arbeiter sich auch in christlichen Gewerkschaften organisiert haben. Pastor Wetterbo bemerkte noch: Es sei ihm die Schamröte ins Gesicht gestiegen, als er hörte, daß ein

evangelischer Geistlicher es fertig bringt, christlich organisierten Arbeitern zu raten, sie möchten sich mit den Sozialdemokraten verbünden, um von ihrer Kirche die Erfüllung einer so gerechten Forderung zu erlangen. Prediger Franke gab im weiteren Verlaufe der Verhandlungen die charakteristische Erklärung ab: Nur wenn die Arbeiter nachweisen, daß sie bei ihrem Vorgehen auch das Einverständnis der sozialdemokratischen Arbeiter haben (die jedoch dagegen sind!), werde der Gemeindefürsorge Rat von Zion für die Sache eintreten, sonst nicht. Wie der Prediger Franke sonst noch aufgetreten sein mag, läßt der Umstand erkennen, daß er von einfachen Arbeitern „wegen unparlamentarischen Benehmens“ einen Ordnungsruf einstecken mußte. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß ein evangelischer Geistlicher in solcher Weise als Zutreiber der Arbeiter zur Sozialdemokratie wirkt.“

Nach dieser Darstellung mag dem Herrn Franke in der Versammlung löse mitgespielt worden sein. Und bloß deswegen, weil er glaubte, die kirchlichen Herren würden der modernen Arbeiterbewegung Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die Arbeiter haben diesen Glauben längst nicht mehr, vielmehr kommen diejenigen, die den christlichen Gewerkschaften nachlaufen und so nur die Arbeiterbewegung zersplittern, auch bald dahinter.

Im Kinderhause, Blumenstraße 78, findet im Monat Oktober wöchentlich einmal unentgeltlicher Unterricht in der Säuglingspflege für unbedeutende Frauen und Mädchen statt. Anmeldungen hierzu Mittwoch, den 3. Oktober, von 2-4 Uhr, Blumenstraße 78, Hof rechts parterre.

Eine Protestversammlung der Berliner Droschkenbesitzer tagte Freitag abend auf Einladung des Hochvereins der Droschkenbesitzer im „Rosenbaler Hof“, Rosenbalerstraße, um Stellung zu nehmen gegen den ablehnenden Bescheid der drei preussischen Minister auf die Beschwerden gegen die Droschkenordnung. Der Vorsitzende des Verbandes der Fuhrwerksbesitzervereine Joh. Siren führte aus, der ministerielle Bescheid verleihe eine völlige Unkenntnis der Verhältnisse des Berliner Droschkenwesens. Bedauerlich sei, daß sich die Minister augenscheinlich nur einseitig bei dem an der Spitze beteiligten Polizeipräsidenten über den Gegenstand informiert hätten, während den Vertretern des Berliner Droschkenwesens die beim Minister des Innern nachgeführte Audienz nicht gewährt wurde. Neben den vielen anderen Unrichtigkeiten des ministeriellen Bescheides sei es vor allem ganz unverständlich, wie von einer „wohlwollenden“ Handhabung der neuen Droschkenordnung gesprochen werden könne, während die Droschkenführer nur so mit Strafmandaten wegen der neuen Ordnung überhäuft werden. Spielweise mußte ein Droschkenführer hohe Strafen bezahlen, weil er seine Uniform nicht trug, als er außerhalb des Dienstes seine Droschke zu einem Schmier- oder Reparatur fuhr. Um die Minister auf das Unzutreffende ihrer Darlegungen hinzuweisen, werde man jetzt einige Fälle von rigorosen Bestrafungen zu ihrer Kenntnis bringen. In der lebhaftesten Aussprache wurde von den Rednern reiches Material in dieser Richtung geliefert. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es heißt:

„Die heutige Versammlung Berliner Droschkenbesitzer kann die Ausführungen in dem ablehnenden Bescheid der drei Minister als zutreffend nicht anerkennen. Die Vertreter des Droschkenwesens sind zwar vor der Schaffung der neuen Droschkenordnung gehört, ihre Wünsche sind aber in keiner Weise erfüllt worden. Auf die Sperrung des Rotdamer Platzes, über die die Interessenten überhaupt nicht gehört wurden, ist in dem Bescheid leider gar nicht eingegangen worden, ebensowenig auf die Beschwerden wegen der hohen Polizeistrafen. Die Versammlung beschließt, das Material in dieser Richtung zu sammeln und dem Verbandsvorstand zur weiteren Verwendung zu überweisen.“

Neue Raubpostorte. Die Ortsbriefpost ist auf eine Reihe von benachbarten Postorten ausgedehnt worden, über die das Reichspostamt einen 13. Nachtrag zum Verzeichnis der Raubpostorte mit gemeinsamer Ortsbriefpost verfügt hat. In Groß-Berlin kommt Hohenschönhausen bei Berlin. Die Ortsbriefpost umfaßt hier jetzt Vaukschulenberg, Berlin, Vorhagen-Kümmelsburg, Brih, Charlottenburg, Friedenau, Friedrichsfelde, Groß-Lichterfelde, Grünwald, Halensee, Heinersdorf, Hohenschönhausen, Lantwit, Lichtenberg, Mariendorf, Neu-Lichtenberg, Niederschönhausen, Ronnendamm, Parlow, Pöhlensee, Reinickendorf Ost und West, Rigdort, Schmargendorf, Schöneberg, Steglitz, Stralau, Süden, Tempelhof, Treptow, Wilmersdorf, Westend, Wilmersberg sowie Wilmersdorf. Mit Kiel hat Süddorf (Holstein) gemeinsame Ortsbriefpost erhalten. Bereinigt sind ferner Mainz mit Brehenheim (Rheinbecken), Dießhöfen mit Antonienhütte, Friedrichs-Wilhelms-Hütte (Steg) mit Treldorf. Die Ortsliste bezieht sich freilich nur noch auf geschlossene Briefe, die bis 20 Gramm 5 Pf. kosten.

Unfälle im Straßenverkehr. Die große Zehe des linken Fußes abgehauen wurde Freitag nachmittag dem Bauarbeiter Wehke, als er in der Müllerstraße den Fahrdamm überschreiten wollte. A. blieb auf dem Fahrdamm stehen, um einen Arbeitswagen vorbeifahren zu lassen und stellte dabei den linken Fuß darauf in die Fahrspur des Gefährtes, daß ihm das Hinterrad über die Zehe hinwegging. Hierbei wurden ihm die Knochen der großen Zehe total zerquetscht. Der Verunglückte wurde nach dem Paul Gerhardt-Stift übergeführt. — Zwei verunglückte Kinder wurden gestern nachmittags resp. abend in das Krankenhaus Roabit eingeliefert. Die zehnjährige Schülerin Luise Starck, Lüderstraße 27, wurde beim Uberschreiten des Fahrdammes an der Ecke der Lüder- und Birkenstraße von einem Raubfahrer überfahren. Wegen 7 Uhr geriet der sechsjährige Schüler Willi Sälzge beim Spielen vor dem elterlichen Hause Birkenstraße 67 auf den Fahrdamm und lief gegen das Pferd eines vorbeifahrenden Räderer Wägenwagens. Er wurde überfahren und erlitt schwere innere Verletzungen. — Mit abgerissenen rechten Ohr wurde gestern nachmittag der sechsjährige Ernst Lehmann aus der Siegfriedstraße 4 in das Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert. Der Knabe war beim Uberschreiten des Fahrdammes des genannten Strahenzuges gegen einen Straßenbahnwagen der Linie II gerannt und niedergeschleudert worden. Dem Knaben wurde hierbei die rechte Ohrmuschel abgerissen; außerdem erlitt er einen Bruch des rechten Schläfens und des rechten Oberschenkels sowie Verletzungen am rechten Fuße und am Gesicht.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einer Droschke erfolgte gestern abend an der Ecke der Leipziger- und Wilhelmstraße. Als die Taximeterdroschke Nr. 4504, die von dem kaiserlichen Wilhelm Müller, Emdenerstraße 11, geführt wurde, von der Leipzigerstraße in die Wilhelmstraße einbog, kam ein Privatautomobil entgegen und stieß mit der Droschke zusammen. Die Karabollage erfolgte mit solcher Gewalt, daß der Taximeter vollständig zertrümmert und R. auf die Straße geschleudert wurde. Er stürzte unter sein eigenes Pferd und wurde mit einer schweren Kopfverletzung und anscheinend auch inneren Verletzungen nach der Rettungswache in der Rauerstraße gebracht.

Feuer im Palais des Prinzen Albrecht von Preußen alarmierte gestern (Sonntag) abend 9 1/2 Uhr ein großes Löschaufgebot der Wehr nach der Wilhelm- und Königgräberstraße. Als der neunste Zug von der nahen Wache am Hofenplatz als erster eintraf, stand der Dachstuhl des mitten im Park belagerten Parkalls in Flammen. Der leitende Offizier ließ daher sofort eine Dampfmaschine in Tätigkeit treten. Innerhalb einer halben Stunde war dann jede Gefahr beseitigt. Der Dachstuhl ist indes zu einem großen Teil zerstört. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist noch nichts Sicheres festgestellt. Pferde sind nicht zu Schaden gekommen.

Arbeiterbildungsschule Berlin. Heute abend 7 Uhr im Königstadtkasino, Holzmarktstr. 72, Vortrag des Genossen Mauren-

brecher über: „Religion und Priester in der Geschichte“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Arbeiter-Samariterkassone. In unseren vier Abteilungen beginnen im Oktober unsere bekannten Kurse zur Ausbildung in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen. Wir ermahnen alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche sich dafür interessieren, daran teilzunehmen. Der Kursus beginnt in jeder Abteilung mit einem Vortrage über Anatomie, dem sich weitere Vorträge über die verschiedensten Verletzungen und Erkrankungen anschließen. Nach jedem Vortrage finden Verbandübungen statt. Außerdem steht den Mitschauern die Bibliothek zur Verfügung. Ueber Beginn der Kurse siehe Inserat in der heutigen Nummer. Wer einen Lehrplan wünscht, wende sich an E. Stein, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40.

Der Große Preis von Europa. Im Sportpark Steglitz findet am heutigen Sonntage das schon mehrmals verschobene große 100 Kilometer-Rennen statt.

Ueber Vollen, Blise und andere Erscheinungen in unserer Atmosphäre spricht Herr Direktor Ardenhold am Sonntag, den 30. September, nachmittags 5 Uhr, in einem Vortrage auf der Treptow-Sternwarte, abends 7 Uhr über „Das Leben im Weltall“. Für Anfänger hält Direktor Ardenhold am Montag, den 1. Oktober, abends 9 Uhr, einen Vortrag über die „Erste Orientierung am Himmel mit praktischen Übungen“. Alle drei Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. — Mit dem großen Fernrohr wird während der ganzen Woche nachmittags die Sonne und abends der Mond beobachtet. — Gleichzeitig machen wir höflichst darauf aufmerksam, daß die Treptow-Sternwarte wie alljährlich im Winterhalbjahr von 2-10 Uhr abends geöffnet ist.

Berliner Aquarium. Der Eintrittspreis beträgt heute am letzten Sonntag im Monat nur 25 Pf. pro Person.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania zeigt der neueste Lichtbildervortrag: „Die Rosellande und ihr Weibau“ Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart dieses sagenreichen gesegneten Stromes, die in reicher Fülle an dem Beschauer vorüberziehen und ein Stückchen wunderbarer Roseltromantik wieder zum Leben erwecken.

Feuerwehrbericht. Ein gefährlicher Brand, dem drei Pferde zum Opfer gefallen sind, kam gestern früh um 5 Uhr in der Elbingerstraße 44 aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Bei Ankunft der von mehreren Seiten alarmierten Feuerwehr fanden sich schon mehrere Stellungen in Flammen. Zwei Pferde waren bereits erstickt. Ein Pferd, das in einem Stalle allein stand, verbrannte vor den Augen der Feuerwehr. Das Tier, ein hübscher Fuchs, steckte den Kopf direkt durch eine schon brennende Holzwand in die Flammen, und im Ra. noch bevor die Wehr Wasser geben konnte, brannte der Kopf. Vom Schmerz gepeinigt schlug das Pferd hinten und vorn aus, wälzte sich und war nicht mehr zu retten. Es ist vollständig verkohlt. Im Nebenstall fand die Wehr zwei Pferde, die erstickt waren, ferner Kaninchen, junge Hühner und Tauben. Ein nebenliegender Schuppen ist niedergebrannt. Wäre die Feuerwehr eine Minute früher zur Stelle gewesen, hätte das Unglück vermieden werden können. Der Brand beweist, wie notwendig die Errichtung der dort im Bau begriffenen Feuerwache ist. Nicht weit davon, in der Marienburgerstraße 32, mußte der erste Zug ein Feuer löschen, das im Keller ausgekommen war und ein Holzlager ergriffen hatte. In der Wilhelmstraße 105 hatte der zweite Zug zu tun; dort brannte Terpentinöl in einem Fassetbauge. Zwei Zimmerbrände beschäftigten die Wehr in der Kremmerstraße 6 und Schornhorststraße 7. Gardinen und Möbel brannten Bernauerstraße 34 und an anderen Stellen. Durch die Entflammung von Wolle in einem Trockenraum kam in der Prinzenallee 78 Feuer aus, und durch die Explosion einer Lampe gerieten in der Rühlentstraße 60a Betten in Brand. Brennmaterialien, Kisten usw. wurden in der Jagowstraße 15 und Koloniestraße 140 ein Raub der Flammen. Wegen eines Wohnungsbrandes erfolgte ein Alarm nach der Adolfsstraße 26 und wegen eines Küchenbrandes nach der Reußelstraße 20. Außerdem rückte die Wehr noch nach der Mauerstraße 93 und anderen Stellen aus.

Vorort-Nachrichten.

Die Sozialdemokratenjagd bei Stolpe.

die in der Nacht vom vergangenen Sonnabend zum Sonntag von dortigen Genossen vorgenommen wurde und bei welcher der Zimmerer Adolf Hermann einen Schuß in den Unterleib erhielt, hat ihr Opfer gefordert. In der Charité ist Hermann seinen Verletzungen erlegen. In Hermann verlieren unsere Genossen in Hohenneudorf einen braven Parteigenossen. Seit vier Jahren war Hermann Abteilungsführer für Hohenneudorf und Stolpe und als solcher bemüht, nach jeder Richtung hin für die Ausbreitung unserer Ideen zu wirken und die Mitgliederzahl der politischen Organisation zu vergrößern. Das ist ihm auch erfreulicherweise gelungen.

Hermann ist unmittelbar nach Beendigung seiner Parteitätigkeit von einem ihm verfolgenden Gendarm angepöbele worden. Er kam vorigen Sonnabend von einem Jahlabend, den er im Vergemeinschaften Lokal in Stolpe abgehalten hatte. Dieses Vergemeinschaften Lokal wird schon lange von der Polizei ganz besonders aufs Korn genommen und Anzeigen auf Anzeigen wechseln miteinander ab. Desterd mußte das Schöffengericht den Besitzer des Lokals freisprechen und den Gendarmen, die Anzeige erstattet hatten, nahelegen, ihren Eifer etwas zu zügeln. Das müßte aber nicht viel. Vor wie nach sieht die Polizei dem Besitzer dieses Lokals auf dem Raden. Die Polizei hat immer Zeit, wenn es gilt, der Arbeiterbewegung Schwierigkeiten zu machen; diese Seite ihrer Tätigkeit scheint ihr besonders auf dem Lande Hauptsache zu sein. Und so muß wohl auch an dem vorigen Sonnabend die Polizei nichts besseres zu tun gehabt haben, als auf das Vergemeinschaften Lokal zu achten und genau aufzupassen, wann die Genossen, die von Hohenneudorf gekommen waren, ihren Heimweg antraten. Bei dieser Gelegenheit passierte der Vorfall, bei dem nunmehr ein ruhiger, nüchternen Arbeiter sein Leben eingebüßt hat. Die Genossen, die ihn kannten, werden sein Andenken in Ehren halten.

Wenn die Beerdigung stattfindet, wird noch bekanntgegeben werden.

Charlottenburg.

Verein Freier Kindergärten. Am 1. Oktober siedelt der Kindergarten in die neuen größeren Räume über, welche in demselben Hause, Trauhofstr. 13, zu ebener Erde gelegen sind. Er wird wie bisher vormittags von 8-1 Uhr und nachmittags von 3-6 Uhr für vor- und nachmittägliche Kinder geöffnet sein, des nachmittags aber auch schulpflichtige Kinder zur Beschäftigung der Schularbeiten, Spiel und Handfertigkeitsübungen aufnehmen. Anmeldungen von Kindern und Beitrittserklärungen zum Verein werden im Kindergarten entgegen genommen.

Der nächste Elternabend findet Ende Oktober statt. Der Kinderarzt Herr Dr. Vorhardt wird an ihm einen Vortrag über „Anstehende Kinderkrankheiten und ihre Verhütung“ halten.

Freie Volkshöhle Charlottenburg. Die nächste Vorstellung findet am Sonnabend, 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Schillertheater N. statt. Gespielt wird eines der bemerkens-

Besten Stücke der modernen Literatur, das Schiffsdrama „Die Hoffnung auf Segen“ von J. Heijermans jr., welches für Arbeiterkreise schon wegen seines sozialen Gehaltes von besonderem Interesse ist. — Diese Vorstellung wird am 20. Oktober wiederholt, und hierzu wird eine beschränkte Anzahl von Gastkarten à 80 Pf. in den Hauptstellen verkauft. Auch neu-eintretende Mitglieder können nur in der zweiten Abstellung Platz finden. Die Gastkarten sind vom 5. Oktober an erhältlich. Alle Mitglieder müssen spätestens Freitag, den 12. Oktober, geklebt haben. Für ausreichende Freizeitlegenheit mit den Linien V und Q wird an beiden Tagen gesorgt sein; die Extravagen verkehren zwischen 6% und 7% in der Wilhelmsdorferstraße und auf dem Wilhelmplatz.

Die von dem Charlottenburger Magistrat beim Kultusminister eingelegte Beschwerde wegen Nichtgenehmigung des zum Mitglied der Schuldeputation gewählten Stadtverordneten Dr. Penzig ist zurückgewiesen und die Ablehnung der Bezirksregierung als berechtigt anerkannt worden.

**Schöneberg.**

Die Genossen, welche noch im Besitz von Sammelkarten der Steinbrücker und Lithographen sind, werden ersucht, dieselben umgehend abzugeben. Die Adresse des Obmanns der Gewerkschaftskommission ist vom 1. Oktober: Karl Henkel, Kasernenstr. 20, Seitenflügel 4 Treppen. Alle Anfragen in gewerkschaftlicher Beziehung sind an denselben zu richten.

Der Ausschuss der Schöneberger Gewerkschaftskommission.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am gestrigen Nachmittage. In der Kolonnenstraße lief der siebenjährige Sohn des Stallmannes Lehmann aus der Siegfriedstr. 4 gegen einen Motorwagen des Kupferingens und geriet so unglücklich unter die Plattform, daß zu seiner Befreiung der schwere Wagon hochgehoben werden mußte. Das rechte Ohr war dem bedauernswerten Kinde abgerissen worden und außerdem hatte es Ober- und Unterkieferbrüche davongetragen. In bedenklichem Zustande liegt der Knabe jetzt in der Klinik in der Herberichstraße daneben.

**Groß-Lichterfelde.**

Die Gemeindevertretung erledigte in ihrer letzten Sitzung einige kleinere Vorlagen betr. das neue Ortsstatut für die Anlage von Straßen und Plätzen, die Pflasterung der Bräderstraße und bewilligte eine kleine Summe zur Förderung des Handfertigkeitsunterrichts in den Gemeindefschulen. Der Referent über den letzten Punkt verzog nicht, die Teilnehmer an diesem Handfertigkeitsunterricht den Arbeiterkindern als eine „Wohltat“ anzukreiden, die vorläufig nur einer kleineren Anzahl von Schülern unter bestimmten Voraussetzungen erteilt werden soll. Die Errichtung einer Oberlehrer- und zweier ordentlichen Lehrerstellen an der Krahmerschen höheren Mädchenschule gab Veranlassung zu einer gedehnten und zeitweilig etwas lebhaften Debatte. Diese Krahmersche höhere Mädchenschule war früher Privatinstitut und ist vor etlichen Jahren in den Besitz der Gemeinde übergegangen, die für diese Lehranstalt im Interesse der Bevölkerung, der bestehenden natürlich schon etliche Stangen Goldes aufgewendet hat. Früher waren hauptsächlich weibliche Lehrkräfte dort angestellt. Von dem Augenblick an, als die preussische Regierung kompetenten Einfluß und das unmittelbare Aufsichtsrecht über diese Schule bekam, drang sie darauf, daß die weiblichen Lehrkräfte befreit und an deren Stelle männliche kommen sollten. Die

Befehung der Lehrkräfte mit männlichen Lehrern steht aber insofern auf Schwierigkeiten, als solche infolge Lehrermangels und noch mehr infolge des Umstandes, daß eine 66-jährige Dame, Kräulein Krahmer, die Vorbesitzerin der Schule, das Exzepter als Vorsteherin schwingt, das starke Geschlecht wenig Neigung zeigt, sich dort anzustellen zu lassen. In der Diskussion wandte sich Professor Kähler gegen die Regierung, die der Gemeinde neue Bedingungen bezüglich der Anstellung der Lehrkräfte aufzwingen wolle. Dagegen müsse Protest erhoben werden. Schöffe Lengner betonte, daß in der Krahmerschen Schule bedenkliche Zustände sich herausgebildet hätten, daß sie den modernen Ansprüchen der Pädagogik nicht entspreche und daß unter den „höheren Mädchen“ eine Disziplinlosigkeit sondergleichen eingegriffen sei. Dafür sei die jetzige Leitung verantwortlich zu machen, die auf die Dauer nicht bleiben könne. Von einigen anderen Rednern wurde dies bestritten, nur der Gemeindevorsteher feierte in den höchsten Superlativen Weisheit, Tugend und Umsicht der leitenden Dame. Er brachte eine diesbezügliche Resolution ein, die aber abgelehnt wurde, ebenso eine solche des Schöffen Dr. Domino, die nach dem Lobe gar zu sehr auf die leidende Schürer anspielte. Es war gar zu taktvoll darauf hingewiesen, daß die jetzige Leiterin den Stein des Anstoßes bilde und ihretwegen die Gemeinde keine männlichen Lehrer bekommen könne. Schließlich erfolgte die Bewilligung der Mittel — 8275 Mark — für die verlangten Lehrkräfte.

**Nieder-Schönhausen.**

Über „Darwinismus und Sozialismus“ referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Dittmer. In die Zeitungskommission wurde Genosse Raefchagen gewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zu lebhafter Agitation für Organisation und Presse auf, desgleichen ersuchte er um starke Beteiligung bei der im Oktober stattfindenden Flugblattverbreitung.

**Tege.**

Selbstmord verübte die achtzehnjährige unberechnete Anna Falkenberg aus Weihenfeld, die seit mehreren Tagen als verschwunden gemeldet worden ist. Am Donnerstag wurden am Ufer des Tegeler Sees an der Tegeler Forstseite verschiedene Kleidungsstücke, Schirm ein Damenjackett und Hut aufgefunden, welche als bald als Eigentum der vermißten A. erkannt wurden. Gestern nachmittag wurde die Leiche des Mädchens, etwa zweihundert Meter vom Ufer entfernt, in der Nähe der Insel Scharfenberg entdeckt und gelandet. Am Mittwoch war die Leihensmüde noch in Tegele beobachtet worden, wo sie durch ihr schüchtern Wesen auffiel.

In einer begreiflichen Empörung befinden sich eine Anzahl armer Eltern, deren Kinder für die diesjährige Michaeliskonfirmation gemeldet waren und die auch bereits vorschriftsmäßig den Konfirmationsunterricht besucht hatten. Vierzehn Tage vor dem Einsegnungstermin besuchte ein Schulkolleg die Gemeindefschule und ordnete an, daß dreizehn der zur Konfirmation gemeldeten Kinder, die noch nicht die erste Klasse erreicht haben, erst Ostern eingeschult werden dürfen. Durch diese Verfügung sind die meist armen Familien schwer betroffen, indem die zur Konfirmation schließlich unter den größten Entbehrungen angeschafften Kleider für die Kinder nicht zu verwenden sind. Schließlich ist es bei dem heutigen Stand unseres Volksschulwesens nicht die Schuld der dreizehn Kinder, wenn sie die erste Klasse noch nicht erklommen haben. Für den Herrn Schulkolleg mag eine solche Verfügung zur Dienstpflicht gehören, vom sozialen Gesichtspunkt ist sie jedoch schwer zu begreifen. Und ob die Kinder unter den gegebenen Umständen, wenn sie bis

Ostern zur Schule gehen müßten, weiter kommen würden, dürfte sehr bezweifelt werden.

**Spandan.**

Freie Gemeinde. Heute, Sonntagnachmittag 1/2 3 Uhr, findet bei Lehnow, Hakenfelde, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse A. Stern-Berlin über das Thema „Der Kampf des Kazareners gegen Reichthum und Priesterherrschaft“ spricht.

**Vermischtes.**

**Ueber schweres Unwetter**

wird aus Mobile, 20. September, telegraphiert. Die Zahl der infolge des Wellenbruchs umgekommenen Personen wird auf etwa 75 geschätzt. 5000 Gebäude sind beschädigt. Die Ernte in Obst, Gemüse, Baumwolle und Zuckerrübe in Süd-Alabama und Mississippi ist gerührt. — New York, 20. September. Der Orkan, der nun schon einige Tage im Golf von Mexiko herrscht, ist der verheerendste, der seit Jahrzehnten das Mississippithal durch Vernichtung der Ernte heimgeführt hat. Allein auf den Baumwollfeldern ist bis jetzt bereits Schaden im Betrage von 12 Millionen Dollar angerichtet. Ein Fünftel der Ernte ist vernichtet. — Pensacola, 20. September. Bei dem Sturm sind etwa 30 Fischerboote gesunken. Die Gleise der Louisville—Knoxville-Bahn sind auf eine Strecke von 30 Meilen gerührt. Man fürchtet für die Sicherheit von vier Kononenbooten, die auf der Kriegswert von Pensacola einer Reparatur unterzogen wurden.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinerstr. 28. Gedruckt täglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 5—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Berein der Lehrkräfte, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung VII. Mitgliederliste am Montag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn. Regel, Roskoderstr. 17.

**Witterungsbericht vom 20. September 1906, morgens 8 Uhr.**

| Stationen  | Barometer-stand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter   | Temp. in C. | Stationen  | Barometer-stand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. |
|------------|--------------------|--------------|------------|----------|-------------|------------|--------------------|--------------|------------|--------|-------------|
| Eutinende  | 765                | SW           | 3          | bedekt   | 12          | Daprunnda  | 750                | R            | 4          | heiter | 1           |
| Damburg    | 769                | SW           | 2          | halb bb. | 10          | Petersburg | 750                | SW           | 4          | heiter | 3           |
| Berlin     | 767                | W            | 4          | bedekt   | 11          | Scilly     | 768                | D            | 4          | heiter | 13          |
| Kranke a W | 771                | D            | 1          | Rebel    | 6           | Aberdeen   | 771                | SW           | 1          | heiter | 9           |
| München    | 772                | SW           | —          | wolfsl   | 4           | Paris      | 770                | ND           | 2          | heiter | 7           |
| Wien       | 770                | W            | 2          | heiter   | 9           |            |                    |              |            |        |             |

**Wetter-Prognose für Sonntag, den 30. September 1906.**

Ein wenig kühler, vielfach neblig, zeitweise aufklarend, bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.  
Wasserstand am 20. September. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden + 0,90 Meter, bei Magdeburg + 3,40 Meter. — Unstrut bei Stranitz — Meter. — Oder bei Ratibor + 2,48 Meter. — Rheinhöhle + 3,00 Meter. — Oder bei Brielg + 3,44 Meter. — Oder bei Siedlau Unterpegel + 0,82 Meter.



**Warenhaus Hermann Tietz**

LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDERPLATZ

Montag, Dienstag, Mittwoch — Soweit der Vorrat reicht

**Sehr preiswertes Angebot**

**Damen-Confection**

- Wollblusen neue Dessains, gefüttert 3<sup>95</sup> 5<sup>25</sup> 7<sup>25</sup>
- Velvetblusen kariert, gefüttert, letzte Neuheit 6<sup>85</sup>
- Tüllblusen mit Spachtelpassen, auf India-Mull, gefüttert 8<sup>75</sup>
- Gesellschaftsblusen reinseiden Messaline mit reicher Handarbeit 15<sup>00</sup>
- Elegante seidene Blusenhemden — besonders preiswert — 19<sup>50</sup>
- Fussfreie Kostüm-Röcke 11 teilig, sehr elegant 10<sup>75</sup>
- Tuch-Kostüme — tailor made — Jacke auf Seide, Rock auf Alpacca 36<sup>50</sup>
- Ein Posten
- Theater-Mäntel aus 1a Tuch, sehr chic, elegante Lichtfarben, vornehmste Ausführung 29<sup>50</sup> 39<sup>50</sup>
- Boleros aus imit. Astrachan mit besetztem Sammetkragen, gefüttert 13<sup>50</sup> | Paletots aus 1a Breitschwanz glatt und besetzt, gefüttert 18<sup>75</sup>

- Satintuch-Röcke auf Alpaca, reich garniert 17<sup>50</sup>
- Moirée-Jupons sehr elegant verarbeitet 2<sup>95</sup> 4<sup>45</sup> 5<sup>75</sup> 7<sup>50</sup>
- Velour-Jupons in verschiedenen Ausführungen 4<sup>25</sup> 5<sup>65</sup> 6<sup>75</sup> 8<sup>50</sup>
- Jupon-Volants aus Bändchen und Einsatz 3<sup>25</sup> aus Velour 4<sup>25</sup> aus Taffet 5<sup>85</sup>
- Morgenröcke aus guten Barchendstoffen m. div. Garnierungen 3<sup>25</sup> 3<sup>95</sup> 4<sup>50</sup> 6<sup>85</sup>
- Morgenröcke aus Cheviot u. Velour 11<sup>50</sup> aus Prima Velour in hocheleganter Ausführung 22<sup>50</sup>
- Matinées aus guten Barchendstoffen 2<sup>95</sup> 4<sup>85</sup> 5<sup>75</sup>
- Havelocks halbschwer, aus Stoffen englischen Genres 12<sup>75</sup> 17<sup>50</sup>
- Regenmäntel 1/2, und ganz lang 9<sup>75</sup> 15<sup>00</sup>
- Abendcapes aus eleg. Stoffen, mit Pelz besetzt, helle Farben 10<sup>75</sup> 13<sup>75</sup> 17<sup>50</sup>

**Damenhüte**

- Englisch garn. Hüte weiche Panamas u. Herrenhutformen 3<sup>75</sup> bis 6<sup>00</sup>
- Echte Velpel-Hüte Prima Qualität dunkle Farben 5<sup>25</sup> weiss u. Pastellfarben 6<sup>25</sup>
- Kleine weiche Filzformen farbig 3<sup>00</sup> weiss 3<sup>75</sup>
- Garn, Backfisch-Hüte in verschiedenen Formen 6<sup>00</sup> 7<sup>50</sup> 10<sup>00</sup> bis 20<sup>00</sup>

Die aus der Engros-Ausstellung zurückgebliebenen Original-Modelle und Copien kommen bedeutend ermässigt zum Verkauf

**Kinderhüte**

- Matrosenformen glatter oder langhaariger Filzhut, engl. garn. 3<sup>50</sup> 4<sup>25</sup> 6<sup>00</sup>
- Echte Velpelhüte engl. garn. Matrosenformen 7<sup>50</sup> 12<sup>00</sup>
- Eisfell-Tuch- u. Sammet-Capotten 1<sup>85</sup> 1<sup>75</sup> 2<sup>25</sup> bis 7<sup>00</sup>
- Schweden-Capotten warm gefüttert 1<sup>40</sup> 1<sup>60</sup> 1<sup>75</sup>

Ein grosser Posten Reinseidenes Taffetband Mtr. 48 Pf. Mtr. 68 Pf. (Fälltine-Qualität) in allen neuen Hutfarben

**Ein grosser Posten schwarze Straussfedern** erheblich unter regul. Wert

- Lange Köpfe 2<sup>50</sup> 3<sup>50</sup> Amazonen 1<sup>00</sup> Kleine Panaches (3fach) 75 Pf. 90 Pf. 1<sup>20</sup> Straussfeder-Pompons 35 Pf. 60 Pf.



